

58. Sitzung

Mittwoch, den 05. November 2003

Mainz, Deutschhaus

AKTUELLE STUNDE

**„Haltung der Landesregierung zu den Personal-Service-Agenturen“
auf Antrag der Fraktion der CDU**
– Drucksache 14/2609 – 3815

**„Wachstum und Beschäftigung durch vorgezogene Steuerreform 2004
in Rheinland-Pfalz“
auf Antrag der Fraktion der SPD**
– Drucksache 14/2615 – 3821

Die Aktuelle Stunde wird geteilt.

*Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 101 der Geschäftsordnung
des Landtags statt.*

**Wahl der Vertrauensleute des Ausschusses zur Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter
hier: Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, Verwaltungsgericht Koblenz und
Verwaltungsgericht Neustadt an der Weinstraße
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags**
– Drucksache 14/2534 –

dazu: Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP
– Drucksache 14/2619 – 3830

Der Wahlvorschlag – Drucksache 14/2619 – wird mit Mehrheit angenommen. 3831

**...tes Landesgesetz zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften
Gesetzentwurf der Landesregierung**
– Drucksache 14/2505 –
Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
– Drucksache 14/2613 –

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/2617 –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 14/2620 – 3831

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird über den Änderungsantrag – Drucksache 14/2617 – namentlich abgestimmt. Dafür stimmten 6 Abgeordnete, dagegen 56 Abgeordnete. 37 Abgeordnete enthielten sich der Stimme (Anlage 1). 3840

Der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/2617 – ist damit abgelehnt.

Auf Antrag der Fraktion der CDU wird über den Änderungsantrag – Drucksache 14/2620 – namentlich abgestimmt. Dafür stimmten 37 Abgeordnete, dagegen 56 Abgeordnete. 6 Abgeordnete enthielten sich der Stimme (Anlage 2). 3840

Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 14/2620 – ist damit abgelehnt.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/2505 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils mit Mehrheit angenommen. 3840

**Weltkulturerbe Mittelrhein als Aufgabe des Landes und der Gemeinden in der Region
Antrag der Fraktion der CDU**

– Drucksache 14/2388 –

**dazu: Welterbe Oberes Mittelrheintal: Anerkennung und Verpflichtung für das Land und alle Akteure in der Region – Chance zur nachhaltigen Entwicklung aufgreifen
Antrag (Alternativantrag) der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

– Drucksache 14/2618 –

**Welterbe Oberes Mittelrheintal als Aufgabe des Landes und der Gemeinden in der Region
Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen der SPD und FDP**

– Drucksache 14/2621 – 3841

Der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 14/2388 –, der Alternativantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/2618 – und der Alternativantrag der Fraktionen der SPD und FDP – Drucksache 14/2621 – werden jeweils an den Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur – federführend –, an den Innenausschuss und an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen. 3852

...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zur Ausführung fleisch- und geflügelfleischhygienerechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 14/2568 –

Erste Beratung 3852

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/2568 – wird an den Ausschuss für Umwelt und Forsten – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen. 3852

...tes Landesgesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 14/2569 –

Erste Beratung 3852

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/2569 – wird an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen. 3857

**Landesgesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und des Landeswahlgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 14/2570 –

Erste Beratung.....3857

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/2570 – wird an den Innenausschuss

– federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen.....3857

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck (zeitweise); die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Hans-Artur Bauckhage, Frau Malu Dreyer, Herbert Mertin (zeitweise), Professor Dr. Jürgen Zöllner, Walter Zuber; die Staatssekretäre Stadelmaier, Dr. Deubel, Härtel.

Entschuldigt fehlten:

Der Abgeordnete Dr. Gerhard Schmidt; die Staatsminister Frau Margit Conrad, Gernot Mittler.

Rednerverzeichnis:

Abg. Bischel, CDU:	3831, 3837
Abg. Böhr, CDU:	3822, 3827
Abg. Bracht, CDU:	3831
Abg. Creutzmann, FDP:	3824, 3827
Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	3840
Abg. Dr. Schmitz, FDP:	3818, 3820
Abg. Dr. Weiland, CDU:	3841, 3845, 3852
Abg. Frau Thelen, CDU:	3815, 3819
Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	3825, 3828, 3835, 3846
Abg. Hartloff, SPD:	3833
Abg. Hohn, FDP:	3856
Abg. Hörter, CDU:	3853
Abg. Jullien, CDU:	3840
Abg. Kuhn, FDP:	3836, 3837, 3847, 3849
Abg. Lewentz, SPD:	3842, 3845
Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	3817, 3820, 3855
Abg. Mertes, SPD:	3821
Abg. Rösch, SPD:	3816, 3820
Abg. Schweitzer, SPD:	3854
Beck, Ministerpräsident:	3829
Dr. Deubel, Staatssekretär:	3826, 3838
Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:	3818
Härtel, Staatssekretär:	3849
Präsident Grimm:	3815, 3816, 3817, 3818, 3819, 3820, 3821, 3822, 3824, 3825 3826, 3827, 3828, 3829, 3830, 3831, 3833, 3835, 3836, 3837 3838, 3839, 3840
Vizepräsidentin Frau Grützmaker:	3842, 3845, 3846, 3847, 3849, 3852, 3853, 3854, 3855, 3856
Zuber, Minister des Innern und für Sport:	3852

**58. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 05. November 2003**

Die Sitzung wird um 14:01 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 58. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Zu schrifführenden Abgeordneten berufe ich Dr. Edmund Geisen und Christian Baldauf. Letzterer führt die Rednerliste.

Entschuldigt sind für heute der Abgeordnete Dr. Gerhard Schmidt sowie die Staatsminister Margit Conrad und Gernot Mittler. Herr Staatsminister Herbert Mertin kann nur zeitweise teilnehmen.

Herr Ministerpräsident Kurt Beck hat mitteilen lassen, dass er am Donnerstag an der 10. EKD-Synode in Trier teilnehmen wird und daher voraussichtlich erst ab 13:15 Uhr wieder an der Landtagssitzung teilnehmen kann, allerdings auch nur kurzfristig, weil er anschließend zu einer Sitzung nach Berlin reisen muss. Herr Staatsminister Walter Zuber hat mitteilen lassen, dass er heute zweieinhalb Stunden später kommen wird, weil er den Ministerpräsidenten bei einer Veranstaltung der amerikanischen Streitkräfte in Heidelberg vertreten muss.

Meine Damen und Herren, zur ausgedruckten Tagesordnung ist Folgendes anzumerken: Die Beschlussempfehlung zu **Punkt 3** der Tagesordnung wurde am Dienstag verteilt. Da beabsichtigt ist, den Gesetzentwurf in der 58. Sitzung, also heute, zu beraten, ist mit der Feststellung der Tagesordnung die Frist zwischen der Verteilung der Beschlussempfehlung und der Beratung des Gesetzentwurfs abzukürzen.

Die Fraktionen sind übereingekommen, **Punkt 11** der Tagesordnung, also Weltkulturerbe Mittelrhein, heute nach **Punkt 3** der Tagesordnung zu beraten. Dafür sollen die **Punkte 4** und **5** der Tagesordnung – es handelt sich dabei um das Schulgesetz – in der 59. Sitzung, also morgen, nach der Aktuellen Stunde beraten werden.

Wenn Sie nichts dagegen einzuwenden haben, stelle ich die Tagesordnung so fest. – Das ist der Fall.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung mit dem ersten Thema auf:

AKTUELLE STUNDE

**„Haltung der Landesregierung zu den
Personal-Service-Agenturen“
auf Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 14/2609 –**

Für die Antrag stellende Fraktion spricht Frau Abgeordnete Thelen.

Abg. Frau Thelen, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist interessant, mit einem solchen Thema eine Plenarsitzung zu beginnen und nicht mit unseren Themen immer am Ende der Tagesordnung zu sein. Deshalb will ich die frische Aufmerksamkeit nutzen.

Nach unserer Auffassung ist es Zeit, sich einen ersten Zwischenbericht anzuschauen und eine erste Zwischenbilanz zu der Frage zu ziehen, wie Hartz und insbesondere die Personal-Service-Agentur gewirkt hat, die nach den Ankündigungen damals bei ihrem Erlass Ende 2002 als das Herzstück der Hartzreform mit großen Vorschusslorbeeren und großen Hoffnungen verabschiedet worden ist.

Fakt war und ist die schlechte Arbeitsmarktsituation, die heute noch schlimmer ist als 2002. Notwendig waren und sind politische Entscheidungen, um den Betroffenen Wege in den ersten Arbeitsmarkt zu öffnen, aber unseres Erachtens nicht nach dem Motto: „Koste es, was es wolle“. Das von der Bundesanstalt reichlich eingesetzte Geld muss spürbare Erfolge bringen, sonst ist es hinausgeworfen.

Wir sollten nun wissen, ob mit dem Herzstück der so genannten Hartzreform, mit dem von Rotgrün im Bundestag beschlossenen Konzept – man vermittelt immer den Eindruck, damit habe Politik nichts zu tun, das haben irgendwelche klugen Menschen erlassen und man bediene sich nur eines Mittels; nein, es ist ein Beschluss der rotgrünen Mehrheit im Bundestag – dieses Ziel gelungen ist, Mittel effizient einzusetzen und damit möglichst vielen Menschen einen Weg in den ersten Arbeitsmarkt zu ebnet.

Sie alle haben die Antwort auf unsere Große Anfrage von der Landesregierung erhalten. Ich denke, Sie teilen unsere Einschätzung, dass diese erste Zwischenbilanz mehr als ernüchternd ist.

(Beifall der CDU)

Sie belegt die Skepsis und auch die Kritik der Opposition in Bund und Land. Gerade einmal 58 Agenturen haben bislang 730 der angestrebten 2090 Plätze in Rheinland-Pfalz geschaffen. Nur 28 Arbeitslose fanden hierüber den Weg in eine reguläre Beschäftigung.

(Schmitt, CDU: Anspruch und Realität!)

Bis zum Ende des Jahres sollen 2090 Plätze in den Personal-Service-Agenturen zur Verfügung stehen und auch besetzt sein.

Den Einsatz dieser Personal-Service-Agenturen mit dieser Zielprojektion für das komplette Jahr lässt sich die Bundesanstalt für Arbeit immerhin allein für Rheinland-Pfalz satte 11,7 Millionen Euro kosten.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Da muss die Frage nach Effizienz und Sinn erlaubt sein.

(Beifall bei der CDU –
Schmitt, CDU: So ist das!)

Vorweg: Wir üben keine Kritik an den Arbeitsämtern, die sich landauf, landab mit großem Engagement dieser neuen Aufgabe gestellt haben. Sie haben ein Gesetz umzusetzen und tun dies – so wie die Ausführungen in der Antwort auch darlegen – sehr sorgfältig, sehr gewissenhaft und sehr zielstrebig, allein, wenn man sich anschaut, wie die Auswahlkriterien erarbeitet wurden, wie man die richtige Personal-Service-Agentur aus einer Anzahl von Bewerbern findet.

Kritik üben wir an der Personal-Service-Agentur als solche. Was ist ihr Auftrag? Der Auftrag der Personal-Service-Agenturen ist es, Arbeitslose zu vermitteln und zu qualifizieren. So weit, so gut. Ich frage jetzt aber gleichzeitig, was der Auftrag der Arbeitsverwaltung neben den Leistungsabteilungen ist. Ihre Aufgabe ist es, Arbeitslose zu vermitteln und zu qualifizieren.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich meine, peinlicher kann es doch nicht sein, wie man seine eigene Unfähigkeit und Inkompetenz eingestehen kann. Öffentlicher kann man dies nicht tun als mit der Gründung von Personal-Service-Agenturen.

(Beifall der CDU –
Schwarz, SPD: Starke Worte!)

Ich finde, besonders peinlich wird es dann, wenn sich ein zuständiger Arbeitsberater eines Arbeitsamts – geschehen im Norden Berlins – über die Nebeneffekte der Personal-Service-Agenturen freut.

Ich zitiere mit der Erlaubnis des Präsidenten aus einem Bericht der „Welt“: Statt des von Hartz erhofften Klebe-Effekts, nämlich in den rein vermittelten Arbeitsverhältnissen, gab es einen Anti-Klebe-Effekt. Von 330 angeschriebenen Arbeitslosen, die sich bei der Personal-Service-Agentur vorstellen sollten, meldeten sich daraufhin mehr als ein Drittel aus der Arbeitslosigkeit ab.

(Glocke des Präsidenten)

90 fanden plötzlich selbst eine Arbeit, 14 wurden krank, fünf zogen um, drei nahmen ein Studium auf, zwei gingen in Rente, zwei wollten gar nicht mehr vermittelt werden, und zwei machten sich selbstständig. Eine enorme Karteibereinigung, freut sich der zuständige Arbeitsberater. – Peinlicher geht es nicht.

(Beifall der CDU –
Zuruf von der SPD: Was soll
dieser Auftritt!)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Rösch.

Abg. Rösch, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Reduzierung der Arbeitslosigkeit sowie die Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze ist und bleibt die zentrale Zukunftsaufgabe. Es führt kein Weg daran vorbei: Wir brauchen mutige und durchgreifende Reformen, wenn wir erfolgreich sein wollen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Das gilt auch und gerade für die Personal-Service-Agenturen. Ziel ist es, dass Arbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Das Arbeitsamt kann für die Tätigkeit einer Personal-Service-Agentur auch pauschalierte Honorare vereinbaren. Diese Honorarvereinbarung muss im Übrigen dem Gebot der Wirtschaftlichkeit entsprechen. So soll das Honorar erfolgsbezogen gestaltet sein und einen wirtschaftlichen Anreiz bieten, damit Beschäftigte einer Personal-Service-Agentur bald bei einem endgültigen Arbeitgeber untergebracht werden können.

Wie sehen die konkreten Ergebnisse aus?

Die Antwort auf die Große Anfrage belegt, dass in Rheinland-Pfalz 730 arbeitslose Frauen und Männer in Personal-Service-Agenturen beschäftigt sind. Insgesamt hat die Arbeitsverwaltung 58 Verträge mit Personal-Service-Agenturen abgeschlossen. Wenn man die Vorgaben des Bundesgesetzgebers zugrunde legt, so sollen bis zum Jahresende etwa 1 % der arbeitslosen Erwachsenen und 2 % der arbeitslosen Jugendlichen in solchen Personal-Service-Agenturen eingegliedert sein. Dies entspricht in unserem Land einer Zahl von etwa 2.000.

Frau Thelen, in der Tat haben wir diese Zielvorgabe noch nicht erreicht. Aber, verehrte Frau Thelen, es ist schon erstaunlich, wenn Sie in einer Pressemitteilung bezüglich der Personal-Service-Agenturen von blanker Sinnlosigkeit reden. Sie sollten wissen, das Jahr ist noch nicht zu Ende. Auch erinnere ich daran, dass für den Vorschlag, Personal-Service-Agenturen einzurichten, die Zeitarbeit Pate gestanden hat. Diese Zeitarbeit – dies ist unbestreitbar – hat sich in den vergangenen Jahren geradezu zu einem Jobmotor entwickelt,

(Beifall der SPD und der FDP)

hat sich doch die Zahl der Zeitarbeitnehmer innerhalb von zehn Jahren fast verdreifacht.

Ich bin fest davon überzeugt, dass der Erfolg der Personal-Service-Agenturen auch vom wirtschaftlichen Aufschwung abhängt. Mit anderen Worten, wenn die Konjunktur wieder anspringt, dann erst können die Personal-Service-Agenturen ihre volle Wirkung entfalten.

Ein bisschen mehr Objektivität, ein bisschen mehr Geduld und ein bisschen mehr Optimismus wären angebracht, Frau Thelen. Aber – dies wissen wir bereits aus den vergangenen Debatten – aktive Arbeitsmarktpolitik scheint bei Ihnen immer noch ein Dorn im Auge zu sein.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ihrer Logik kann man nur schwer folgen. Wenn Sie einerseits sagen, bisher seien zu wenig Arbeitslose in den Personal-Service-Agenturen untergebracht worden, gleichzeitig aber, da die Menschen in Personal-Service-Agenturen zu Recht nicht mehr als Arbeitslose geführt werden, von einem „plumpen Versuch einer statistischen Schönfärberei“ reden, so hat dies mehr mit Zerreden als mit einer objektiven Betrachtung zu tun.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal: Die Wirkung könnte besser sein. Aber gut Ding braucht seine Zeit. Rom wurde auch nicht an einem Tag erbaut. Ich bin sicher, dieses Thema wird uns weiter beschäftigen. Dann werden wir sehen, dass Schwarz-in-schwarz-Malen nichts mit Arbeitsmarktpolitik, sondern bestenfalls mit Parteipolitik zu tun hat.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, es ist mir eine große Freude, unseren Kollegen Dr. Schmidt erstmals wieder seit langer Abwesenheit im Landtag begrüßen zu können. Herzlich willkommen, Herr Landtagsvizepräsident!

(Anhaltend Beifall im Hause)

Des Weiteren freue ich mich, Gäste im Landtag begrüßen zu können, und zwar Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Bürgerbeauftragten der Länder, die gerade erscheinen, Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Gesprächskreises Ludwigshafen-Gartenstadt sowie Mitglieder der Europa-Union, Kreisverband Zweibrücken. Seien Sie herzlich begrüßt!

(Beifall im Hause)

Es spricht nun Herr Abgeordneter Rainer Marz.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Frau Kollegin Thelen hat ihren Vortrag unter die Überschrift gestellt: Wie hat Hartz gewirkt? Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Thelen, ich halte dies zum jetzigen Zeitpunkt für eine sehr gewagte Frage.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Ich möchte immerhin daran erinnern, dass all das, was unter dem Titel „Hartz-Reformen“ firmiert, der Versuch ist, völlig neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik zu gehen und ausgetrampelte Pfade, die im Übrigen Sie hinterlassen haben, zu verlassen und Neues auszuprobieren. Was tun Sie heute nach einer relativ kurzen Zeit? – Sie versuchen, schon Bilanz zu ziehen. Ich halte es für unseriös, zu einem jetzigen Zeitpunkt Bilanz zu ziehen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich möchte daran erinnern, dass all das, was wir in diesem Bereich tun und versuchen, mehr ist, als einen Tanker dazu zu bewegen, seine Richtung zu ändern. Nach meinem Eindruck handelt es sich vielmehr um eine ganze Tankerflotte, die wir momentan in eine andere Richtung zu bringen versuchen. Diese Richtung heißt mehr Arbeitsplätze, mehr Beschäftigung und weniger Arbeitslosigkeit.

Wenn man schon heute versucht, Bilanz zu ziehen, so ist dies zu früh, und es ist destruktiv, liebe Frau Kollegin Thelen. Sie versuchen, Stimmung zu machen. Der Kollege Rösch hat darauf hingewiesen, Rom sei nicht an einem Tag erbaut worden. So lange werden wir nicht Zeit haben. Aber es ist an einem Tag zerstört worden. Daran sieht man, die destruktive Energie kann wesentlich rascher wirken als die konstruktive. Der Versuch, den Sie heute unternehmen, ist nur destruktiv.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Wenn man feststellt, dass ein neu eingeführtes Instrument, zu dessen Überprüfung und Erprobung man keinerlei Möglichkeit hatte, nach einem ausreichend langen Zeitraum nicht so funktioniert, wie es funktionieren sollte, so muss man schauen, welche Schwachstellen dieses Instrument hat, und man muss versuchen, sie zu beheben. Sie können sich darauf verlassen, dass dies geschehen wird, wenn sich Schwachstellen herausstellen.

Wir hätten uns alle gewünscht, dass alles sehr viel schneller und sehr viel effizienter in Gang kommt. Wenn tatsächlich im Bereich des Instruments selbst Probleme existieren, müssen sie korrigiert werden. Aber ich halte es für zu früh, dies heute schon zu sagen.

Ich halte es auch aus einem anderen Grund für zu früh. Wir dürfen uns nichts vormachen: Wer so tut, als sei die Arbeitsmarktpolitik Ersatz für eine gute innovative Wirtschaftspolitik, ist auch unseriös. Natürlich ist dies nicht der Fall. Natürlich müssen wir die Wirtschaft durch eine innovative Wirtschaftspolitik in Schwung bringen. Wir müssen darauf hoffen, dass sie in Schwung kommt, damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Nur dann können die Instrumente, die wir anwenden, wesentlich besser greifen, als dies heute unter den gegebenen schlechten wirtschaftlichen Bedingungen der Fall ist.

Frau Kollegin Thelen, ich finde es besonders erschreckend – aber darin unterscheiden Sie sich nicht von Ihren Kolleginnen und Kollegen auf der Bundesebene –, dass Sie Fundamentalopposition betreiben. Sie sagen nein, Sie kritisieren, Sie sagen, alles funktioniere nicht und alles sei schlecht. Sie haben mit keinem einzigen Wort auch nur eine einzige Alternative aufgezeigt. Das ist Ihre Schwachstelle.

Ich danke Ihnen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Dr. Schmitz.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich gebe Herrn Marz und Herrn Rösch Recht, bei den Personal-Service-Agenturen ist es für eine Bilanz zu früh. Jetzt eine Bilanz zu ziehen, ist unseriös. Das ist überhaupt keine Frage.

(Beifall bei FDP und SPD)

Etwas anderes ist die Antwort auf die Frage, was wir von Personal-Service-Agenturen erwarten können. Das ist dann letztlich wieder die Frage nach aktiver Arbeitsmarktpolitik, die sich stellt und die die einzelnen Parteien in der Vergangenheit unterschiedlich beantwortet haben und wahrscheinlich auch unterschiedlich beantworten werden.

Ich habe an diesem Pult vor eineinhalb Jahren zum Mainzer Modell gesprochen und mich aus Koalitionsraison relativ zurückhaltend geäußert und gesagt, wir wollen einmal sehen. Wir haben leider Gottes im Sinne der Zielgruppe der Arbeitslosen erleben müssen, dass dieses Modell ebensowenig funktioniert hat, wie die Modelle funktioniert hätten, die die CDU seinerzeit vorgeschlagen hat. Ich nenne das Saarbrücker Modell als Stichwort.

(Wirz, CDU: Was haltet ihr denn von euren eigenen Modellen?)

– Herr Wirz, auf unsere eigenen Modelle komme ich noch. Ich freue mich insbesondere über die Politiker aus den Reihen der SPD und CDU in Berlin, die sich FDP-Konzepte zu Eigen gemacht haben. Ich werde darauf eingehen und im zweiten Teil meiner Rede erläutern, wie wir uns eine Arbeitsmarktbelegung vorstellen.

(Wirz, CDU: Das wird spannend!)

Nur darin sehe ich einen hoffnungsvollen Weg, nicht darin, dass der Staat wie auch immer Arbeitsplätze kauft. Der Staat überhebt sich damit in seinen Möglichkeiten. Der Staat versucht, Arbeitsplätze mit dem Geld zu kaufen, das die Finanzminister überhaupt nicht mehr haben. Das sind die Realitäten, denen wir uns stellen müssen.

Wie viele Arbeitslose jetzt schon in der Personal-Service-Agentur sind oder im nächsten Jahr sein werden, ob Personal-Service-Agenturen die überhaupt nur 1 % bis 2 % als Zielgruppe haben, die Lösung sein können oder ein Problem darstellen, ist nicht die Frage, was die Arbeitsmarktsituation generell angeht, Frau Thelen.

(Frau Thelen, CDU: Es kostet doch Geld! Deshalb muss ich doch fragen!)

– Sie haben Recht, es kostet Geld. In meinen Augen ist es kein Erfolg versprechendes Konzept. Zum jetzigen Zeitpunkt aber schon mit Botschaften wie die herauszugehen, wir haben den Misserfolg belegt, halte ich für verfrüht.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Frau Arbeitsministerin Dreyer das Wort.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Herren und Damen! Ich möchte schon zu Beginn der Debatte erwähnen, dass die Personal-Service-Agenturen ein Instrument unter 13 Modulen sind, die die damalige Hartz-Kommission geschaffen hat. Natürlich ist es überhaupt nicht möglich, dass ein einzelnes Instrument das Thema „Arbeitslosigkeit“ löst, sondern wir sind in der Arbeitsmarktpolitik immer darauf angewiesen, dass wir ein ganzes Sammelsurium von unterschiedlichen Instrumentarien anwenden, um den unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht zu werden und tatsächlich auch effektiv etwas tun zu können.

(Beifall bei der SPD)

Herr Abgeordneter Rösch, Herr Abgeordneter Marz und Herr Abgeordneter Dr. Schmitz haben deshalb zu Recht darauf hingewiesen, dass es natürlich zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt nicht möglich ist, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Man muss sich einmal vorstellen, zehn Monate nach der ersten Ausschreibung und zwei Monate nach der zweiten Ausschreibung der PSA-Plätze soll es heute möglich sein zu beurteilen, ob dieses Instrument etwas taugt oder nicht. Ich denke, es ist eher peinlich, dies zu erwarten.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wie Sie der Anfrage auch entnehmen konnten, sind die Plätze in Rheinland-Pfalz überhaupt noch nicht besetzt. Wir hoffen, dass die Arbeitsverwaltung in der Lage sein wird, dies bis Ende des Jahres zu tun, sodass allerfrühestens, so denke ich, Mitte bis Ende nächsten Jahres deutlich wird, ob die Personal-Service-Agentur überhaupt eine Wirkung entfaltet oder nicht.

Ich möchte noch eine kleine inhaltliche Korrektur machen. Die Personal-Service-Agentur hat nicht die Aufgabe, zu vermitteln und zu qualifizieren, sondern die Personal-Service-Agentur beschreitet den neuen Weg, dass sie verleiht. Der Verleih soll dazu dienen, dass vermittelt wird und in verleihfreien Zeiten qualifiziert wird. Das ist aber der entscheidende Unterschied zu allen anderen Instrumentarien der Arbeitsverwaltung. Über das Instrument Verleih, sozusagen Zeitarbeit, soll die Möglichkeit des „Klebe-Effekts“ und der Beschäftigung geschaffen werden.

Frau Thelen, ich möchte noch eine letzte Anmerkung zu Ihnen machen. Es ist eine alte Erfahrung vor allem aus der Sozialhilfe, dass ein effizienter Einsatz von Instrumentarien immer dazu führt, dass Betroffene plötzlich nicht mehr erscheinen oder dass sie sich überlegen, sich vielleicht doch einer Ausbildung oder einem anderen Job zu widmen.

(Mertes, SPD: So ist es!)

Deshalb muss und darf man bei der Bundesanstalt für Arbeit auch davon ausgehen, wenn die Instrumentarien straffer organisiert sind, dass wir automatisch einen „Verlust“ – dies in Anführungszeichen – von einem bestimmten Prozentsatz von Menschen haben werden. Das war immer die Erfahrung bei der Hilfe zur Arbeit und bei der Sozialhilfe und wird es auch in Zukunft hoffentlich bei der Bundesanstalt für Arbeit sein.

Ich kann abschließend nur appellieren zu bedenken, dass das Thema „Arbeitslosigkeit“ ein sehr komplexes Thema ist und dass deshalb auch die Antworten komplex sein müssen. Es gibt nicht ein einzelnes Instrument, das letztendlich die Probleme lösen kann. Wir müssen wirklich die ganze Landschaft der Instrumentarien anschauen.

Wenn Sie sehen, wie sich beispielsweise die Minijobs oder die Ich-AGs auch im Land und bundesweit entwickeln, so kann man schon erwarten, dass es mittelfristig dann, wenn man alle Instrumente betrachtet, zu einer Entlastung oder zu einer Lösung des Problems Arbeitslosigkeit kommen wird.

Natürlich braucht man auch den konjunkturellen Aufschwung. Aber ich glaube, dass wir durchaus auf dem richtigen Weg sind, wenn man es in der Komplexität betrachtet.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Grimm:

Ich erteile noch einmal Frau Abgeordneter Thelen das Wort.

Abg. Frau Thelen, CDU:

Sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Kollegen der Regierungskoalitionen! Ich habe jetzt drei gegenüber sitzen. Ich möchte etwas zu dem Thema sagen: Es ist viel zu früh. – Ich erinnere in diesem Zusammenhang an unsere Plenarsitzung vom 15. Januar 2003. In dieser gab es auf Antrag der SPD-Fraktion eine Aktuelle Stunde zum Thema „Auswirkungen des Hartz-II-Konzepts für Rheinland-Pfalz“. Der Beschluss war gerade einmal zwei Wochen alt. Ich denke, dagegen sind wir eine Ausgeburt an Geduld.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme nun zum Thema „Logik“. Herr Rösch sagte, der Logik könne er nicht folgen, argumentierte aber im

Grunde genommen so, dass sie auf der Hand liegt. Sie sagen, Personal-Service-Agentur muss ein Erfolgsmodell werden, weil die Zeitarbeitsfirmen ein Erfolgsmodell waren. Das ist doch richtig. Dann muss man doch aber einmal fragen, warum die Zeitarbeitsfirmen Erfolgsmodelle waren: Weil sie nicht den Kündigungsschutzwängen unterliegen, wenn sie Personal für einen befristeten Zeitraum an Unternehmen ausleihen und die Unternehmen dieses Personal vorübergehend ohne Risiken beschäftigen können. Wenn Sie logisch wären, würden Sie sich in der Wirtschaftspolitik den Kündigungsschutz genauer anschauen. Dann könnten Sie schlichtweg auf Personal-Service-Agenturen verzichten.

(Beifall bei der CDU –
Schwarz, SPD: Das ist doch
wirklich dummes Zeug! –
Ministerpräsident Beck: Ist das
eure Position?)

Die Bundesanstalt für Arbeit kann die arbeitsmarktpolitischen Mittel stringent anwenden, kann vermitteln, kann Restriktionen einführen, wenn nicht Bereitschaft besteht, eine Arbeit anzutreten. Die Erfolge, diese Nebeneffekte, die erzielt werden können, könnte eine gut organisierte Bundesanstalt für Arbeit mit ihren Mitarbeitern vor Ort genauso erreichen. Man müsste nicht 11,7 Millionen Euro in Rheinland-Pfalz extra auf den Tisch legen. Wir sagen deshalb, diese Einrichtung ist schlicht und ergreifend überflüssig.

Herr Marz, wo liegen die Alternativen? Sie haben es selbst angesprochen, die Alternative ist eine bessere Wirtschaftspolitik. Sie können nicht „rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“ machen. Mittlerweile lernt man. Man gesteht auch ein, dass man Fehler begangen hat. Das ist vernünftig. Ich habe eben ein Stichwort gegeben. Ich bin froh, dass selbst in der Antwort der Landesregierung an verschiedenen Stellen darauf hingewiesen wird, dass die konjunkturelle Entwicklung und die Situation der Wirtschaft entscheidend für den Erfolg von Personal-Service-Agenturen sind. Das ist richtig.

Aber diese Entwicklung ist auch entscheidend für den Arbeitsmarkt als solchen und wäre auch entscheidend für bessere Erfolge der Arbeitsverwaltung selbst – Klammer auf –, ohne 11,7 Millionen Euro allein für Rheinland-Pfalz extra aus Steuermitteln auf den Tisch des Herrn zu legen. Deshalb sagen wir, das war wieder ein Weg, der in die Irre geleitet hat, der viel Geld gekostet und wenig Effekt gebracht hat. Damit befindet er sich leider in guter Gesellschaft mit vielen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Land und im Bund.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Rösch das Wort.

Abg. Rösch, SPD:

Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Verehrte Frau Thelen, über Kündigungsschutz können ehemalige Beamte gut reden.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD –
Zurufe von der CDU: Oh je!)

Noch einmal, so ist das.

(Abg. Lelle, CDU: Totschlagargument!)

Verehrte Damen und Herren von der CDU, jede Idee und Maßnahme, die eine Chance hat, Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen, muss genutzt werden. Im Übrigen kann jeder gute und sinnvolle Ideen einbringen.

Herr Marz hat Recht, bei der CDU steht unter Alternativen „Fehlanzeige“.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Meine Damen und Herren von der CDU, nachdenken ist allemal besser als Ihre nörglerische Kritik.

(Beifall der SPD)

Diese nörglerische Kritik nutzt weder den Arbeitslosen noch der Gesellschaft.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Sie nutzt langfristig noch nicht einmal der CDU.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD –
Schmitt, CDU: War das alles? Du hast
noch zwei Minuten Redezeit!)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Marz.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Rösch, ich dachte, Sie erwähnen wenigstens noch die Aktuelle Stunde im Januar und gehen dann darauf ein. Nun muss ich das für Sie machen.

Frau Kollegin Thelen, es gibt einen Unterschied. Man kann ein Thema prognostisch parlamentarisch aufgreifen und dann nach den mutmaßlichen Auswirkungen fragen. Das kann ganz sinnig sein. Man kann ein Thema auch bilanzierend aufgreifen. Sie haben das Thema heute bilanzierend aufgegriffen. Sie haben vom Vertrag und Zeitpunkt her gezeigt, dass nichts dahinter und es methodisch unersichtlich ist.

Ich komme zu Ihren Alternativen. Sie sagen, das wird nur Herrn Dr. Schmitz gefallen und sonst sehr wenigen

in diesem Raum. Die Alternative zu einer Arbeitsmarktpolitik ist eine gute Wirtschaftspolitik. Das hätten Sie einmal zeigen können.

(Zuruf der Abg. Frau Schmidt, CDU)

Zum Zweiten wird es immer so sein, alle, die denken, eine Arbeitsmarktpolitik wäre nie notwendig, träumen doch. Es wird immer so sein, dass wir eine Arbeitsmarktpolitik brauchen, die eine gute Wirtschaftspolitik flankiert. Wenn die Wirtschaft nicht gut läuft, muss sie verstärkt aktiv werden, um die schlimmsten Verwerfungen auszugleichen.

Liegen Ihre Alternativen etwa darin, gemeinsam mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Stoiber Kürzungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik zu fordern? Das hielte ich in der jetzigen Situation für sehr bedenklich.

Aus dem, was Sie gesagt haben, habe ich ein kräftiges „Weiter so“ herausgehört. Ich dachte, in diesem Land wären wir ein bisschen weiter und wir würden uns Veränderungen nicht mehr so stark verschließen, wie Sie das heute getan haben.

Ich danke Ihnen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Schmitz.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es immer beeindruckend, wenn die CDU zu einem ordnungspolitischen, liberalen und wirtschaftlichen Sturm und Drang ansetzt. Das passiert immer nur in der Opposition. Wenn es dann in der Regierung zur Sache geht, dann hat man die gleichen Verkrampfungen wie andere große Regierungsparteien.

(Lelle, CDU: Genau Sie machen das! –
Zuruf des Abg. Schmitt, CDU –
Weitere Zurufe von der CDU)

Dann trägt man der großen Menge der Wählerschaft Rechnung. Dann ist all das, was 80 % der Wählerschaft nicht gefällt, vom Bösen. Wenn die ersten Lockerungsübungen kommen, ist Herr Blüm der erste, der sagt, das ist nicht mehr meine CDU. Wenn Herr Seehofer dann zuschlägt, bleibt kein Auge tränenleer. Das sind die Probleme, mit denen Sie sich intern beschäftigen sollten. Konzentrieren Sie sich auf das liberale Steuerkonzept von Herrn Merz.

(Lelle, CDU: Das muss die FDP sagen! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Durchdenken Sie diese wunderbaren FDP-Positionen einmal, dann wissen Sie, wohin die Reise geht.

(Schmitt, CDU: Wo ist die Steuerpolitik?)

Dann brauchen wir nicht über Personal-Service-Agenturen zu sprechen.

(Beifall der FDP –
Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Arbeitsverwaltung ist ganz generell kein neues staatliches Instrumentarium. Die Bundesanstalt für Arbeit gab es schon ein paar Jahre. Sie hat sich durch eigene Beschäftigungsqualitäten ausgezeichnet. Die Zahl ihrer Mitarbeiter war erheblich. Sie hat das gemacht, was gute Behörden auszeichnet. Sie war ausgewogen, unangreifbar, politisch korrekt. Sie war also als Behörde perfekt. Nur ihren Funktionsauftrag hat sie nicht erfüllt.

Aus diesen Erfahrungen zu lernen, ist richtig. Eine der Erfahrungen war, dass man gesehen hat, welche Vermittlungsprinzipien funktionieren. Man kam auf die Zeitvermittlung. Das war und ist ein boomender Markt. Man hat versucht, dieses Konzept in ein staatliches System zu transferieren. Da liegt der Hase im Pfeffer. Frau Thelem, auch ich sehe da die Probleme. Man hat aus einem besonders freien, schlanken und lässigen System, das deshalb erfolgreich war, ein System gemacht, das leider Gottes nicht so konstruiert wurde, wie Peter Hartz es ursprünglich konzipiert hatte. Es wurde konzipiert, wie man Behörden konzipiert, ausgewogen, politisch korrekt, unangreifbar. Man hat dieser und jener Gruppe nachgegeben. Ich vermute oder befürchte, am Ende wird ein System stehen, das wieder viel Geld gekostet hat und letztlich verhindert, dass der Staat sich zurückerkämpft. Das Geld dafür muss der Staat erst einmal bekommen. Er steckt Geld in diese Dinge, das an anderen Stellen fehlt und welches an anderen Stellen besser einzusetzen wäre und dort arbeitsmarktpolitische Wirkung entfalten würde. Das betrifft den investiven Bereich. Das würde direkt wirken und nicht erst durch die Brust ins Auge.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

Meine Damen und Herren, ich will nicht auf die Drückebergdiskussion, sondern auf ein anderes Argument eingehen. Es gibt in diesem Zusammenhang ein Argument, die Arbeit sei nicht mehr da – daran kranke unsere Gesellschaft. Dieses Argument ist leider nicht zutreffend. Die Arbeit ist da.

Wir haben einen Wirtschaftsbereich, der jetzt wieder mit 5,6 % gewachsen ist. Das sind Steigerungsraten, wie wir sie sonst nur in den USA erleben. Das ist leider der Bereich der Schwarzarbeit. Ich sage es etwas zuspitzend und provokant. Die einen gehen in die Schweiz, die anderen in die Schwarzarbeit. Das ist das, woran unser Land krankt. Daran werden alle staatlichen Methoden aktiver Arbeitsmarktpolitik nichts ändern. Wir müssen akzeptieren, dass es Bereiche gibt, in denen der Staat nicht besonders gut ist. Dazu zählt die Arbeitsmarktpolitik. Das können andere besser. Das kann die Wirtschaft besser, wenn man sie lässt.

Danke sehr.

(Beifall der FDP)

Präsident Grimm:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen dann zum zweiten Thema der

AKTUELLEN STUNDE:

**„Wachstum und Beschäftigung durch vorgezogene Steuerreform 2004 in Rheinland-Pfalz“
auf Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 14/2615 –**

Für die Antrag stellende Fraktion spricht Herr Abgeordneter Joachim Mertes.

Abg. Mertes, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Diese Regierungskoalition will das rasche Vorziehen der Steuerreform. Wir wollen eine Steuersenkung jetzt. Wir wollen keine Vertagung, keine Verzögerung; denn wir brauchen einen Konjunkturschub.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir brauchen in Deutschland eine Steuerreform, von der Sie sich jetzt etwas kaufen können und nicht in irgendeiner späteren, nicht zu definierenden Zukunft.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zurufe von der CDU)

Diese Steuerreform, für die Sie sich jetzt etwas kaufen können, wäre Geld für Investitionen, für mehr Konsum. Das wären finanzielle Mittel für private Vorhaben und unternehmerische Entscheidungen.

Konkret: Ein verheirateter Facharbeiter mit zwei Kindern mit einem Bruttolohn von 34.000 Euro bezahlt mit dieser Steuerreform jetzt künftig weniger Steuern, als er an Kindergeld empfangen wird.

Meine Damen und Herren, das ist unsere Vorstellung von einem Konjunkturschub für breite Kreise in Deutschland.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Wir wollen, dass sich der Grundfreibetrag ab 1. Januar 2004 erhöht und der Eingangssteuersatz auf 15% sinkt, der Spitzensteuersatz auf 42 %.

Meine Damen und Herren, Steuerentscheidungen jetzt im Deutschen Bundesrat, das wäre eine richtige und gute Entscheidung. Aber was haben wir?

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir haben die Aussage von Christoph Böhr, der sagt: Wer Wachstum will, muss große Schritte wagen. – Gewagt wird ein „Ja“ mit einem großen „Aber“, damit man

aus der Verpflichtung herauskommt, jetzt etwas für die Konjunktur zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei der FDP)

Gesagt wird ein „Ja“ mit einem großen „Aber“, was gestern noch die heimlichen Steuererhöhungen von Herrn Jullien waren. Alles das, was nämlich zur Verbreiterung der Steuerbasis beitragen sollte, ist jetzt in dem neuen Konzept eine richtige und vernünftige Maßnahme. Das ist der Unterschied. Es kommt immer darauf an, wer etwas formuliert hat, und nicht darauf, was formuliert worden ist.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Bracht!)

– Den finanzpolitischen Sprecher, der jetzt aus der vierten oder fünften Reihe der CDU dazwischenruft, frage ich, wer die Aktion mit den leeren Weinkartons als Werbebeschenke als große Aktion gemacht hat. Werbebeschenke sollten bei der Steuerreform zum Beispiel auch herausgenommen werden. Wir erinnern uns noch alle an diese Petitesse, die hier gemacht worden sind, nur um zu verhindern, dass eine vernünftige Steuerreform möglich geworden wäre.

(Beifall der SPD und bei der FDP –
Zurufe von der CDU)

Jetzt hat sich die Sachlage geändert. Jetzt bekommen wir eine Steuerreform, von der wir wissen, dass wir weder morgen noch übermorgen noch nächste Woche oder nächstes Jahr etwas bekommen, nämlich die von Herrn Merz. Wir werden sie im Gegensatz zu Ihnen, was die Steuerreform der Bundesregierung angeht, nicht von vornherein verbellen. Es gibt interessante Punkte. Es gibt diskussionswürdige Punkte, aber es gibt auch viele Fragen. Was geschieht mit denjenigen und deren Kindergeld, die künftig nicht von dem steuerlichen Ausgleich profitieren? Was ist mit der Gewerbesteuer, mit den vielen Lippenbekenntnissen? Wie hoch sollen die kommunalen Zuschläge zur Einkommensteuer sein?

(Jullien, CDU: 24 %!)

Meine Damen und Herren, diese Koalition ist gar nicht einmal so kritisch mit den Vorschlägen wie zum Beispiel Herr Fallthäuser. Den muss man auch hier kennen. Das ist der Finanzminister aus Bayern. Unter Freunden rechnet man sich nach. Lieber Werner Kuhn, so gehen wir nicht einmal in der Koalition miteinander um. Da sind wir vertrauenswürdig.

(Beifall der SPD und bei der FDP –
Heiterkeit im Hause)

Herr Fallthäuser lässt nachrechnen, und plötzlich stellen wir fest, in Bayern sind sie der Meinung, dass der lineare Tarif besser wäre als der, der jetzt vorgeschlagen ist. Darüber lässt sich streiten. Unsere liberalen Freunde haben längst, bevor Herr Merz –in der „FAZ“ stand: „Spät kamen die Vorschläge“ – sehr spät – Herr Uldall hat sie schon 1996 vorgelegt – etwas vorgelegt hat. Die FDP hat sie mit dem Solms/Pinkwart-Papier schon drei

Jahre später noch einmal als Konzept gehabt. Jetzt kommen Sie. Wir verbellen es aber nicht. Darüber lässt sich reden.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Wenn Herr Fallthäuser jedoch sagt, er muss sie nachrechnen, dann rechnen wir sie auch nach, meine Damen und Herren. Glauben Sie uns, dann rechnen wir sie auch nach.

(Starker Beifall der SPD und
Beifall bei der FDP)

Damit eines klar ist, alles das, was unter dem wunderbaren Banner von Merz gesagt wird, wird morgen keine einzige Mark an Steuerentlastung in Deutschland bringen, für keinen Konsumenten, für keinen Unternehmer, für niemanden, der jetzt investieren will.

(Glocke des Präsidenten)

Was wir wollen, ist eine Steuerreform, von der Sie sich jetzt etwas kaufen können.

(Starker Beifall der SPD und
Beifall der FDP)

Präsident Grimm:

Für die CDU-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Dr. Böhr.

Abg. Böhr, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Mertes, das Problem Ihrer Rede und des Konzepts, das hinter Ihrer Rede steht, ist, dass der gute Wille nicht immer gute Ergebnisse garantiert.

(Beifall bei der CDU)

Es ist nicht ganz so einfach, wie Sie es sich hier gemacht und vorgetragen haben.

(Mertes, SPD: Sie sind aber
sehr selbstkritisch!)

– Ja. Es ist auch nicht verboten, selbstkritisch zu sein. Es ist so ganz einfach nicht. Ich habe überhaupt keinen Nachholbedarf im Bekenntnis für das Vorziehen dieser steuerlichen Entlastungsstufe. Im Gegenteil, ich kann mich erinnern, dass ich an dieser Stelle von Steuerentlastung gesprochen habe. Da wurde ich von allerhöchster Stelle dieser Landesregierung mit Spott und Hohn übergossen nach dem Motto: Du bist von allen guten Geistern verlassen, uns brechen die Einnahmen weg, wir haben ein Einnahmenproblem, und dieser Vollidiot da plädiert für Steuerentlastungen, der kann doch wohl nicht mehr ganz pur sein! – So war die Diskussionslage hier.

(Beifall der CDU)

Jetzt begrüße ich nachdrücklich diesen Erkenntnisfortschritt bei den Sozialdemokraten und sage ganz klar und unmissverständlich, in diesem Punkt habe ich überhaupt keinen Grund, meine Meinung zu ändern. Ich bin nach wie vor dafür, die steuerliche Entlastungsstufe 2005 auf 2004 vorzuziehen. Das ist die entscheidende Aussage.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –
Schmitt, CDU: Klare Aussage!)

Herr Kollege Mertes, jetzt kommen wir zu diesem Ratenschwanz von „Abers“, weil es natürlich so ist, dass allein das Vorziehen der steuerlichen Entlastungsstufe mitnichten den Effekt hat, den wir uns alle erhoffen und wünschen. Ich begrüße sehr die Formulierung dieser Aktuellen Stunde „Wachstum und Beschäftigung ...“ Wenn wir das schon so als Zielvorgabe formulieren, was ich für absolut richtig halte, dann können wir uns doch diese kleine gedankliche Anstrengung nicht ersparen zu prüfen – auch mit den Berechnungsbeispielen –, ob denn das, was wir jetzt machen, wirklich geeignet ist, diese Zielvorgabe zu erreichen. Deswegen müssen wir über die kleinen oder größeren „Abers“ schon diskutieren.

Ich will drei Bedingungen nennen, von denen ich glaube, dass sie erfüllt sein müssen, damit dieses von mir und von uns gewollte Vorziehen der steuerlichen Entlastung auf 2004 dann aber auch tatsächlich die Hoffnung vermittelt, dass wir unser Ziel erreichen, nämlich mehr Wachstum und mehr Beschäftigung in Deutschland zu erwirken.

Erste Bedingung: Diese Steuerreform kann, wenn sie dieses Ziel Wachstum und Beschäftigung erreichen will, nicht zu 100 % auf Pump finanziert werden;

(Beifall der CDU)

denn wenn wir sie zu 100 % auf Pump finanzieren, ist ganz sicher, dass wir dieses Ziel nicht erreichen werden. Ich habe übrigens, weil die Aussage wahrscheinlich gleich kommt – ich kann mich an meine eigenen Zitate gut erinnern –, von Anfang an gesagt, ich bin nicht der Meinung, dass man sie zu 100 % gegenfinanzieren muss, abgesehen davon, dass das gar nicht geht, wie ich behaupte. Inzwischen hat man sich in unserer Parteifamilie in Deutschland auf die magische Formel von 75 % geeinigt. Darüber kann man streiten. Ich sage aber, 100 % auf Pump, das konterkariert entscheidend das Ziel, mehr Wachstum und mehr Beschäftigung in Deutschland zu erreichen.

(Beifall bei der CDU)

Zweite Bedingung: Diese Steuerreform erfüllt natürlich das Ziel, für mehr Wachstum und für mehr Beschäftigung zu sorgen, nur dann, wenn sie eng mit den notwendigen Veränderungen bei den sozialen Sicherungssystemen verknüpft ist; denn die Hauptbremse für Arbeit ist die Diskussion, die wir eben hier geführt haben, oder das Haupthindernis, das verhindert, dass mehr Beschäftigung in Deutschland entsteht, sind die exorbitant hohen und weltweit höchsten Bruttoarbeitskosten in Deutschland. Um die Bruttoarbeitskosten zu verringern – da kann ich die Sache drehen und wenden, wie ich will –,

bleibt mir am Ende nichts anderes übrig, als den Leistungsumfang unserer sozialen Sicherungssysteme neu zu gestalten, um so zu einer Absenkung der Lohnsatzkosten zu kommen.

(Beifall bei der CDU)

Es geht nicht anders. Gottlob können wir uns über die Frage heute sehr viel besser verständigen, als das beispielsweise noch vor einem Jahr möglich war.

Herr Kollege Mertes, jetzt kommt ein dritter Punkt, weil man als normaler Zeitungsleser und aufmerksamer Zuhörer in Parlamentsdebatten nicht weiß, was die Landesregierung Rheinland-Pfalz im Moment aktuell in diesem dritten Punkt gerade will.

(Staatsminister Bauckhage: Was?)

– Herr Kollege Bauckhage, ich komme jetzt zu diesem Punkt. Heute morgen lese ich in der Zeitung eine Position, von der ich sage, das ist unsere. Ich begrüße es, wenn die Landesregierung nach langer Debatte unsere Position einnimmt. Ob es dann wirklich die Position der Landesregierung ist, müssen wir sehen.

Dritte Bedingung: Damit mehr Wachstum und Beschäftigung erreicht werden kann, kann ich doch nicht eine steuerliche Entlastung vornehmen und im gleichen Atemzug neue Belastungen mit der Folge schaffen, dass beispielsweise die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland am Ende trotz Steuerreform und trotz steuerlicher Entlastung netto zu den Verlierern gehört. Das macht doch keinen Sinn, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der CDU)

Deswegen ist es schlechterdings unmöglich, dass wir dieses Paket, wie es morgen im Bundestag ist – egal vor welchem parteipolitischen Hintergrund –, annehmen; denn das sieht genau diese Form der Kompensation vor, die sich bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne des Nettoverlustes auswirkt. Dagegen sind wir mit aller Entschiedenheit. Dann kann man auch gleich die ganze Operation bleiben lassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen, wenn wir diese steuerliche Entlastung wollen – ich will sie –, und wenn wir uns davon einen Impuls für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung in Deutschland versprechen wollen, müssen mindestens diese drei Bedingungen erfüllt sein. Das ist Aufgabe der Bundesregierung, von der wir erwarten, dass diese Aufgabe bis zum Dezember gelöst wird. Dann können wir in aller Ruhe über die große Steuerreform diskutieren, um das Stichwort vom Anfang aufzugreifen, Herr Kollege Mertes: Mit Flickschusterei ist es wirklich nicht mehr zu machen. –

Das mit dem großen Schritt ist in der Tat meine tiefe Überzeugung. Wir müssen einen großen Schritt machen.

Paul Kirchhof hat neulich gesagt, wir müssen den Mut haben, etwas Neues anzufangen. Mit Flickschusterei

bekommen wir die Probleme nicht mehr vom Hals. Im Gegenteil. Die Probleme werden uns in den Abgrund reißen, wenn wir nicht etwas Neues anfangen.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Creutzmann das Wort.

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die US-Wirtschaftsleistung ist zwischen Juli und September so stark wie seit dem Jahr 1984 nicht mehr gewachsen. Das reale Bruttoinlandsprodukt der größten Volkswirtschaft der Welt erhöhte sich gegenüber dem zweiten Quartal um 1,7 %.

Nach amerikanischer Rechnung ist das auf ein Jahr hochgerechnet ein Zuwachs von 7,2 %. Damit wird das Wirtschaftswachstum angegeben, das innerhalb eines Jahres erreicht würde, wenn die Wirtschaft von Quartal zu Quartal in diesem Tempo weiterwachsen würde.

Die größten Beiträge zum Wachstum lieferten im dritten Vierteljahr der Konsum der amerikanischen Verbraucher, höhere Investitionen und der Anstieg der Exporte. Die Kaufkraft der Amerikaner war im dritten Quartal so groß wie seit sechs Jahren nicht mehr. Der private Verbrauch legte gegenüber dem zweiten Vierteljahr annualisiert um 6,6 % zu.

Damit zeigte sich in den Vereinigten Staaten deutlich die Wirkung der Steuergutschriften. Mit dem jüngsten Steuerpaket hat die US-Regierung die Konsumenten im zweiten Halbjahr um rund 35 Milliarden Euro entlastet. Davon seien rund 26 Milliarden auf das dritte Quartal entfallen, schätzen die Ökonomen.

Im Jahr 2004 summierten sich die Entlastungen auf 105 Milliarden Dollar. Das sind 1,5 % der verfügbaren Einkommen der US-Verbraucher, wie die Ökonomen der Deutschen Bank ausgerechnet haben.

Meine Damen und Herren, diese Zahlen der Vereinigten Staaten zeigen deutlich, dass durch Steuersenkungen mehr Wachstum erzielt werden kann, wobei bei entsprechend hohen Wachstumsraten sich dies auch in mehr Beschäftigung niederschlagen wird.

Im Gegensatz zur immer besser werdenden Stimmung in der gewerblichen Wirtschaft in Deutschland ist die Laune der deutschen Verbraucher weiterhin schlecht, und sie halten sich mit Ausgaben zurück.

Die Verbraucher sind offenbar unter dem Eindruck der mageren Wirtschaftsprognosen skeptisch, wie die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten zwölf Monaten sein wird. Ihre persönliche Einkommenserwartung haben die Verbraucher im Oktober sogar drastisch nach unten korrigiert. Die Bereitschaft, Geld für die Anschaffung langlebiger Güter wie Autos, Fernsehgeräte und Gefrier-

schränke „locker zu machen“, ist deshalb unverändert gering.

Ein Hauptgrund für die schlechte Konsumstimmung in Deutschland machen die Institute und Beobachter in der sich verschärfenden politischen Auseinandersetzung um die konkreten Refomschritte aus.

Meine Damen und Herren, dies sage ich auch zur Opposition, ein Grund ist auch die Haltung der unionsgeführten Länder im Bundesrat zu den Arbeitsmarkt- und Steuergesetzen. Während die Menschen im Frühsommer wegen des möglichen Vorziehens der Steuerreform zuversichtlicher geworden seien, überwiege jetzt die Angst vor weiteren Belastungen, erläuterte Rolf Bürkl von der Gesellschaft für Konsumforschung, wie dies im „Handelsblatt“ vergangene Woche nachzulesen war. Ohne Planungssicherheit über Be- und Entlastungen würden die Verbraucher ihre Konsumzurückhaltung nicht aufgeben.

Meine Damen und Herren, ein Wirtschaftswachstum von 2 %, wie es die Bundesregierung im nächsten Jahr anstrebt, ist jedoch nur dann realistisch, wenn es zu einer vorgezogenen Steuerreform mit entsprechenden Steuersenkungen kommt. Deshalb unterstützt die FDP-Landtagsfraktion das Ziel der Bundesregierung, die geplante Steuerreform zum 1. Januar 2005 auf das Jahr 2004 vorzuziehen.

Im Übrigen wäre die Steuerreform 2000 – das will ich betonen – ohne die konstruktive Beeinflussung durch das Land Rheinland-Pfalz nicht möglich gewesen, und wir sind uns sicher, dass im anstehenden Vermittlungsverfahren das Land Rheinland-Pfalz konstruktiv an einem Vorziehen der Steuerreform mitwirken wird.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Dabei sollte nach unserer Auffassung die Steuerreform jedoch nur zu einem Teil durch eine höhere Neuverschuldung finanziert werden, um durch ein höheres Wachstum und dadurch bedingt höhere Steuereinnahmen die Maastricht-Kriterien von 3 % Neuverschuldung auch einhalten zu können.

Herr Kollege Böhr, volkswirtschaftlich wäre es richtiger, die Steuerreform über „Pump“ zu finanzieren;

(Dr. Schiffmann, SPD: Sehr richtig!)

denn Sie haben in Ihrem Beitrag gezeigt, wenn ein Abbau – wir würden dies begrüßen – von Steuervergünstigungen und Subventionen mit einhergeht, dann habe ich teilweise einen Austausch von rechter und linker Tasche.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, nur einen Teil der Steuersenkungen über eine erhöhte Neuverschuldung zu finanzieren, ist eine politische Forderung, die wir teilweise teilen. Teilweise finanziert sich eine Steuerreform durch höheres Wachstum selbst, aber nur teilweise. In dem Moment, wo ich Subventionen abbaue, die bei einem Teil

der Bevölkerung Einkommen darstellen, oder wenn ich die Entfernungspauschale kürze, was zu Einkommensminderungen führt, nehme ich das, was ich den einen über die Steuerreform gebe, den anderen wieder weg.

Volkswirtschaftlich müsste eigentlich alles auf „Pump“ finanziert werden. Wir präferieren das nicht. Dann wäre der Effekt am größten. Das ist das klassische „deficit spending“, wie wir es kennen.

Wir meinen allerdings – ich habe es betont –, wir sollten die Steuerreform auch teilweise durch den Abbau von Steuervergünstigungen und Subventionen gegenfinanzieren.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, darüber hinaus muss es weiterhin das Ziel bleiben, unser Steuerrecht radikal zu vereinfachen und damit mehr Steuergerechtigkeit zu schaffen.

Ich will dazu anschließend, wenn ich noch Zeit habe, ein paar Ausführungen machen.

Danke.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Frau Abgeordneter Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Manche Diskussionen wiederholen sich wieder. Aber wir wollen dieser Wiederholung nicht ausweichen, sondern mit einer klaren Positionsbestimmung für unsere Fraktion in diese Debatte gehen. Wir sind für das Vorziehen der Steuerreformstufe, und jetzt kommt kein Aber.

Ich will es aber mit einer Zielsetzung verbinden.

(Lelle, CDU: Es war ein Aber dabei!)

– Nein.

Ich verbinde es mit einer Zielsetzung, die heißt, dass die laufenden Beratungen des Bundeshaushalts und die laufenden Beratungen des Landeshaushalts dazu genutzt werden müssen, Subventionen und Finanzhilfen abzubauen, um einen großen Teil dieser Steuerausfälle, die wir haben werden, kompensieren zu können.

Herr Böhr, das ist eine Zielsetzung, die, wenn man einen politischen Willen dazu hat, auch erreichen kann, und zwar auf beiden Ebenen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt komme ich zu der Position der anderen Fraktionen. Herr Mertes hat zu Beginn gesagt, diese Regierungsko-

alition will das Vorziehen der Steuerreform haben, und er hat es begründet. Aber Lieschen Müller, die gestern oder heute Zeitung gelesen hat, fragt sich, warum diese Landesregierung dann am Freitag im Bundesrat dieser Entscheidung nicht zustimmt, sondern sich enthält.

Ich will einmal sagen, was das bedeutet. Eine Enthaltung im Bundesrat ist so gut wie nein gesagt, nämlich die Ablehnung dieses Vorschlags.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

– Das ist der zweite Punkt.

(Ministerpräsident Beck: Keine Ahnung!)

– Herr Beck, das müssen Sie sich schon fragen lassen.

Ich habe gestern sehr genau zugehört, als Sie bei der Landesvereinigung der Unternehmerverbände gesagt haben, wenn wir eine Rolle spielen würden, dann würden wir zustimmen. Aber da die CDU eine andere Linie fährt, können wir uns auch enthalten. – Da frage ich mich, wo ist die Linie, und wo ist die Glaubwürdigkeit dieser Regierungskoalition in dieser Frage.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Ministerpräsident Beck: Nein! Nein! Nein!)

Herr Böhr, jetzt zur CDU: Ich kann natürlich sagen, ich war schon immer für das Vorziehen und für Steuerentlastungen. Das kommt von der Seite der FDP auch. Aber dann formuliere ich Bedingungen, die quasi eine Zustimmung unmöglich machen. Genau das haben Sie mit diesen drei Punkten formuliert.

Es wird in der Strategie der CDU auch nicht besser, wenn man die jüngste Vielfalt aus CDU und CSU zu den ganzen Fragen der Steuerpolitik und des Vorziehens der Steuerreform hört und man die taktisch motivierte Vorlage der Merkel'schen Vorschläge sieht; denn nichts anderes ist es doch. Es ist nur taktisch motiviert, um den Eindruck zu erwecken, sie hätten eine Alternative zum Vorziehen der Steuerreform. Das ist mitnichten so.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der SPD und des
Abg. Dr. Schmitz, FDP)

Ihr Vorschlag, der von Herrn Merz erarbeitet und vorgelegt wurde, ist eine Rohskizze, aber nicht mehr. Es ist nicht durchgerechnet.

Herr Mertes hat gefragt, wie es mit dem Kindergeld und wie es mit der Gewerbesteuer aussieht.

Es reicht doch nicht, zum x-ten Mal zu sagen, man sei für Steuervereinfachungen – wer würde dem denn widersprechen? – und dann mit einem weder ausgereiften noch gegengerechneten noch sozialen Modell daherzukommen.

Ich sage Ihnen: Wir sind für eine Steuervereinfachung. Wir bieten Ihnen an, diese Vorschläge zu überprüfen. Das haben die GRÜNEN auf Bundesebene auch gesagt. Ich halte auch den Vorschlag einer alle zwei Jahre

durchzuführenden Inflationsbereinigung für interessant. Auch das und viele andere Punkte müssen durchdacht werden.

Das wird aber nicht geeignet sein, um im Jahr 2004 irgendetwas an Entlastung, irgendetwas an wirtschaftlichen Impulsen oder irgendetwas im Hinblick auf das aufkeimende Pflänzchen der positiven Signale tatsächlich zu befördern. Es ist eine Rohskizze, aber nicht mehr. Damit werden Sie auch bis zum Ende des Jahres keine Alternative bieten können.

Meine Damen und Herren, in der gesamten Diskussion sehe ich es als ein großes Problem an, dass das Projekt nicht nur in den vergangenen Wochen zerredet wurde, sondern auch in den nächsten Wochen zerredet wird. Herr Creutzmann hat zu Recht auf die wirtschaftlichen Impulse in den USA verwiesen. Alle sagen, dass diese Entwicklung in den USA etwas sei, das auch hier wirken kann. Wir wissen aber auch, wie groß die Gefahr ist, dass dieser wirtschaftliche Impuls in den USA nicht ewig anhalten wird. Also muss man doch im richtigen Moment für eigene Impulse sorgen, das heißt, mit Beginn des Jahres. Das heißt also, dass man die Entscheidung nicht unter den Weihnachtsbaum legen kann.

Was funktioniert dann noch? Dann sind viele Investitions- und private Konsumententscheidungen bereits getroffen. Sie werden eine Vielzahl von Effekten des Einsatzes der persönlichen Planung und der Planung von Unternehmen verpassen, wenn Sie es nicht schaffen, zu einem früheren Zeitpunkt ein klares Ja zum Subventionsabbau und zu einem größeren Anteil der Kompensation dieser Steuerausfälle als bisher zu setzen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Für die Landesregierung spricht Herr Staatssekretär Dr. Deubel.

Dr. Deubel, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf der Tagesordnung steht heute nicht „Vereinfachung des Steuersystems“ oder „Verbreiterung der Bemessungsgrundlage“, sondern das ist ein Dauerthema, das uns auch in den nächsten Jahren noch begleiten wird; denn bei den jetzigen Mehrheitsverhältnissen, insbesondere im Bundesrat, wird es sicherlich noch Jahre dauern –hoffentlich nicht Jahrzehnte –, bis dieses Ziel erreicht ist. Dieses Ziel ist wichtiger denn je.

Deswegen unterstützt die Landesregierung zum Beispiel die Arbeiten von Herrn Professor Dr. Kirchhof auch finanziell, weil in diesem Zusammenhang fundierte Arbeit geleistet wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Gölder, CDU)

Es macht natürlich wenig Sinn, zwischendurch schon einmal etwas abzuschreiben und das als Konzept in die Welt zu setzen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Das Thema wird wieder auf die Tagesordnung kommen. In den nächsten Wochen geht es nur um eines, nämlich darum, ob aus konjunkturellen Gründen die dritte Stufe der Steuerreform vorgezogen werden soll. Unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten ist diese Entscheidung bereits antizipiert. Spätestens seit dem Sommer, seitdem die Bundesregierung das Vorziehen in Aussicht gestellt hat – übrigens einige Wochen, nachdem die Landesregierung das Vorziehen gefordert hat –, haben sich die Wirtschaft sowie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darauf eingestellt. Eine Zeit lang – so zeigen es auch Umfragen – ging man davon aus, dass die Opposition, insbesondere die CDU, nur taktisches Geplänkel betreibt, aber letztlich gesichert ist, dass die Steuerreform vorgezogen wird.

Nach dem, was in den vergangenen Tagen passiert ist, muss man allerdings Sorge haben, dass es nicht nur taktisches Geplänkel ist, sondern möglicherweise die Vorbereitung darauf, am Ende im Bundesrat nicht zuzustimmen. Das wäre eine Katastrophe.

(Beifall bei SPD und FDP –
Bracht, CDU: Verändern Sie es!)

Wenn kurz vor Weihnachten deutlich wird, dass die Politik in Deutschland, insbesondere der Bundesrat, nicht mehr in der Lage ist, Entscheidungen zu treffen, dann wird das gravierende Auswirkungen auf das Konsum- und Investitionsverhalten haben.

(Beifall bei SPD und FDP)

Sie können sicher sein, dass die Sparquote weiter ansteigen wird und Investitionen weiter zurückgestellt werden. Wenn man das will, dann muss man Ende dieses Jahres im Bundesrat offen mit „Nein“ abstimmen oder ein „Ja aber“ vorbringen und dann, wenn sich ein Einwand bewahrheitet, feststellen, dass es so nicht gehe und man nicht zustimmen könne.

Jetzt zum „Ja aber“. Alle Gegenfinanzierungsvorschläge sind abgelehnt worden, insbesondere von der CDU. Gleichzeitig wird aber eine mindestens 75%ige Gegenfinanzierung gefordert. Wie das zusammen passen soll, versteht kein Mensch.

(Beifall bei SPD und FDP)

Internationale Beobachter und Organisationen werden zunehmend unruhig in Bezug auf das, was sich bei uns abspielt. Der Internationale Währungsfonds, die OECD und internationale Forschungsinstitute schreiben geradezu händeringend: Macht endlich die Steuerreform. – Die Sorge, dass nichts passiert, und zwar aufgrund einer Blockade im Bundesrat, nimmt zu. Das darf aber nicht passieren.

Frau Thomas, die Landesregierung hat dazu im Übrigen eine sehr klare Meinung und diese auch geäußert. Sie

stimmt dem Vorziehen der Steuerreform zu. Am Freitag wird nicht über das Vorziehen der Steuerreform abgestimmt, sondern über das Haushaltsbegleitgesetz. Es wird also über ein ganzes Konvolut aus unterschiedlichen Maßnahmen abgestimmt. Die Landesregierung hat vor geraumer Zeit deutlich gemacht, dass sie einzelnen Punkten dieses Konvoluts so nicht zustimmen wird, also das gesamte Paket noch bewertet werden muss.

Die einzige Möglichkeit, um ein solches Paket aufzuschneiden, aber nicht wegen des Vorziehens der dritten Stufe der Steuerreform, sondern wegen sonstiger Regelungen, besteht in der Überweisung an den Vermittlungsausschuss. Deswegen agiert die Landesregierung so, wie dies am Freitag geschehen wird. So kann im Vermittlungsausschuss die Chance gesteigert werden, die dritte Stufe der Steuerreform vorzuziehen und dann hoffentlich bei Einsicht aller Beteiligten ein Begleitpaket aus Gesetzen und einer Gegenfinanzierung zusammenzustellen, das vom Vermittlungsausschuss empfohlen und dann von Bundestag und Bundesrat beschlossen wird. Die deutsche Wirtschaft braucht das.

Schönen Dank.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Grimm:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Creutzmann.

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jeder Tag, an dem die Steuerreform nicht oder später in Kraft tritt, ist ein verlorener Tag. Darauf hat der Herr Ministerpräsident bereits gestern hingewiesen. Meine Damen und Herren, würden wir es schaffen, die Steuerreform jetzt zu verabschieden, würde sofort ein dramatischer Investitionsstoß ausgelöst werden. Herr Abgeordneter Dr. Gölter, alle, die in diesem Jahr noch eine Investition vornehmen, können die Abschreibung für ein halbes Jahr geltend machen und haben mit erhöhten Steuersätzen einen hohen Steuervorteil, weil die Steuersätze im nächsten Jahr niedriger sind.

Die Wirtschaft wartet geradezu darauf, ob das Vorziehen der Steuerreform kommt oder nicht. Das würde nämlich bedeuten, dass sie sich wegen der Zuversicht nicht nur im konsumtiven Bereich, sondern auch im investiven Bereich auswirkt. Kollege Jullien wird dem sicherlich zustimmen, weil das auch in der Vergangenheit so war.

(Jullien, CDU: Nein!)

Wenn hohe Steuersätze zu niedrigen Steuersätzen überschwenkten, wurden die hohen Steuersätze ausgenutzt, um noch Steuervergünstigungen zu erhalten.

(Jullien, CDU: Nur in der Übergangsphase!)

– Ja, natürlich nur in der Übergangsphase. Herr Kollege Jullien, deshalb ist es schade, dass die Union das Vor-

ziehen der Steuerreform verzögert. Ich hoffe, dass sie im Vermittlungsausschuss – möglichst noch im November – zustande kommen kann, damit dies noch eine Wirkung entfaltet.

(Beifall der FDP und der SPD)

Zweite Anmerkung: Frau Kollegin Thomas, das Thema „Steuervereinfachung“ muss auf die Tagesordnung, weil damit zusammenhängt, dass in einem Steuersystem mit hohen Steuersätzen diejenigen, die viel absetzen können, die höchsten Steuervorteile haben.

(Glocke des Präsidenten)

Nur ein einfaches mit niedrigen Steuersätzen ausgestattetes Steuerrecht ist gerecht. Deshalb sollte man dieses Thema – Herr Staatssekretär, im Moment steht dieses Thema nicht auf der Tagesordnung – aber auf die Tagesordnung setzen, um ein Stück mehr Steuergerechtigkeit herzustellen. Das ist auch ein Anliegen der FDP-Fraktion.

(Jullien, CDU: Das gehört doch dazu!)

Ansonsten sind wir uns sicher, dass die Landesregierung alles daransetzen wird, dass die Steuerreform zum 1. Januar 2004 in Kraft treten wird. Das ist gut für die Verbraucher, die Wirtschaft, aber auch für die Arbeitsplätze.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP und der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Böhr das Wort.

Abg. Böhr, CDU:

Vielen Dank, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Staatssekretär Dr. Deubel, in der Tat ist die internationale Finanzwelt besorgt; sie ist hochbesorgt. Das haben Sie ganz richtig gesagt. In einem Punkt kann ich Sie aber beruhigen: Die internationale Finanzwelt ist nicht über die Union besorgt.

(Beifall der CDU –
Ministerpräsident Beck: Ja, doch!)

Die internationale Finanzwelt ist über die Politik besorgt, die seit ein paar Jahren in Deutschland gemacht wird. Ich verstehe es gut, dass es die Sozialdemokraten und andere gern hätten, wenn sie auch über die Union besorgt wäre. Die Wirklichkeit ist aber eine andere; das, was wir seit ein paar Jahren erleben, beispielsweise in der Finanzpolitik, spottet jeder Beschreibung.

(Beifall der CDU)

Wir sind in der großen Gefahr, dass sich die Flickschusterei der letzten Jahre – rein in die Kartoffeln, raus aus

den Kartoffeln, rein in die Kartoffeln – fortsetzt. Man muss sich nur einmal das Debakel mit der Diskussion um die Eigenheimzulage in den vergangenen zwölf Monaten vor Augen führen. Was ist da an Vertrauen zerstört und an Investitionen aus Deutschland wegelenkt worden.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das stimmt doch gar nicht!)

– Liebe Frau Thomas, gottlob trennen uns in diesen Fragen Welten. Gottlob trennen uns in diesen gesellschaftspolitischen Fragen Welten.

Jetzt will ich noch zwei Bemerkungen machen. Zum einen will ich noch etwas zur großen Steuerreform sagen. Bei einer nüchternen Betrachtung kann es meiner Meinung nach unabhängig von der Frage, ob wir eine Entlastungsstufe vorziehen oder nicht – das kann nicht das Ende vom Lied sein –, überhaupt keine Zweifel daran geben, dass wir aus hunderten von Gründen eine wirklich große Steuerreform brauchen, die diesen Namen verdient. Gründe sind unter anderem eine bessere Durchschaubarkeit und eine größere Gerechtigkeit. Verehrte Frau Thomas, sie liegt auch im Interesse derjenigen, die viel in Deutschland verdienen und heute so gut wie keine Steuern zahlen. Deshalb geht beispielsweise der Vorwurf der sozialen Ungerechtigkeit mit Blick auf Merz, Kirchhof und andere völlig daneben. Da wird erst die soziale Balance wieder hergestellt, die es heute gar nicht gibt.

(Beifall der CDU)

Frau Thomas, Sie machen sich immer mit dem Spitzensteuersatz froh. Der beträgt nach Ihren Vorstellungen 80 %. Das hilft überhaupt nicht, wenn derjenige, der einen Spitzensteuersatz von 80 % zahlen müsste, faktisch null Euro zahlt. Da helfen die 80 % Spitzensteuersatz überhaupt nichts.

(Beifall der CDU)

Es steht außer Zweifel, dass eine Reihe von offenen Fragen noch zu diskutieren ist. Das ist beispielsweise für mich die Frage, ob der von Kirchhof und Merz in gleicher Größenordnung vorgeschlagene Grundfreibetrag von 8.000 Euro wirklich ausreicht. Ich bin mir da nicht sicher, selbst wenn ich die 1.000 Euro Arbeitnehmerpauschale noch dazurechne. Ich bin mir absolut nicht sicher, ob das ausreicht, um beispielsweise im Niedriglohnbereich die Anreize zu setzen, die wir brauchen.

Zweite und letzte Bemerkung: Der Staatssekretär ist auf diese Frage unter dem beliebten Motto „Wir können vorschlagen was wir wollen, aber die Union lehnt schneller ab, als wir überhaupt Vorschläge machen können“ eingegangen. Wenn die Vorschläge aber nicht mehr wert sind, sodass wir sie ablehnen müssen, wird das auch so bleiben, Herr Staatssekretär.

(Beifall der CDU)

Zum Vorschlag der Gegenfinanzierung durch die Pendlerpauschale frage ich noch einmal, wo dieser Vorschlag einen Sinn macht. Wir nehmen eine steuerliche Netto-

entlastung durch ein Vorziehen der Entlastungsstufe auf das Jahr 2004 vor, aber gleichzeitig streichen wir die Pendlerpauschale, sodass unter dem Blickwinkel der Nettoentlastung, also unter dem Blickwinkel dessen, was übrig bleibt, die Mehrheit der rheinland-pfälzischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer trotz Steuerreform weniger in der Tasche hat als vorher.

(Glocke des Präsidenten)

Leute, dann lasst es doch bitte bleiben.

(Beifall der CDU)

Dafür müssen wir uns doch wirklich nicht müde machen. Deshalb lehnen wir das ab.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Entschuldigen Sie Herr Böhr, jetzt aber einmal Butter bei die Fische. Wie wollen Sie das gegenfinanzieren? Ich habe nicht einen Vorschlag von Ihnen gehört. Ich höre aber permanent die Ablehnung. Keine Veränderung bei der Eigenheimzulage und anderen Leistungen, die der Staat derzeit in diesem Bereich erbringt.

Es stimmt übrigens nicht, dass die Diskussion um die Eigenheimzulage die Investitionen in diesem Bereich verringert hat – im Gegenteil. Schauen Sie einmal, was sich in der letzten Zeit im Wohnungsbau ereignet hat.

(Unruhe bei der CDU)

Viele haben genau das noch mitnehmen wollen. Sie haben ein Haus gekauft oder haben angefangen zu bauen und Ähnliches. So viel zur Schlüssigkeit Ihrer Argumentation. Das spricht nicht für die lange Diskussion, aber das spricht schon gar nicht für Ihre Fachkompetenz, Herr Böhr.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Zum zweiten Punkt: Senkung des Eingangs- und Spitzensteuersatzes auf 15 % bzw. 42 %. Ich kann mich nicht erinnern, dass eine CDU-geführte Bundesregierung das jemals erreicht hat. Ich lasse es Ihnen nicht durchgehen, wenn Sie sich an dieses Pult stellen und sagen, die GRÜNEN würden von Spitzensteuersätzen von 80 % träumen. Das ist doch in Ihrer Argumentation Irrsinn. Ich erwarte, dass Sie das zurücknehmen. Das ist wirklich das Allerletzte.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Wenn Herr Mertes noch einmal redet – ich hoffe, er hat den Mut dazu –, erwarte ich, dass er sich zu Punkten

der Entlastung festlegt, nämlich zu der Eigenheimzulage und zu der Entfernungspauschale. In der Haushaltsdebatte habe ich schon gesagt, dass wir nicht bei dem landen werden, was Eichel zur Entfernungspauschale vorgeschlagen hat und wofür mein Herz schlägt, aber wir können auch nicht bei dem stehen bleiben, was Steinbrück und Koch nach dem Motto vorschlagen, wir nehmen einen Cent weg und hoffen, dass es niemand merkt.

(Glocke des Präsidenten)

Das ist keine Entlastung, das ist keine Gegenfinanzierung, sondern das ist eine Veräppelung der Wählerinnen und Wähler, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Beck das Wort.

Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit fortlaufender Dauer der Debatte bin ich der SPD-Fraktion umso dankbarer, dass sie diese Debatte angeregt hat. In der Tat werden einige Dinge klarer. Wir brauchen meiner Meinung nach Klarheit, damit wir nicht in die nächsten Wochen hineingehen ohne zu wissen, wo wir letztlich durch dieses Parlament mit seinen Mehrheiten und Minderheiten als Landesregierung gestützt und wo wir nicht gestützt werden.

In dem, was Herr Kollege Dr. Deubel gesagt hat, ist meiner Ansicht nach klar geworden, wie sich die rheinland-pfälzische Landesregierung zur Frage des Vorziehens der Stufe der Steuerreform von 2005 auf 2004 verhält. Das ist auch ausreichend begründet worden. Deshalb will ich darauf auch nur in allgemeiner Form Bezug nehmen.

Wenn heute oder morgen oder bis Freitagmorgen ein Angebot der Kollegen von der CDU kommt – ich meine meine Kollegen von der CDU –, die in sehr offener Form angedeutet hatten, dass sie dem Vorziehen der Steuerreform zustimmen – Herr Althaus, Herr Teufel und andere –, werden wir – so lautet die Absprache im Kabinett – unsere Beschlussfassung gern so variieren, dass wir diesem Teil, wenn er herausgefiltert und politisch entschieden wird – das könnte auch durch eine gemeinsame Erklärung oder Entschließung der Fall sein –, ganz eindeutig und klar zustimmen werden.

Es gibt keine Zweifel an der klaren Haltung der Landesregierung.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Herr Kollege Bracht, es wäre prachttvoll, wenn Sie vom Pult aus reden würden.

Meine Damen und Herren, wir haben bei aller Zurückhaltung hinsichtlich der verfassungsgemäß garantierten Unabhängigkeit der Mitglieder des Vermittlungsausschusses Herrn Kollegen Mittler gebeten, im Rahmen der Vermittlungsbemühungen, die auf uns zukommen, noch einmal den Versuch zu unternehmen, so schnell wie möglich eine politische Erklärung herbeizuführen, dass wir über die Parteigrenzen hinweg diesen Schritt der Steuerreform wollen. Dann bleibt uns immer noch die Gelegenheit, in den nächsten zwei Monaten über 5 % hin oder her der Gegenfinanzierung zu reden.

(Beifall der SPD und der FDP)

Dann wäre ein Teil des volkswirtschaftlich zusätzlichen Risikos, das Herr Kollege Creutzmann und andere beschrieben haben, zumindest eingedämmt. Deshalb wollen und werden wir uns darum bemühen.

Ich habe allerdings den Eindruck – es ist auch über die Hintergründe von Verhaltensweisen geredet worden –, dass wir nicht so ganz offen über diese Hintergründe reden. Ich kann auch nur konstatieren, was Herr Kollege Mertes und Frau Thomas gesagt haben. Es gibt eine Vielzahl von Vorschlägen zur Finanzierung dieser Steuerreform. Bisher hat keiner dieser Finanzierungsvorschläge Gnade vor den Augen der Opposition in Berlin gefunden, die die Mehrheit im Bundesrat hat. Das war so. Das kann sich noch ändern.

Ich stelle fest, dass das, was die Kollegen Steinbrück und Koch in puncto Subventionsabbau vorgeschlagen haben, in seinen Dimensionen deutlich hinter dem zurückbleibt, was die Bundesregierung ihrerseits in den Größenordnungen vorgeschlagen hat. Ich will gar nicht dazu sagen, dass wir sagen: Deshalb schließen wir uns einfach den Vorschlägen der Bundesregierung an. – Sie wissen, dass wir – Stichwort: Entfernungspauschale – in einer Reihe von Punkten andere Positionen haben. Wenn ich sage, es müssen 75 % sein, die gegenfinanziert werden, sage ich dazu, dass dazu die Umsetzung eins zu eins von Steinbrück und Koch nicht ausreichen würde. Als einziger hat Kollege Stoiber zusätzliche Vorschläge gemacht, die ich einigermaßen verifizieren kann, zumindest wenn ich der „Süddeutschen Zeitung“ folgen darf. Das darf man sehr häufig.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

– Ich würde keiner noch so guten Zeitung einen allgemeinen Freibrief geben wollen. Ich will diese Vorschläge ein bisschen genauer beleuchten.

Meine Damen und Herren, es wäre für Herrn Kollegen Stoiber –punktuell auch für mich – relativ einfach, im Bereich der Sozialleistungen, die arbeitsmarktbedingt sind, zu sagen, dort kann gestrichen werden, weil wir natürlich aufgrund der günstigen Arbeitsmarktsituation in Bayern und bei uns – wir sind, was den Arbeitsmarkt angeht, nicht mehr wesentlich schwächer als Bayern – so etwas sehr schnell sagen können. Jeder, der dies formuliert, weiß doch, dass die Ministerpräsidenten der neuen Länder, ob sie der CDU oder der SPD ange-

hören, nie und nimmer einem solchen Vorschlag zustimmen können.

(Mertes, SPD: So ist das!)

Machen wir uns nichts vor. Das können doch nur taktische Vorschläge sein und nichts anderes.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich bin zurückhaltend mit dem Zitieren.

Herr Präsident, einmal darf ich es vielleicht. Ich hoffe, ich kann es lesen, weil ich meine Brille nicht mitgebracht habe. Das „Handelsblatt“, das man im Allgemeinen auch ab und an einmal zitieren darf, bezieht sich auf die Diskussion in der Union. Überschrift: „CDU-Länderchefs warnen vor Populismus.“ Datum: „30. Oktober“ dieses Jahres. – Es formuliert: „Die Union präsentiert sich im besten Falle als unberaten, im schlimmsten Falle als tief zerrissen.“

Ich hatte noch am Sonntag den Eindruck, dass wir eine Chance haben, uns über Parteigrenzen hinweg aufeinander zuzubewegen, was das Vorziehen der Steuerreform angeht. Am Montag nach den Sitzungen der Parteigremien war dieser Eindruck leider zerstoßen. Das ist meine Analyse. Ich sage sie ohne Schaum vor dem Mund. Man muss schließlich auch ein bisschen dahinter blicken, damit man nicht versucht zu vermitteln, wo nichts zu vermitteln ist.

Mein Eindruck ist, dass es im Wesentlichen um das taktische Sichaufstellen innerhalb der Union geht, wobei eine Position, die sich mit dem Namen eines Kollegen verbindet, der unweit von hier seine Arbeit verrichtet, ist, man müsse alles ablehnen, um diese Regierung zu stürzen. Das ist klipp und klar auf den Nenner gebracht mein Eindruck, den ich von dieser Verhaltensweise habe. Es gibt sicher eine Position, die wiederum differenziert zwischen Herrn Kollegen Stoiber und Frau Merkel zu sehen ist, die weiß, dass bestimmte Entscheidungen über Spitzenkandidaturen vorentschieden sind, wenn sich diese Position durchsetzt.

Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Böhr, ich fürchte, wenn das die wirklichen Hintergründe für diese Diskussionen sind, hat die Union und mit ihr die gesamte Bundesrepublik Deutschland ein richtiges Problem.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich bekomme als Sozialdemokrat wie alle meine Kolleginnen und Kollegen auf dieser Seite des Hauses und bundesweit nicht nur Spott und Häme, sondern auch manchmal Mitleid entgegengebracht, wenn wir derzeit aufgrund der großen Anstrengungen, die für Reformen in der Bundesrepublik unternommen werden müssen, Wahlergebnisse erzielen, die uns tief betreffen.

Wir halten diesen Kurs durch. Ich werde alles tun, dass dieser Kurs durchgehalten wird. Sie können mir glauben, mir tut es weh, wenn ich Briefe von Leuten erhalte, die lange Jahre Sozialdemokraten waren und sich von uns trennen, weil wir diesen nicht vermitteln konnten, worauf es derzeit ankommt. Wir halten diesen Kurs durch. Ich

sage umgekehrt auch, dass ich mir nicht untersagen lasse zu analysieren, wo nach meiner Sehweise die wirklichen Hintergründe für das Verhalten der Union liegen.

Meine Damen und Herren, ich überlasse es den geneigten Bürgerinnen und Bürgern zu gewichten, wer sich wirklich für die Interessen dieses Staates in die Bresche wirft. Sie haben Grund, sich zu besinnen und auf eine Sachpolitik zurückzukehren.

Ich finde, diese Offenheit war an dieser Stelle schlicht und einfach geboten. Deshalb wollte ich sie aussprechen. Die Landesregierung hat in den Punkten, um die es geht, eine klare Position. Insoweit werden wir unseren Beitrag leisten, damit Deutschland nach vorn kommt. Es hat keinen Sinn, dass man sich ständig verhalten lassen muss, wir würden Flickschusterei und Ähnliches betreiben. In Wirklichkeit geht es um einen innerparteilichen Machtkampf in der Union. Das sollte hier nicht verschwiegen werden.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen?

(Abg. Böhr meldet sich zu Wort)

– Herr Dr. Böhr, leider nicht. Der Schriftführer hat eine andere Rechenweise als der Präsident. Das soll vorkommen. Den Fraktionen standen siebeneinhalb Minuten zur Verfügung. Dazu kommen sechs Minuten, die über den zehn Minuten liegen, die der Landesregierung zur Verfügung stehen. Das heißt, insgesamt wären auf die vier Fraktionen noch eineinhalb Minuten zu verteilen. Der Kollege Böhr hat aber über die siebeneinhalb Minuten hinaus schon vier Minuten zusätzlich gesprochen. Das war sozusagen der Oppositionsführerrabatt. Mehr Redezeit ist bei allem Verständnis wirklich nicht möglich.

(Zurufe von der CDU)

Wenn der Herr Kollege Mertes Ihnen seine ihm zur Verfügung stehenden Minuten geben würde, wäre das natürlich ein ganz anderer Fall.

Meine Damen und Herren, so ist die Geschäftslage. Ich stelle fest, dass die Aktuelle Stunde abgelaufen ist. Das ist absolut richtig gerechnet. Es ist nachzurechnen.

Wir kommen zu **Punkt 2** der Tagesordnung:

Wahl der Vertrauensleute des Ausschusses zur Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter hier: Obergerverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, Verwaltungsgericht Koblenz und Verwaltungsgericht Neustadt an der Weinstraße
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

– Drucksache 14/2534 –

dazu:
**Wahlvorschlag der Fraktionen
 der SPD, CDU und FDP**
 – Drucksache 14/2619 –

Wer diesem Vorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Ich stelle fest, dass der Wahlvorschlag mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP bei Stimmenthaltung des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen ist.

Wir kommen zu **Punkt 3** der Tagesordnung:

**...tes Landesgesetz zur Änderung besoldungs-
 und versorgungsrechtlicher Vorschriften**
Gesetzentwurf der Landesregierung
 – Drucksache 14/2505 –
Zweite Beratung

dazu:
**Beschlussempfehlung des Haushalts-
 und Finanzausschusses**
 – Drucksache 14/2613 –

**Änderungsantrag der Fraktion
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
 – Drucksache 14/2617 –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
 – Drucksache 14/2620 –

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Bracht, das Wort.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Durch Beschluss des Landtags vom 9. Oktober 2003 ist der Gesetzentwurf an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen worden. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 33. Sitzung am 8. Oktober 2003, in seiner 34. Sitzung am 16. Oktober 2003 und in seiner 35. Sitzung am 4. November 2003 beraten.

In seiner 34. Sitzung am 16. Oktober 2003 hat der Haushalts- und Finanzausschuss ein Anhörverfahren durchgeführt. Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 22. Sitzung am 4. November 2003 beraten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Terminfolge zeigt, dass diese Beratungen und insbesondere die Anhörung kurzfristig, nach Meinung der Opposition zu kurzfristig, erfolgten, was insbesondere bei den Anzuhörenden zu Problemen führte.

Die Mehrheit des Ausschusses setzte diese Terminfolge aber mit ihrer Mehrheit durch.

Dem Haushalts- und Finanzausschuss lag gestern ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, der keine Mehrheit fand. Die CDU-Fraktion hat

nach ihrer heutigen Fraktionssitzung einen weiteren Änderungsantrag zu dem Gesetzentwurf hier im Parlament eingebracht.

Meine Damen und Herren, in den Ausschussberatungen war kein Einvernehmen zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung zu erzielen. Die im Haushalts- und Finanzausschuss mehrheitlich gefasste Beschlussempfehlung für die heutige Parlamentsitzung lautet: Der Gesetzentwurf wird angenommen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Grimm:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter und eröffne die Aussprache.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Bischel das Wort.

Abg. Bischel, CDU:

Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Die Damen und Herren der Landesregierung sowie die Damen und Herren der Koalitionsfraktionen befinden sich offensichtlich in einem großen Dilemma; denn Sie haben die Landesfinanzen an die Wand gefahren

(Widerspruch bei der SPD)

und suchen jetzt diejenigen, die den Ausgleich der Landesfinanzen herbeiführen sollen.

(Beifall bei der CDU)

Da kommt man in erster Linie auf die Beamten, da sie in einem Dienst- und Treueverhältnis zum Land Rheinland-Pfalz oder zu ihren sonstigen Dienstherrn stehen. Sie haben kein Streikrecht – was ich nicht beklage – und können sich auch sonst gegen solche Maßnahmen nur sehr schwer wehren.

Meine verehrten Damen und Herren, wir wissen alle, wie schwierig die Finanzlage des Landes ist und wie schwierig die Finanzsituation in Deutschland überhaupt ist. Ich glaube, die CDU – das hat sich auch aus der letzten Debatte ergeben – ist sich ihrer Verantwortung sehr wohl bewusst, in einer solchen Situation ihren Beitrag zu leisten, wenn es um die Finanzen und um das Land Rheinland-Pfalz geht.

Wir haben es niemals, in keiner Situation, abgelehnt, dass Sparmaßnahmen im Landeshaushalt durchgeführt werden. Wir haben allerdings immer eigene Vorstellungen gehabt.

(Ministerpräsident Beck: Nur
 nie zugestimmt!)

Herr Ministerpräsident, was heißt hier „nie zugestimmt“? Sie gehen immer von der grundsätzlichen Auffassung

aus, dass alles, was Sie und Ihre Regierungskoalition vorschlagen, dass Nonplusultra sei. Dem ist in der Regel nicht so.

(Beifall bei der CDU)

Ich erinnere mich noch gut an die erste Lesung dieses Gesetzes, als der Finanzminister die Begründung abgegeben hat. Er hat so toll den hessischen Ministerpräsidenten zitiert. Ich bin auch darauf hereingefallen – das gebe ich ehrlich zu – mit meinem Zwischenruf, dass ich nicht wusste, was der hessische Ministerpräsident zu dieser Problematik gesagt hat. Aber das gehört zum parlamentarischen Geschäft. Ich teile aber auch heute weder die Auffassung des hessischen Ministerpräsidenten noch die der rheinland-pfälzischen Landesregierung in dieser Frage.

Meine Damen und Herren, wenn man nämlich der Bevölkerung suggerieren will, dass die Landesregierung Rheinland-Pfalz so eine tolle Regierung ist und den Bediensteten im öffentlichen Dienst, allen Mitarbeitern im öffentlichen Dienst die Gnade erweist, dass sie einen sicheren Arbeitsplatz haben, dann kann ich nur sagen: Wir erleben alle – gerade gestern im Fernsehen gebracht –, was bei Opel in Rüsselsheim passiert. Jawohl, dort gehen die Mitarbeiter freiwillig in ihrer Arbeitszeit zurück und verzichten auf Lohn. Meine Damen und Herren, das Gleiche haben die Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst gemacht, als es um die Verkürzung der Arbeitszeit ging. Sie haben nämlich Lohnverzicht und Gehaltsverzicht geübt. Was hat diese Landesregierung gemacht?

Schon im Jahr 1996 ist sie dann kurze Zeit später hingegangen und hat die Arbeitszeit der Beamten wieder auf 40 Stunden hochgesetzt, was einen Einsparungseffekt für das Land Rheinland-Pfalz im Jahr von 105 Millionen DM ausmachte, eine entsprechende Auskunft der Landesregierung auf meine diesbezügliche Kleine Anfrage.

Meine Damen und Herren, also nichts anderes hat der öffentliche Dienst gemacht. Seit dieser Zeit sind unwahrscheinlich viele Belastungen und Kürzungen für den öffentlichen Dienst gerade im Land Rheinland-Pfalz durchgeführt worden. Das wird wohl ernsthaft niemand bestreiten. Alle diese Sonderopfer werden in der jetzigen Situation von der Landesregierung und den Koalitionsfraktionen nicht gewürdigt.

(Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

– Nur verbal, meine Damen und Herren.

Man geht also jetzt hin und sagt, jetzt müsst ihr wieder ein Sonderopfer bringen. Jawohl, wir sind auch dafür, dass, weil die anderen Berufsgruppen das alles nicht bringen, die Beamten und auch später die Angestellten und Arbeiter ein gewisses Sonderopfer bringen müssen. Meine Damen und Herren – hier unterscheiden wir uns wieder von Ihnen –, es muss dann um eine Ausgewogenheit gehen, es muss um eine Situation gehen, dass der Bevölkerung einsichtig gemacht wird, dass alle sparen müssen und nicht nur die einen einseitig mit Sonderopfern belastet werden. Das ist die Problematik.

Herr Ministerpräsident, ich erinnere mich noch gut, als es vor wenigen Tagen – ich weiß nicht mehr an welchem Tag – in der SPD große Diskussionen, was in jeder Partei vorkommt, stattfanden. Sie haben im Fernsehen gesagt, nach wie vor ist die SPD die Partei der kleinen Leute und sonst keine Partei. Jetzt frage ich Sie in dieser Situation: Wo ist die SPD, mit ihrer Berufung für die kleinen Leute einzutreten?

(Zuruf von der CDU: Am Ende!)

– Ja, am Ende. Das kann sein.

Wir haben nach der Statistik, nach den Aussagen des Versorgungsberichts der Landesregierung im Land Rheinland-Pfalz 5.733 Pensionäre, die dem einfachen und mittleren Dienst angehören. Jetzt kommt die Kürzung des Weihnachtsgelds hinzu. Diese Leute können dann zum Sozialamt gehen und ihren Antrag auf Sozialhilfe einreichen.

(Zuruf von der CDU)

– Sie brauchen nicht zu sagen, dass das nicht stimmt.

Herr Itzek hat gestern einen anderen Fall im Finanzausschuss ausgeführt. Ich konnte gestern nicht und kann heute nicht nachprüfen, ob er Recht oder nicht Recht hat. Ich will Ihnen nur einmal von diesen kleinen Leuten etwas sagen, weil Sie doch angeblich die Partei der kleinen Leute sind.

Sie lassen die kleinen Leute in einer Art und Weise im Stich, wie sich das an sich nicht gehört.

(Beifall der CDU –

Hammer, SPD: Wenn Sie die Großen im Stich lassen, wären wir uns einig!)

– Ja, ja. Dann hätte ich den Vorschlag von Ihnen erwartet, dass zum Beispiel die Minister auf ihr Weihnachtsgeld ganz verzichtet hätten. Das hätten Sie denen vorschlagen können, Herr Hammer. Dazu hatten Sie nicht den Mut und Ihre Fraktion erst recht nicht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will auf die vielen Sonderleistungen nicht eingehen. Mein Anliegen ist es, für die CDU-Fraktion deutlich zu machen, dass wir es nicht mittragen können, dass Sie im Jahr 2003 diese Kürzungen des Weihnachtsgelds vornehmen. Warum nicht? – Weil die Landesregierung sich dafür loben ließ – nach meiner Auffassung mit Recht gelobt wurde –, dass sie im Bundesrat als einziges Land in Deutschland gegen die so genannte Öffnungsklausel gestimmt hat.

Jeder im öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz konnte aufgrund dieser Haltung der Landesregierung erwarten, dass in Rheinland-Pfalz im Jahr 2003 eine Kürzung des Weihnachtsgelds nicht vorgenommen wird;

(Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

denn der Sinn der Öffnungsklausel war, dass die Länder befugt sind, in diesen Bereich gesetzgeberisch eingrei-

fen zu können. Ohne diese Öffnungsklausel wäre das nicht möglich gewesen. Jeder konnte sich darauf verlassen.

Gestern sagte der Staatssekretär im Haushalts- und Finanzausschuss, dass man im Juli schon einmal gesagt habe, dieses Kabinett werde im September entscheiden, wie der neue Landeshaushalt für 2004 aussehen werde. Da konnte jeder – wer denken kann, sage ich einmal – schon erwarten, dass auch 2003 gekürzt werde.

(Jullien, CDU: Hellsehen!)

Meine verehrten Damen und Herren, wer so mit den Menschen, die betroffen sind, umgeht, handelt nicht mehr verantwortbar.

Herr Ministerpräsident, ich sage Ihnen, das ist ein Vertrauensbruch, den die Landesregierung, die Koalitionsfraktionen in dieser Frage begehen, wie ihn die Betroffenen nicht verstehen können.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, ich frage Sie weiter – Sie legen doch immer so großen Wert darauf, dass diese Landesregierung, die Koalitionsfraktionen eine intelligente Politik machen; das nehmen Sie doch für sich in Anspruch –, ist es besonders intelligent, wie man die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes behandelt, deren höchster Auftrag es ist, den Bürgern zu dienen und all das umzusetzen, was in diesem Parlament und in dieser Regierung beschlossen und verordnet wird?

Kann man Mitarbeiter in dieser Art und Weise behandeln? Ich meine, das ist keine intelligente Politik; denn man muss sich auf diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jederzeit und auch in schwierigen Situationen verlassen können. Diese Menschen geben ihr Bestes und haben es deshalb nicht verdient, so von Ihnen behandelt zu werden, weil Sie für das Jahr 2003 diesen Vertrauensvorschuss von ihnen erhalten hatten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will noch auf das Jahr 2004 eingehen. Da gehen Sie mit Ihren Kürzungen auf 50 % zurück. Ich hatte im Finanzausschuss den Koalitionsfraktionen schon einmal ein Angebot in konsequenter Entwicklung dessen, was unser Fraktionsvorsitzender bei der ersten Beratung schon gesagt hatte, unterbreitet, wir sind bereit mitzugehen, weil wir verantwortungsbewusst sind, aber wir müssen darüber reden, in welcher Form das geschehen kann.

Ich habe den Koalitionsfraktionen gestern das Angebot gemacht, gehen wir doch auf die Bundesregelung. Die Bundesregelung besagt, ab 2004 eine Kürzung auf 60 %. Dies hat viele Vorteile, meine Damen und Herren. Es hat sehr viele Vorteile; denn ich habe auch im Finanzausschuss ausgeführt, – –

(Glocke des Präsidenten)

– Was, ist meine Zeit schon abgelaufen? Das ist ja unglaublich.

(Heiterkeit bei der CDU)

– – dieses Angebot für die CDU steht, dass wir uns darüber unterhalten, ob wir im nächsten Jahr eine solche Regelung mittragen, auf 60 % zu gehen.

Das würde bedeuten, dass Sie heute auf Ihrer Behauptung von 50 % nicht bestehen, in diesen berühmten Verhandlungen, die Sie angeboten hatten, Herr Ministerpräsident, darüber gesprochen wird und wir jetzt für uns ablehnen, dass Sie das in 2003 kürzen.

Für 2004 unterhalten wir uns weiter. Sie haben die Zusage von uns, dass wir bei 60 % mitgehen. Leider habe ich jetzt keine Zeit mehr, um noch einige wichtige und bedeutende Aussagen zu machen.

Ich danke Ihnen für Ihr Zuhören.

(Anhaltend Beifall der CDU – Heiterkeit bei der CDU)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, auf der Zuschauertribüne begrüße ich Gäste aus dem Kreis Bitburg-Prüm. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Es spricht Herr Abgeordneter Hartloff.

(Ministerpräsident Beck: Das war das Angebot, auf 40 Millionen zu verzichten!)

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Natürlich habe ich Verständnis dafür, dass Beamte protestieren, wie das vorhin geschehen ist, und sie darüber betroffen sind, dass ein weiterer Einschnitt in das, was Sie sich erwartet haben, von uns vorgenommen werden muss, wie ich meine, verantwortlich vorgenommen wird, weil die Rahmenbedingungen so sind, wie sie nun einmal sind.

Wir haben seit drei Jahren kein wirtschaftliches Wachstum, die Einnahmen des Staates sind dramatisch weggebrochen, in Rheinland-Pfalz für dieses Jahr geschätzt 560 Millionen Euro und im nächsten Jahr 500 Millionen Euro.

Sie wissen, dass morgen eine Steuerschätzung veröffentlicht wird, die mit einiger Sicherheit – dafür brauchen wir keine Propheten zu sein – weitere Mindereinnahmen prognostizieren wird.

Dieser Rahmen, der steht, muss, wenn man verantwortlich handelt, dann dazu führen, dass man überlegt, was verantwortlich machbar ist und was man tun kann. Des-

halb haben wir gesagt – wie im Übrigen auch viele andere Bundesländer –, wir kommen um Einschnitte auch im Personalbereich nicht umhin.

Herr Kollege Bischel hat vorhin die Firma Opel genannt, mit dem „freiwillig“. Das ist doch dort nicht freiwillig, sondern es handelt sich um ein Folgen wirtschaftlicher Notwendigkeiten. Die Einschnitte sind um ein Erhebliches größer in diesen Bereichen, als das im öffentlichen Bereich der Fall ist.

(Beifall der SPD und der FDP)

Nur ausklammern können wir uns davon nicht. Das gehört zur Wahrheit dazu, wenn man offen miteinander umgeht. Das haben wir auch angekündigt.

Jetzt wäre es schön, Ihnen zu folgen und zu sagen: „Ja, das Weihnachtsgeld gibt es dieses Jahr auf jeden Fall.“ Das macht umgerechnet 43 Millionen Euro, die neben anderen Sachen nicht vorhanden sind, bei einem Haushalt – was Sie kritisieren –, der wegen der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts schon ein Stück aus den Fugen ist.

(Itzek, SPD: Neuverschuldung, die nehmen Sie in Kauf! Lobbyisten!)

Warum machen wir das? Sie haben gesagt, wir ließen die kleinen Leute im Stich. Wir würden die kleinen Leute noch viel mehr im Stich lassen, wenn wir nicht haushaltsmäßig Weichen dafür stellen würden, dass die Konjunktur anspringen kann, wir unsere Finanzen in Ordnung bringen und unser Haus ordentlich gerichtet ist.

Die kleinen wie die großen Leute würden wir im Stich lassen, wenn wir Haushalte gegen die Wand fahren. Das ist unverantwortlich.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Natürlich lässt sich trefflich nachvollziehen – das verstehe ich gut, da ich lange in der öffentlichen Verwaltung als ehrenamtlicher Bürgermeister tätig bin –, dass es ungerecht ist, wenn nebenan am Schreibtisch jemand sitzt, der ein anderes öffentliches Tariffrecht hat über BAT als der Beamte. Dann fällt das auseinander.

Deshalb muss das politische Ziel sein, dass wir eine Reform des öffentlichen Dienstrechts hinbekommen, keine Frage.

(Beifall der SPD und der FDP)

Deshalb sind Tarife gekündigt. Es muss aber daran erinnert werden, dass wir keine Befürworter dafür waren, dass man die Öffnungsklausel tatsächlich macht, weil wir uns langfristig keine Vorteile für das Gesamtpaket davon erwarten, wenn wir in der Konkurrenzsituation der Länder unterschiedliche Entwicklungen haben.

Diese Gründe sind für mich nach wie vor stichhaltig und maßgeblich. Aber das nimmt doch nicht weg, dass, wenn ein Tarifabschluss erfolgt ist – auch da verstehe ich die Betroffenheit und die Kritik derjenigen Beschäf-

tigten, dass sie sagen, wenn Politik Tarifverträge abschließt, dann sollte sie nicht nachher das wieder einsammeln, was tariflich vereinbart worden ist – – –

Dieser Vorwurf geht gegen Politik insgesamt; denn alle Parteien waren beim Abschluss dort mit beteiligt. Es hat sich herausgestellt, dass dieser Abschluss, auch wenn er gar nicht so enorm hoch war, nicht mit der Wirklichkeit der Finanzen des Arbeitgebers übereingestimmt hat.

Das gehört auch zur Wahrheit und provoziert natürlich Enttäuschung. Dass dem Bund beispielsweise aus einer Tarifierhöhung möglicherweise mehr Einnahmen durch die steuerlichen Reflexe verbleiben als den Ländern und den Kommunen, ist ebenfalls etwas, was in der Föderalismusdiskussion mit eingebracht werden muss, wenn man dies in Zukunft sinnvoller regeln will.

Die Kritik, die von Frau Stopp an den Maßnahmen geäußert wird, die sich zu Vergleichen mit den Brüning'schen Notverordnungen hat hinreißen lassen, ist maßlos und falsch.

(Beifall der SPD und der FDP –
Itzek, SPD: Ein dicker Hund war das!)

Sie bringt damit die demokratische Legitimation von solch schwierigen Entscheidungen in Verruf. Deshalb ist das nicht zu akzeptieren.

Herr Kollege, auch die Beispiele mit der Sozialhilfe stimmen nicht, aber sie machen Stimmung. Das ist keine Frage. Ich könnte Ihnen die Zahlen vorrechnen. Ich halte es nicht für sinnvoll, dies im Detail mit den Zahlen zu tun.

Aber ich sage dies genauso offen an die Adresse von DGB und ver.di, die mit den eigenen vorhandenen Personalproblemen möglicherweise viel radikaler umgehen,

(Dr. Gölter, CDU: Streiche
möglicherweise!)

als wir dies im öffentlichen Dienst tun und wie es kritisiert wird. Wenn die Einnahmen nicht vorhanden sind, muss man sich bei den Ausgaben danach richten. Das gilt für die Personalausgaben ebenso wie auch für die anderen Ausgaben. Sie wissen, dass im wirtschaftlichen Bereich Betriebsschließungen und Personalabbau in erster Linie betrieben werden. Bei uns sieht das ganz anders aus.

Wenn wir zu diesen schwierigen Schritten gelangt sind, die wir Ihnen vorschlagen, Sie aber andere Vorschläge haben, erkenne ich durchaus an, dass Sie sagen: Nächstes Jahr, aber 60 % beim Urlaubsgeld, Herr Kollege Bischel. – Darüber mag man im Detail unterschiedlich diskutieren. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es ganz unterschiedliche Variationen, wie die Länder dies handhaben. In vielen Ländern erfolgt im Übrigen keine dynamische Umlage ab dem nächsten Jahr, die dazu führt, dass die Gehälter auch wieder steigen.

Ich sage auch an die Adresse der GRÜNEN, wenn Sie bis zum Jahr 2006 befristen wollen, werden wir uns dem nicht anschließen. Aber wenn sich in Deutschland eine

andere Einkommensentwicklung vollzieht und ein anderes Wachstum stattfindet, müssen auch die Gehälter im öffentlichen Dienst davon profitieren. Somit bestehen Chancen, so etwas aufzuholen. Dies muss sein, weil unsere Personalressource die wertvollste Ressource ist, die wir haben. Das ist keine Frage.

Aber die Behauptung, Ihre Version sei sozial gerechter – Sie sprechen in Ihrer Gesetzesbegründung von einer „Rasenmäher-Methode“ und anderen Dingen –, ist vor der Hand nur eine Behauptung. Mehr ist es nicht. Es besteht eine Grenzproblematik. Wir haben versucht, durch die Festschreibung eines Sockelbetrags in den niedrigen Einkommensgruppen sowie durch die Festsetzung eines Kinderzuschlags eine gewisse soziale Komponente mit hineinzubringen. Aber wir können das im öffentlichen Dienst bestehende Gehaltsgefüge nicht bei einer Kürzung der Sonderzuwendungen komplett umkrempeln. Das kann auch nicht Sinn der Übung sein.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

Ich möchte kurz zusammenfassen: Wir haben den notwendigen Mut zur Verantwortung, nehmen unsere Verantwortung wahr und werden so die Gesellschaft für die Zukunft weiter fit machen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Es spricht Frau Abgeordnete Thomas.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Die Diskussion hat nicht erst mit der Haushaltsberatung des Haushaltsentwurfs für 2004 ihren Auftakt genommen, sondern sie hat quasi schon mit der Diskussion um den Nachtragshaushalt im April dieses Jahres begonnen, als es um die Frage ging, ob das Land einer Öffnungsklausel für die Sonderzahlungen für Beamtinnen und Beamte im Bundesrat zustimmen soll oder nicht. Sie haben nicht zugestimmt. Herr Hartloff hat es soeben gesagt.

Wir haben schon im April deutlich gemacht, dass wir diese Öffnungsklausel begrüßen. Ich möchte auch noch einmal sagen, vor welchem Hintergrund wir dies tun. Wenn es um gemeinsame Entscheidungen ging, haben mich die aktuellen Diskussionen im Bundesrat nie in der Hoffnung gelassen, dass sich 16 Bundesländer über eine Umgestaltung der Sonderzahlungen im Bundesbeamtenbesoldungsrecht einigen würden. Jetzt kann darüber jedes Land in eigener Verantwortung entscheiden. Manche Länder versuchen, eine Angleichung oder ähnliche Regelungen mit ihren Nachbarländern zu erreichen. Vielleicht kommt man über diesen Prozess letztendlich wieder zu einer Einigung.

Aber uns ist klar, dass die Situation der öffentlichen Haushalte, insbesondere der Länderhaushalte, eine Veränderung auch bei den Personalausgaben notwendig macht. Deswegen haben wir uns dieser Öffnungsklausel nicht verschlossen und auch nicht einer Diskussion darüber, wie man diese Sonderzahlungen ausgestalten kann.

Was diese Frage anbelangt und was den größten Spar- und Streichposten für 2004 anbelangt, gab es vonseiten der Regierungsfractionen oder auch der Regierungsvertreter nicht viele Dialogangebote. Wir haben mehrfach nachgesucht, aber es ist noch nicht einmal im Ausschuss eine gescheite Diskussion darüber zustande gekommen.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Deswegen haben wir heute unseren Vorschlag erneut vorgelegt.

Meine Damen und Herren von der Landesregierung, wir bleiben bei unserer Aussage, dass unser Vorschlag sozial gerechter ist. Wir machen den Vorschlag, die Einkommensgruppen von A 3 bis A 8, die ca. 5.600 der aktiv Beschäftigten umfassen – ich nenne dabei nicht mehr die Zahl der Versorgungsempfänger –, von den Kürzungen des Weihnachtsgelds auszunehmen, sodass sie ihr Weihnachtsgeld in der bisherigen Höhe weiter beziehen. In der Gegenkompensation schlagen wir im gleichen Sparvolumen wie die Landesregierung stärkere Kürzungen bei den höheren Einkommensklassen ab A 15 vor.

Ich möchte Ihnen als Beispiel eine Zahl nennen. Herr Hartloff, auch Sie haben versucht, mit Zahlen zu operieren, aber Sie haben sie nicht auf den Tisch gelegt. Nach unserem Vorschlag würde ein Bezieher von A 15 nach den Berechnungen des Finanzministeriums statt rund 2.500 Euro rund 1.800 Euro bekommen, aber ein Einkommensbezieher von A 8 bekäme statt rund 1.200 Euro fast 2.000 Euro. Darin sehen wir den Ausgleich, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie könnten das in dieser Form aus- bzw. umgestalten. Die Landesregierung hat uns dankenswerterweise über das Finanzministerium Probeberechnungen ausgeführt, dass wir die geringere Ausgabenkürzung bei den 5.600 Beamtinnen und Beamten in den niedrigen Einkommensgruppen durch eine Kürzung der Einkommen der rund 5.600 Spitzenbeamten in den Einkommensklassen ab A 15 bis B 10 kompensieren können. Dieser Vorschlag ist durchgerechnet, und er ist machbar.

Ich komme nun zu Ihren Grenzfällen. Das Beispiel, das Herr Itzek im Haushalts- und Finanzausschuss vorgebracht hat, war ein Vergleich von Äpfeln mit Birnen. Er hat einen alleinstehenden Beamten mit einer Besoldung von A 8, verheiratet, mit einem jüngeren Beamten in A 10 verglichen, der zwei Kinder hat und in einer völlig anderen Ausgangssituation ist. Sie wissen genau, dass die unterschiedliche Höhe der Besoldungen nicht aufgrund der Zuweisung des Weihnachtsgelds oder ähnlichen Sonderzahlungen stattfindet, sondern sie resultiert

daraus, dass jemand, der sich in einem höheren Lebensalter befindet, aufgrund der gesamten Anlage der Beamtenbesoldung bereits eine höhere Besoldung bezieht. Sie können doch nicht Äpfel mit Birnen vergleichen, sonst vergleiche ich das Weihnachtsgeld eines Staatssekretärs mit B 10 mit dem Weihnachtsgeld eines Beamten, der A 10 bekommt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Itzek, SPD: Nein, ich habe Zahlen mit Zahlen verglichen!)

Insofern überzeugen Sie mit diesen Beispielen nicht, meine Damen und Herren.

Ich muss noch einmal sagen, ich kann es nicht nachvollziehen, wie eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung an solchen sozialen Staffelungsmöglichkeiten vorbeigehen kann, wenn es um das Weihnachtsgeld geht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie können es beim Urlaubsgeld machen. Dort ist es kein Systembruch. Wenn wir es jetzt aber für das Weihnachtsgeld vorschlagen, wird es auch vom Finanzministerium als Systembruch beschrieben. Ich sage Ihnen, in Nordrhein Westfalen gibt es Vorschläge für eine soziale Staffelung. Diese sind bereits beschlossen. In Schleswig Holstein gibt es Vorschläge für eine soziale Staffelung. Auch diese sind auf dem Entscheidungsweg. Sogar Bayern bekommt es hin. Das soll in Rheinland-Pfalz nicht möglich sein? Da kann ich nur sagen: Dafür werden Sie unsere Zustimmung nicht bekommen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hartloff, SPD: Das wissen wir!)

Wir haben noch drei andere Änderungen vorgeschlagen. Wir wollen nicht den Schein erwecken, dass man über eine Zwölfte und eine Dynamisierung eine Art Ewigkeitsprinzip in dieser Gesetzesänderung hat. Wir wissen – genauso wird es auch die Öffentlichkeit wissen –, dass Sie jederzeit nach Haushaltslage auch diese Versprechungen zurücknehmen können. Wir wollen bei einer Einmalzahlung bleiben und diese beibehalten. Ich glaube, das ist auch im Zusammenhang mit konjunkturellen Effekten wichtig, die man in diesem Zusammenhang nicht außer Acht lassen kann.

Wir wollen auch eine Wirkungsüberprüfung. Deswegen wollen wir die Befristung auf 2006 auch in Rheinland-Pfalz. Andere Bundesländer sehen dies auch vor, damit man das in der Auswirkung für die Einzelnen sehen kann, aber auch zum Beispiel in der Auswirkung auf Kaufkraftverluste und ähnliche Dinge.

Ein Weiteres spricht für diese Wirkungsüberprüfung, dass man nämlich Luft für die zu erarbeitende Regelung im Tarifbereich hat, die auch Sie anstreben und bei der die Verhandlungen erst aufgenommen werden. Man sollte sich nicht auf die Zwölfte festlegen, sondern es bei der Einmalzahlung belassen und tatsächlich die Möglichkeit eröffnen, das für den Tarifbereich und den Beamtenbereich gemeinsam zu machen.

Meine Damen und Herren, wir hatten Ihnen angeboten, in dem Gesetz eine Entkoppelung vorzunehmen und das für 2003 so zu regeln, wie Sie es vorhaben. Ich bin sicher, Sie werden letztendlich verstehen, warum wir diesen Schritt nicht mitgehen. Ich möchte Ihnen einen Satz dazu sagen. Bis September hat uns Herr Mittler immer in dem Glauben gelassen, mit diesem Haushalt sei alles in Ordnung, die Einnahmen sprudeln. Von den Ausgaben hat er kein Wort gesagt. Dann tritt er im September an die Öffentlichkeit und sagt, erstens Haushaltssperre, zweitens müssen wir das Weihnachtsgeld kürzen. An dieser Stelle können wir nicht mitgehen, weil Sie auch keine Alternativen geprüft und vorgelegt haben. Das ist eine Zumutung für eine Opposition. Das werden wir an der Stelle nicht machen. Sie haben das Ganze in einem Hauruck-Verfahren durchgezogen und erwarten dafür Applaus seitens der Opposition. Das kann wohl nicht wahr sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir haben Ihnen aber das Angebot für 2004 gemacht. Wir haben konkrete Vorschläge vorgelegt. Ich sage Ihnen wirklich mit Nachdenklichkeit, ich finde, es ist für künftige interfraktionelle Gespräche oder Gespräche zwischen Regierung und den Oppositionsfraktionen kein gutes Omen, wenn solche Vorschläge, Debatten und Entscheidungen in der Form vorbereitet und durchgezogen werden und wenn es diese Auseinandersetzung nicht gibt.

(Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

– Herr Kuhn, ich sage es mit aller Nachdenklichkeit. Deshalb haben wir unseren Vorschlag auf den Tisch gelegt. Er steht nachher alternativ zu Ihrer Abstimmung. Ich hoffe, dass sich der eine oder andere entschließen kann, auch unseren Vorschlag mitzutragen und uns zu unterstützen. Diese Gelegenheit wollen wir Ihnen bei einer namentlichen Abstimmung auch geben.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Einschnitte in die Beamtenbesoldung sind schmerzlich. Ich nehme an, dass jedem von uns abgenommen wird, dass solche Einschnitte, die Menschen betreffen, die auch sorgsam mit ihrem Geld umgehen müssen, wehtun.

Wir waren gezwungen, diese Maßnahmen zu ergreifen. Wir haben das in diesem Gesetz verifiziert, weil sich die Haushaltslage so entwickelt hat, wie es jetzt schon dargestellt wurde.

So, wie es Frau Thomas dargestellt hat, ist es nicht gewesen. Ich kann von der Seite der FDP-Fraktion bestätigen, dass der Finanzminister niemals den Anschein erweckt hat, als wäre die Einnahmensituation im Jahr 2003 so gesichert, wie es am Anfang den Eindruck erweckte.

(Beifall bei FDP und SPD –
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Lesen Sie doch einmal seine
Presseerklärungen! –
Lelle, CDU: Das glauben Sie doch
selbst nicht!)

Er hat immer vor zu optimistischen Einschätzungen gewarnt, da man leicht von Wachstumszahlen verführt wird, die zunächst einmal gut aussehen. Das habe ich im Ohr. Das können Sie nachlesen.

(Lelle, CDU: Märchenerzähler!)

Er hat vor zuviel Optimismus gewarnt. Es ist in der Tat so, dass sich die Einnahmensituation in der zweiten Jahreshälfte, was auch viele befürchtet hatten, noch einmal dramatisch nach unten entwickelt hat.

In unserem Nachtragshaushalt 2003 haben wir die Voraussetzungen für einen vernünftigen und soliden Haushalt dieses Jahres geschaffen. Vor dem Hintergrund der damaligen Situation waren wir uns auch weitgehend sicher, dass wir dies umfassend erreichen werden.

Vor diesem Hintergrund haben wir auch gezögert, diese zusätzlichen Maßnahmen für das Jahr 2003 in Angriff zu nehmen. Wir waren vorsichtig und hatten zunächst auch die Hoffnung, dass das Gesamtpaket, das auch Einbußen bei den Beamten zur Folge hatte, ausreichen würde.

Die Realität ist eine andere. Wir haben zum Ersten wiederum massive Einnahmeneinbrüche zu verzeichnen, zum Zweiten auch Ausgabenerhöhungen, die im Zusammenhang mit der konjunkturellen Entwicklung zu sehen sind. Es gab keine andere Wahl, als schon im Jahr 2003 auf diese Situation zu reagieren. Das ist schmerzhaft.

Die Reduzierung des Weihnachtsgelds um 14 % ist spürbar. Aber lassen Sie mich auch sagen, vor dem Hintergrund der Gehaltserhöhungen bilanziert sich das in einem Rahmen, der natürlich für die Beamten unerfreulich ist, der aber immerhin noch ein, wenn auch sehr schwaches Wachstum der Gehälter zur Folge hat. Wir wollen es also auch nicht zu sehr dramatisieren. Diese minus 14 % sind nach unserer Einschätzung auch zu verkraften, so schmerzhaft es auch ist.

Der zweite Aspekt ist, wie wir in der Zukunft mit den Sonderzuweisungen umgehen. Die Koalition hat sich entschieden, 50 % des Weihnachtsgelds zugrunde zu legen, also von 84 % auf 50 % zu kürzen. Gleichzeitig soll die vom Beamtenbund gewünschte Zwölftelung herbeigeführt werden, damit eine Dynamisierung, die den Beamten mittelfristig auch erheblich zugute kommt.

Das wird nicht kompensiert; das ist klar. Der Beamtenbund hätte sich einen wesentlich höheren Sockel gewünscht. Das ist uns klar.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Grimm:

Herr Kollege Kuhn, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Bischel?

Abg. Kuhn, FDP:

Der beamtenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion hat das Wort.

(Dr. Altherr, CDU: Des Landes
Rheinland-Pfalz!)

Abg. Bischel, CDU:

Vielen Dank, Herr Kollege Kuhn. Darf ich Sie fragen, wie Sie das mit der Dynamisierung einschätzen? Was glauben Sie, bis zu welchem Zeitpunkt die rheinland-pfälzischen Beamten durch diese Dynamisierung die Situation der Bundesbeamten, die sich für diese im Jahre 2004 ergibt, erreicht haben?

(Lelle, CDU: Das weiß er nicht!)

Abg. Kuhn, FDP:

Dass Sie die Bundessituation im Vergleich darstellen, ist verständlich. Ich werde nachher in meinem Redebeitrag noch darauf hinweisen, wie die Ländersituation ist. Dann werden sich manche noch die Augen reiben. Wenn wir die Situation der rheinland-pfälzischen Beamten mit der anderer vergleichen, dann werden wir auch klarstellen, dass die Bundessituation natürlich für die Beamten erfreulicher wäre, was ganz klar ist, dass wir aber vor dem Hintergrund der Ländersituationen diesen Vergleich nicht anstellen können.

Es gibt einen kleinen Zinsvorteil von 2 %. Das ist ein ganz kleiner Vorteil, der auch noch mit hinzuzurechnen ist. Das muss man sagen, wenn man die ganze Wahrheit darstellen will.

Eine so dargestellte entscheidende Frage ist, wie es mit der sozialen Komponente steht. Wir haben uns in der Koalition natürlich intensiv damit beschäftigt. Im Zusammenhang mit dem Urlaubsgeld, mit der Erhaltung oder der ganzen Abschaffung des Urlaubsgeldes haben wir die soziale Komponente ganz bewusst eingefügt. Dies wurde durch die Kinderkomponente ergänzt, die nicht erheblich ist. Das ist eine soziale Komponente.

Es ist die Frage, ob man dem folgen soll, was BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Antrag beschreiben. Ich darf die Skepsis wiederholen, die ich im Haushalts- und Finanzausschuss deutlich gemacht habe. Frau Thomas

hat es selbst so dargestellt, wir greifen damit in die Gehaltsstrukturen ein.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben es mit dem Urlaubsgeld ein Stück getan. Wir greifen immer weiter in die Gehaltsstrukturen ein.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ach, solange Sie es machen, ist es okay!)

Wir wollen die Frage stellen, ob wir grundsätzlich an die Gehaltsstrukturen heran wollen. Sind sie ausgewogen? Sind sie leistungsorientiert oder nicht? Das ist eine Grundsatzfrage. Diese müssen wir uns dann stellen, wenn wir weiter eingreifen. Wir sind der Meinung, dass wir dies nicht tun sollten.

Als Nächstes ist die Frage, wie sich das Ganze weiterentwickeln wird. Ich bin Herrn Kollegen Hartloff sehr dankbar, dass er den Hinweis gegeben hat. Das sind keine Versprechungen. Klar ist, dass wir immer vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung und der Haushaltssituation eine Erhöhung der Beamtenbesoldung berücksichtigen werden. Sie wollen zum Teil, dass es befristet gemacht wird. Das wird sich dann in der Praxis vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung und der Einnahmenentwicklung des Landes regeln.

Wir sind optimistisch und sagen, wir haben jahrelang ein hohes Wachstum. Dann wären wir theoretisch bei der Beamtenbesoldung mit Blick auf die Eingriffe in der Lage, uns angemessen zu verhalten.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was machen Sie, wenn es schlechter wird?)

Das ergibt sich von selbst. Aus diesem Grund brauchen wir keine Befristung dieser Maßnahme.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was machen Sie, wenn es schlechter wird?)

Das ist nicht notwendig.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber nur für Korrekturen!)

Ein Letztes sollte deutlich gemacht werden. Im öffentlichen Dienst haben wir eine Glaubwürdigkeitslücke. Das wissen wir. Das schmerzt uns alle. Die Arbeitszeit der Beamten wird auf 40 Stunden erhöht. Bei den Angestellten passiert das nicht. Wir haben eine Gerechtigkeitslücke.

An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen: Wir wissen, dass die Landesregierung einen begrenzten Einfluss hat. Wir müssen darauf hinwirken, dass diese Gerechtigkeitslücke im Hinblick auf die Arbeitszeit in der Zukunft geschlossen wird und wir im öffentlichen Dienst Vergleichbarkeit bekommen. Das ist auch ein besonderes Anliegen der FDP-Fraktion.

Ich komme zum Schluss. Sie können es gern nachlesen. Schauen Sie einmal über den Tellerrand hinaus. Schauen Sie sich einmal die Situation in anderen Bundesländern an. Herr Staatssekretär Dr. Deubel hat es gestern im Haushalts- und Finanzausschuss deutlich gemacht. Wenn wir die Gesamtmaßnahmen mit den in anderen Ländern beschlossenen oder noch zu beschließenden vergleichen, dann ist Rheinland-Pfalz an der Spitze der Nehmer-Länder aus Sicht der Beamten. Wir können andere Maßnahmen hinzunehmen, zum Beispiel die Arbeitszeitverlängerung. Diese sind drastisch. Das geht auf 41 und 42 Stunden. Wir stellen fest, dass das, was Rheinland-Pfalz seinen Beamten im Vergleich mit anderen abverlangt, relativ zumutbar und begründbar ist, auch wenn wir die Maßnahmen insgesamt bedauerlich finden.

Dieser Gesetzentwurf ist wohlüberlegt im Hinblick auf die soziale Ausgewogenheit, im Hinblick auf die Situation 2003. Er ist unumgänglich. Er ist wohlüberlegt mit Blick auf das Maßnahmenpaket 2004 und folgende. Ich denke, dass wir eine zwar schmerzhaft, aber insgesamt angemessene Entscheidung getroffen haben.

(Beifall der FDP und der SPD)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Staatssekretär Dr. Deubel.

Dr. Deubel, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach der Logik von Herrn Bischel müssten 16 Länder ihre Haushalte an die Wand gefahren haben. Aber das ist offensichtlich nicht so.

Meine Damen und Herren, wir haben 42 % Personalkosten. Wir sparen jedes Jahr seit vielen Jahren massiv ein. In den letzten acht Jahren waren es etwa 1,7 Milliarden Euro im Haushalt. Die Personalausgaben sind daran nicht mit 42 % beteiligt, sondern nur mit rund 20 %. Dabei ist das schon mit eingerechnet, was für 2004 heute beschlossen werden soll. 103 Millionen Euro des nächsten Jahres sind schon mit eingerechnet.

Das Personal trägt im Land nur etwa die Hälfte dessen zur Einsparung bei, was eigentlich prozentual notwendig wäre, wenn man 42 % zugrunde legt. Anders gesagt: 80 % der Einsparungen werden bei den anderen 58 % erbracht. Das geschieht insbesondere bei Sachausgaben, Zuweisungen, Zuwendungen und leider auch bei Investitionen. Wir haben bisher das Personal weitgehend geschont.

Ich komme zum Stichwort „Öffnungsklausel“. Die Länder haben nach dem viel zu hoch ausgefallenen Tarifabschluss sehr früh die Diskussion darüber aufgenommen, im Bereich der Beamten und Angestellten Vereinbarungen zur teilweisen Kompensation zu treffen. Die Diskussion über die Öffnungsklausel kam dann im Frühjahr auf. Wir haben uns daran aktiv beteiligt. Diejenigen haben sich durchgesetzt, die die Öffnungsklausel auch in die andere Richtung haben wollten, nämlich die Möglichkeit

aus 84 % 100 % Weihnachtsgeld zu machen. Nur dies hat dazu geführt, dass die Landesregierung die Öffnungsklausel, die diese Möglichkeiten geschaffen hat, im Bundesrat ablehnte. Es ging nicht um die Ablehnung einer Öffnungsklausel, sondern der Öffnungsklausel, die es ermöglicht hat, dass ein Wettbewerb nach oben möglich ist.

Herr Bischel, die Landesregierung hat im Juli nicht etwa gesagt, im September wird über den Haushalt 2004 gesprochen. Die Landesregierung hat im Juli gesagt, im September wird über das Weihnachtsgeld 2003 und 2004 entschieden.

(Bischel, CDU: Haben Sie auch den Beamten das Schreiben des Ministerpräsidenten – –)

– Herr Bischel, es gab eine klare Ankündigung im Juli, dass über 2003 entschieden wird. Das kann man beim besten Willen nicht so interpretieren, es wird nicht entschieden, es bleibt so, wie es ist.

(Bischel, CDU: Das ist doch nur eine Ausrede!)

Spätestens seit Juli ist sehr deutlich gesagt, dass es in Rheinland-Pfalz auch um das Weihnachtsgeld 2003 geht. Dennoch hat die Landesregierung vor dem Hintergrund ihrer Situation im Länderfinanzausgleich noch eine Regelung gefunden, die uns eher unter den Nehmer-Ländern an die Spitze derer bringt, die Kürzungen vornehmen. An die Spitze heißt nicht, am meisten kürzen, sondern heißt, am wenigsten kürzen. Wir sind unter den Nehmer-Ländern.

In diesem Jahr ist es übrigens so, dass lediglich sechs Länder nicht kürzen. Das hat viel mit Wahlkampf in diesem und im nächsten Jahr zu tun.

(Beifall der SPD und der FDP)

Im nächsten Jahr kürzen alle Länder. Davon kürzen die meisten deutlich mehr als wir. Bei dem reinen Prozentsatz liegen wir – je nachdem, ob man die Pensionäre gleich gewichtet oder nicht – etwa auf dem siebten oder achten Platz, das heißt, eher im oberen Bereich.

(Dr. Altherr, CDU: Also der achte Platz von sechzehn ist nicht der obere Bereich!)

Vor uns liegen fast nur Geberländer. Nur vier Länder haben dynamisiert.

Herr Bischel, die Rechnung ist relativ einfach, wie lange es dauert, bis man in etwa die Bundeszahlen eingeholt hat. Das dauert etwa sechs Jahre. Dann sind wir für die Aktiven auf dem Niveau des Bundes. Herr Bischel, wir sind dann aber auch für die Pensionäre bei 60 %. Der Bund ist nämlich bei 50 %.

(Zurufe von SPD und FDP: Aha!)

Das heißt, die Dynamisierung wird dazu führen, dass wir sozusagen noch ein Stück nach oben gehen. Das ist zwar bis vor wenigen Tagen überhaupt nicht zur Kennt-

nis genommen worden, wie man im Haushalts- und Finanzausschuss sehen konnte, aber es ist so. Die Zwölfteilung die auf den Wunsch des Beamtenbundes zurückging, haben ebenfalls nur vier Länder eingeführt. Sie bringt für die Beamtinnen und Beamten einen erheblichen Vorteil mit sich, für das Land natürlich einen Zinsnachteil.

Herr Abgeordneter Kuhn hat darauf hingewiesen, dass macht etwa 2 % plus für die Beamten aus und 2 % minus für das Land. Im Bereich der Befristung – hier wird dem Land auch vorgeworfen, ein unbefristetes Gesetz zu machen – sind es auch nur drei Länder, die befristen.

Fasst man alles zusammen einschließlich der Regelung für das Urlaubsgeld, liegen wir unmittelbar hinter vier Geberländern auf Platz fünf, was die Leistung des Landes im Bereich des Weihnachtsgeldes angeht. Das ist eigentlich finanziell mehr, als wir uns erlauben können.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD und Beifall bei der FDP)

Es ist aber auch Ausdruck dessen, dass wir in der Tat die Kluft zwischen Angestellten und Beamten nicht zu groß werden lassen wollen; denn auch das hat die Landesregierung festgelegt. Wir werden in weiteren Verhandlungen im Bereich der Angestellten alles tun, damit wir vergleichbare Bedingungen erreichen.

(Beifall bei der SPD und Beifall der FDP)

Hier sind wir glücklicherweise auch nicht allein.

Insgesamt gesehen ist es also ein Ergebnis, das maßvoll ist, der finanziellen Situation unseres Landes und auch aller anderen Bundesländer angemessen ist und sich wenig für parteitaktische Spielchen eignet; denn es gibt kaum eine Maßnahme, wo es in allen Ländern, in allen Landesregierungen – egal ob allein regierend oder Koalition mit wem auch immer – zu ähnlichen Ergebnissen gekommen ist, und bei uns eher noch zu einem – wie gesagt – relativ moderaten Ergebnis.

Von daher ist die Regelung vernünftig und mit Augenmaß erfolgt. Durch die Nichtbefristung, die Dynamisierung und die Zwölfteilung gibt sie den Beamtinnen und Beamten in diesem Land erheblich mehr Sicherheit für die Zukunft als bei den Ländern, die schon in wenigen Jahren erneut auf die Agenda geschrieben haben, weitere Entscheidungen zu treffen.

Schönen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich begrüße zunächst Gäste im Landtag, und zwar die Katholische Frauengruppe aus Rheinzabern sowie Mitglieder des SPD-Ortsvereins Gleiszellen-Gleishorbach. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Braun das Wort.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt nach § 46 der Geschäftsordnung des Landtags eine namentliche Abstimmung zur Drucksache 14/2617, also zu unserem Änderungsantrag zum Gesetzentwurf.

Präsident Grimm:

Zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Jullien das Wort.

Abg. Jullien, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die CDU-Fraktion beantrage ich eine namentliche Abstimmung gemäß § 46 der Geschäftsordnung des Landtags über die Drucksache 14/2620, den Änderungsantrag der CDU-Fraktion.

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/2505 –. Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/2617 – ab. Dazu ist, wie Sie gerade mitbekommen haben, die namentliche Abstimmung beantragt worden.

Zur namentlichen Abstimmung möchte ich einige wenige Bemerkungen zur Prozedur machen. Vielleicht sollten Sie doch zuhören. – Vielen Dank.

Die Stimmkarten liegen vor Ihnen in den Schubladen. Die rosa Stimmkarte bedeutet nein. Die grüne Stimmkarte bedeutet ja. Die braune Stimmkarte bedeutet Enthaltung. Die beiden schriftführenden Abgeordneten werden nun durch die Reihen der Abgeordneten gehen und die Stimmkarten einsammeln.

Ich wiederhole: Rosa Nein, Grün Ja, Braun Enthaltung.

Ich eröffne die Abstimmung.

(Die Stimmkarten werden von den schriftführenden Abgeordneten eingesammelt)

Bitte überzeugen Sie sich davon, dass auf der Rückseite Ihrer Karte auch Ihr Name ausgedruckt ist; nicht, dass es zu Missverständnissen kommt.

Sind alle Stimmkarten abgegeben? – Herr Kuhn, haben Sie Ihre Stimmkarte abgegeben?

(Kuhn, FDP: Jawohl!)

– Prima, wunderbar. Sie haben schon die nächste in der Hand?

Alle Stimmkarten sind abgegeben. Ich schließe den Wahlgang und bitte die Schriftführer auszuzählen.

(Die Stimmkarten werden ausgezählt)

Meine Damen und Herren, das Ergebnis der Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN liegt vor: Abgegebene Stimmen 99, gültige Stimmen 99.

Mit Ja stimmten 6 Abgeordnete, mit Nein 56 Abgeordnete. 37 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten (Anlage 1). Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/2617 – abgelehnt.

Wir kommen nun zu der Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 14/2620 –. Es ist ebenfalls namentliche Abstimmung beantragt. Es gilt die zuvor beschriebene Verfahrensweise.

Um allen Missverständnissen vorzubeugen: Rosa bedeutet nein, Grün ja und Braun Enthaltung. Achten Sie auch in diesem Fall darauf, dass Sie die richtige Karte ziehen, nämlich die mit Ihrem Namen.

(Die Stimmkarten werden von den schriftführenden Abgeordneten eingesammelt)

Haben alle Ihre Stimmkarten abgegeben? Das scheint der Fall zu sein. Damit ist der Abstimmungsvorgang geschlossen. Die Auszählung beginnt.

(Die Stimmkarten werden ausgezählt)

Meine Damen und Herren, das Abstimmungsergebnis über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion liegt vor. Abgegebene Stimmen: 99. – Gültige Stimmen: 99. – Mit Ja stimmten 37 Abgeordnete, mit Nein 56 Abgeordnete. 6 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten (Anlage 2). Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 14/2620 – abgelehnt.

(Schmitt, CDU: Unverbesserlich!)

Meine Damen und Herren, wir kommen zur unmittelbaren Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/2505 –, da die Beschlussempfehlung die unveränderte Annahme empfiehlt. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Die Gegenprobe!

be! – Der Gesetzentwurf der Landesregierung ist in der Schlussabstimmung mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

**Weltkulturerbe Mittelrhein als Aufgabe des Landes und der Gemeinden in der Region
Antrag der Fraktion der CDU**
– Drucksache 14/2388 –

dazu:

**Welterbe Oberes Mittelrheintal: Anerkennung und Verpflichtung für das Land und alle Akteure in der Region – Chance zur nachhaltigen Entwicklung aufgreifen
Antrag (Alternativantrag) der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
– Drucksache 14/2618 –

**Welterbe Oberes Mittelrheintal als Aufgabe des Landes und der Gemeinden in der Region
Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen der SPD und FDP**
– Drucksache 14/2621 –

Die Fraktionen haben eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion vereinbart. Für die Antrag stellende Fraktion spricht Herr Abgeordneter Dr. Weiland.

Abg. Dr. Weiland, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass mir die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt zunächst einmal die Gelegenheit gibt, all denjenigen, die für die Ausrichtung und Durchführung der Urkundenverleihung und des damit zusammenhängenden Festes am 20. September in Oberwesel verantwortlich waren, einen herzlichen Glückwunsch und ein herzliches Dankeschön zu sagen. Es war eine gelungene Feier. Das Mittelrheintal präsentierte sich von seiner allerbesten Seite.

(Beifall bei der CDU)

Da wir Rheinland-Pfälzer und wir am Rhein besonders gern feiern, wissen wir auch, wie das mit den Festen so ist. Nach dem Fest kommt nämlich die Ernüchterung. Bei manchem kommt der Kater, aber nach dem Kater kommt bei manchem auch wieder der klare Blick, und die Wirklichkeit hat einen wieder.

Das faszinierende Projekt „Welterbe Mittelrhein“ braucht im Moment nicht mehr, aber auch nicht weniger als einen klaren Blick und eine nüchterne Analyse. Richtig ist dabei, dass wir aufpassen müssen, dass wir das Gute, auf das wir aufbauen wollen, das schon erreicht wurde, nicht schlechtreden, wir uns selbst, das Projekt und die Region nicht herunterreden. Wichtig ist aber auch, dass wir uns vor den Schönrednern hüten, die zum Teil hoch bezahlt von der Landesregierung ins Land geschickt werden; denn sie nutzen uns nichts. Sie schaden uns nur. Nur wenn wir die Probleme beim Namen

nennen und rückhaltlos analysieren, dann werden wir die Voraussetzungen schaffen, sie zu lösen.

(Vizepräsidentin Frau Grützmaker übernimmt den Vorsitz)

Deshalb hat es mich vor einigen Wochen positiv überrascht, in der „Rhein-Zeitung“ zu lesen: „SPD-Landtagsfraktion auf der Suche nach Welterbevisionen.“ Ich will jetzt nicht über die Probleme mit dem Expo-Projekt auf der Loreley reden. Bei der Expo haben sich auch andere verkalkuliert. Das kann passieren.

Als ich das in der „Rhein-Zeitung“ gelesen habe, habe ich gesagt: Schau einmal da, da könnte man vielleicht einen gemeinsamen Nenner finden. – In dem Artikel hieß es weiter, dass eine Leitidee fehle, eine Vernetzung der Initiativen noch anstehe und eine kompakte Entscheidungsstruktur noch gefunden werden müsse. Ich dachte mir, dass das richtig mutig ist; denn Sie haben das nicht einfach so gesagt, sondern Sie haben es im Angesicht der geballten Macht dreier Staatssekretäre auf der Loreley gesagt, nämlich des Staatssekretärs Professor Dr. Hofmann-Göttig, des Staatssekretärs Härtel und des Staatssekretärs Bruch.

Als dann der Entwurf für einen gemeinsamen Antrag der SPD auf den Tisch kam, war es mit der Hoffnung aber schon wieder Essig; denn dieser Entwurf für einen gemeinsamen Antrag, der sich wortwörtlich in dem vorliegenden Antrag der Fraktionen der SPD und FDP wiederfindet, ist dreimal weichgespült, lässt keine klare Zielsetzung erkennen und enthält nicht eine einzige konkrete Forderung an die Landesregierung. Offensichtlich hatte die Kämpfer der Loreley der Mut verlassen.

(Beifall der CDU)

In dem Antrag der Fraktionen der SPD und FDP heißt es, es gebe schon ein Leitbild. Dieses Leitbild sei in den schon vorhandenen Gesetzen, Verordnungen und in den regionalen Raumordnungsplänen enthalten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer nicht erkennt, dass genau das, was Sie als Grundlage für ein Leitbild angeben, meistens das Problem, aber nicht die Lösung des Problems ist, der hat von dem Projekt und seiner Zielsetzung nicht die geringste Ahnung.

(Beifall der CDU)

Ich sage ganz deutlich, dass es schön und nützlich wäre, wenn wir das Projekt „Welterbe Mittelrhein“ gemeinsam angehen könnten. Ebenso deutlich sage ich aber auch, dass es eine Gemeinsamkeit im Schönreden und in der Unverbindlichkeit mit uns nicht geben kann, weil es dafür am Mittelrhein längst zu spät ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Im Hinblick auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will ich nur so viel sagen: Wer im jetzi-

gen Stadium der Überlegungen noch ganze drei eng beschriebene Schreibmaschinenseiten braucht,

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist computergeschrieben!)

um sich zu diesem Projekt zu äußern, statt die Punkte zu nennen, auf die es ankommt, der hat den Zug dieses Projekts längst verpasst.

(Beifall bei der CDU)

Wer in seinen Antrag Weisheiten hineinschreibt wie die, dass die zukünftige kulturelle Entwicklung über die „Rheinromantik“ hinaus gedacht werden müsse, dem kann ich nur sagen, dass alle Beteiligten am Mittelrhein schon längst darüber hinaus sind; nur Sie noch nicht. Deshalb ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht hilfreich, sondern er verwässert die Problematik, die nur gelöst werden kann, wenn wir uns auf vier zentrale Forderungen konzentrieren, die in Form unseres Antrags in diesem Haus bereits seit dem Früh Sommer auf dem Tisch liegen, meine Damen und Herren. Wir hätten uns schon sehr viel früher darüber unterhalten können. Anhand dieser vier präzisen Forderungen hätten wir uns schon sehr viel früher auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen können, wenn Sie es nur gewollt hätten.

Die erste Forderung ist, dass wir endlich ein integriertes Leitbild brauchen, das unter Mitwirkung aller Beteiligten formuliert, wohin wir mit dem Projekt „Mittelrheintal“ überhaupt wollen.

Wie soll die Kulturlandschaft weiterentwickelt werden? Die Menschen im Tal brauchen Arbeit, entweder vor Ort im Tal, oder sie müssen aus dem Tal heraus zu ihren Arbeitsplätzen kommen. Dafür brauchen wir eine entsprechende Verkehrsinfrastruktur.

Wir müssen auch der kommunalen Selbstverwaltung helfen, die diese Projekte nicht allein stemmen kann.

Was passiert mit dem Steillagenweinbau am Mittelrhein? Die bestockte Fläche ist in den vergangenen 25 Jahren um 270 Hektar auf insgesamt 480 Hektar zurückgegangen.

(Mertes, SPD: Das sind wir auch allein schuld!)

Es gibt ermutigende Gegenbeispiele. Auch das gehört zur Wirklichkeit dazu. Es gibt ermutigende Gegenbeispiele zum Beispiel in Oberwesel oder in Spay. Wo aber sind die Vorschläge, wie wir diese positiven Beispiele aufgreifen und wie wir sie verstetigen können, nämlich wie wir aus zwei Beispielen drei, vier, fünf oder sechs Beispiele machen können? Meine sehr geehrten Damen und Herren, das gehört zu einem integrierten Leitbild.

Wo ist die zuverlässige, berechenbare und nachvollziehbare finanzielle Förderkulisse für das Projekt Mittelrheintal? Anstatt, dass jeder Minister alle 14 Tage ein neues Zuschussprogramm bei irgendeinem Vor-Ort-Termin am Rhein verkündet, müssten die Kommunen vor Ort endlich einmal wissen, worauf sie sich perspekti-

visch für die nächsten drei, vier oder fünf Jahre einstellen können.

(Beifall der CDU)

Wir brauchen endlich ein effektives Regionalmanagement, das von den mehr als 40 unterschiedlichen Initiativen, Organisationen und Einrichtungen Abschied nimmt, die sich alle in ihrem Rahmen sehr löblich mit dem Mittelrhein auseinander setzen, denen aber die gemeinsame Klammer und das gemeinsame Ziel fehlen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, schließlich ist die definitive Erklärung und das definitive Bekenntnis der Landesregierung zu einer Brücke am Mittelrhein zwischen St. Goar und St. Goarshausen in diesem Hause längst überfällig.

(Beifall der CDU)

Wenn ich höre, dass es Initiativen gibt, die in diesem Zusammenhang von der Gefahr der Verschandelung der Landschaft sprechen, kann ich nur sagen: Die liebliche Landschaft der Mosel ist durch nicht eine einzige Brücke, die dort gebaut worden ist, verschandelt worden.

(Widerspruch der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wieso soll das ausgerechnet am Rhein der Fall sein? Wir brauchen diese Brücke, damit der Fluss endlich sein Trennendes verliert und endlich eine tatsächliche regionale Identitätsbildung möglich wird.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Lewentz das Wort.

Abg. Lewentz, SPD:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Weiland, ich gebe zu, dass sich das etwas moderater angehört hat als das, was Sie in den vergangenen Wochen in der Presse geäußert haben, dies auch vor einem Hintergrund, der sich am Samstag abspielen wird.

(Dr. Altherr, CDU: Thema!)

– Zu dem Thema komme ich gern; denn die Pressekampagne, die Herr Dr. Weiland über den Mittelrhein zu führen versucht hat, war egoistisch und unverantwortlich. Sie schädigt den Ruf und den Namen des Mittelrheins und vermindert unsere Chancen. Vor allem haben Sie die Interessen der ganzen Region Ihren eigenen Interessen in Ihrer Partei im Bezirk Montabaur/Koblenz untergeordnet. Es ist ein Fehler, so an das Weltkulturerbe heranzugehen.

Sie haben eben gesagt, der Antrag der CDU-Fraktion liege seit Spätsommer vor. Herr Bracht, unser Antrag

wurde Ihnen vor vier Wochen ausgehändigt. Bis heute habe ich noch keine Rückantwort darauf von Ihnen bekommen.

(Mertes, SPD: So ist das! Sie wollten das nicht! Entscheidungsunfähig!)

Wenn Sie das als gemeinsames Handeln ankündigen, kann ich Ihnen nur eines sagen: Ihre Art zu handeln reicht nur so weit, wie Ihr kommunalpolitischer Kirchturm Schatten wirft.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Echauffieren Sie sich nicht. Es war nicht die SPD, die nach dem Sommer die Schärfe in die ganze Diskussion hineingebracht hat. Ich erinnere nur daran, dass es Vertreter Ihrer Partei waren, die beispielsweise Fotomontagen zum Thema Weltkulturerbe in der Zeitung veröffentlicht haben. Wenn man so miteinander umgeht und hier sagt, wir müssen das Projekt gemeinsam auf den Weg bringen, passt das doch in keinem Fall zusammen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wenn man einmal vom ewigen Neinsagen und Jammern wekommt und eine Reise durch das Mittelrheintal ohne Scheuklappen, Vorurteile und diese Parteibrillen unternimmt,

(Dr. Altherr, CDU: Aber nicht mit Lewentz als Reiseleiter!)

kann man sich auf mehrere Punkte einigen, bei denen wir uns auf einem guten Weg befinden.

Ich fange einmal ganz bewusst mit dem Rhein selbst an. Er hat eine Gewässergüte, die letztmals 1928 nachgewiesen wurde. Das ist etwas, auf das wir stolz sein können. Sie fragen sich jetzt, weshalb ich das sage. Es war eine Mordsanstrengung der Landesregierung und der am Rhein liegenden Kommunen, diese Gewässergüte hinzubekommen. Das ist etwas, auf das man stolz sein kann. Wenn man das Weltkulturerbe Rhein verkaufen will, ist es eine der zentralen Aussagen, dass dieser Fluss in Ordnung ist.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wenn wir uns den Straßenbau im Mittelrheintal in den vergangenen Jahren anschauen, muss man feststellen, dass sich der Radweg linksrheinisch in einem sehr guten Zustand befindet und nahezu vollständig hergestellt ist. Es war eine Kraftleistung, entlang eines solchen Flusses einen Radweg zu bauen. Wir haben also wenigstens schon einen durchgehenden Radweg.

(Beifall der SPD und der FDP)

Sehen wir uns das Thema „Bahn“ an. Die Bahn ist rechts- und linksrheinisch Verkehrsträger. Sie ist immer noch ein großer Arbeitgeber in der Region, aber sie verursacht auch Bahnlärm. Wer ist denn darangegangen, dieses Thema zu lösen? Das war 1998 die Bundesregierung. Überall heißt es, die Bahn baut Lärmschutz-

wände. Die Bundesregierung finanziert diesen Lärmschutz. In Spay ist er fertiggestellt, in Braubach war am Dienstag der erste Spatenstich und in Kestert erfolgt am Freitag der erste Spatenstich. Viele hundert Häuser sind mittlerweile mit modernsten Lärmschutzfenstern bei einem Zuschuss von 75 % durch die Bundesregierung nachgerüstet worden. Das ist eine Antwort zum Thema „Lärm am Mittelrhein“.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich will die nächste gemeinsame Position nennen, die wir, die Bürgermeister vor Ort, gemeinsam mit dem Land formuliert haben. Das sind der Rheinburgenwanderweg und der Rheinsteig. Die Planungen sind fast abgeschlossen. Wir werden im nächsten Jahr bauen. Wir werden den ersten durchgängigen Wanderweg links- und rechtsrheinisch durch dieses Weltkulturerbe mit einer großen Unterstützung durch die Landesregierung, nämlich mit einer Förderung in Höhe von 70 %, auf den Weg gebracht haben.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Das kann sich sehen lassen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Eine weitere Verbesserung durch die Landesregierung in Sachen Infrastruktur am Mittelrhein: Die Rheinvorgelände. Bingen, gemeinsam mit dem Land; Kestert, gemeinsam mit dem Land; St. Goarshausen, gemeinsam mit dem Land. Wir hatten in der vergangenen Woche einen Termin in Lahnstein. Wir wollen die Lahnmündung hochwassertechnisch umbauen und städtebaulich so gestalten, dass sie ein werbendes Element für das Mittelrheintal ist. Herr Oberbürgermeister Labonte, der nicht der SPD angehört, hat die Landesregierung in aller Öffentlichkeit herzlich für ihre vielen Initiativen in Sachen Weltkulturerbe gelobt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Hochwasserschutz. Wir haben tolle Altstadtsituationen im Mittelrheintal, unter anderem in Braubach und Ehrenbreitstein. Ehrenbreitstein ist eines der Tore zum Mittelrheintal. Der Hochwasserschutz wurde mit einem enormen Kraftaufwand – seit 1991/92 wurde sehr viel Geld in die Hand genommen – abgeschlossen. Diese Altstädte sind geschützt. Das sind Altstädte, wie sich Besucher des Mittelrheintals die Szenerie im Mittelrheintal vorstellen. Der Hochwasserschutz am Oberrhein in Rheinland-Pfalz wird umgesetzt, während im Nachbarland Hessen überhaupt nichts passiert. Begleitprogramme wie die „Aktion Blau“ an der Nahe und andere Dinge mehr helfen uns am Mittelrhein auch mit Blick auf den Hochwasserschutz.

Es gäbe noch vieles andere zu nennen, wie z. B. unsere Burgen. Die Neuorganisation von Burgen, Schlössern und Altertümern als Landesbetrieb wirkt sich sehr positiv im Tal aus. Es ist eine Belebung der landeseigenen Burgen feststellbar. Wir haben die Mittelrheinmomente und die Mittelrheinmusikmomente. Sie haben zu Recht den Oelsberg in Oberwesel genannt. Auch dort passiert etwas. Es kann aber doch nicht Aufgabe eines Landes

sein, Weinberge in einem Maß anzulegen, wie Sie das jetzt in der Hektarzahl ausgeführt haben. Es ist illusorisch zu glauben, dass wir auch noch Winzerbetriebe organisieren können.

(Beifall der SPD und der FDP)

Aus dem Bereich des Landschaftsschutzes will ich nur noch Naturprojekte wie das E+E-Projekt und andere Dinge mehr nennen. Da tut sich wirklich etwas.

Ich weiß, dass das nicht ausreichend ist, und ich weiß, dass wir noch viele Probleme haben, die ich als Schwachstellen auch benennen will: der Bereich der Gastronomie, der Verkehrslärm und die fehlenden Arbeitsplätze. – Ferner sind die Radwegelücken und die fehlende Brücke zu nennen. Mir fehlt die Brücke auch. Dazu sage ich Ihnen aber eines: Es gibt mit Datum vom 23. Oktober ein Schreiben der Landräte des Rhein-Lahn-Kreises und des Rhein-Hunsrück-Kreises, aus dem ich Ihnen eine Passage vorlese: „Da beide Kreise die Vorplanung betreiben und mit der Einleitung des Raumordnungsverfahrens beginnen wollen, würden wir uns gern der fachkundigen Hilfe ihrer Mitarbeiter und der des Landesbetriebs Straßen und Verkehr bedienen.“ Herr Bauckhage, der Brief ging an Sie. „Auch in der Frage eines Zuschusses zu den Planungskosten, die wir für beide Kreise auf insgesamt ca. 400.000 Euro schätzen, wenden wir uns mit der Bitte um Unterstützung an Sie und Ihre Mitarbeiter.“

An diesem Sachstand sind wir. Ich denke, dass die beiden kommunalen Gebietskörperschaften auch die Unterstützung des Landes in dieser Frage bekommen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben drei Anträge mit einem gemeinsamen Tenor auf dem Tisch des Parlaments liegen. Es sollte uns doch möglich sein, das Thema „Weltkulturerbe“ aus der Kommunalwahl heraushalten zu können

(Beifall bei SPD und FDP)

und im Ausschuss gemeinsame Ziele und gemeinsame Forderungen zu formulieren, die sich nur entlang dieser von mir genannten konkreten Projekte entwickeln können. Alle Bürgermeister sind an diesen konkreten Projekten beteiligt. Ich könnte Ihnen seitenweise vorlesen, wie Bürgermeister Bungert aus Oberwesel die Landesregierung in der Presse lobt. Ich will Ihnen eines sagen: Man soll, wenn man über Vernachlässigungen des Nordens spricht, immer vor der eigenen Haustür kehren.

Lieber Herr Dr. Weiland, ich habe mir erlaubt, zum Thema „Förderkulisse“ nachzufragen, wie die Stadt Rhens seit 1991 von dieser Landesregierung bedacht wurde. Sie sitzen im Stadtrat und sind einer von zwölf Stadträten. Die SPD hat dort acht.

(Dr. Weiland, CDU: Hört gut zu! Das sind gute Zahlen!)

– Ja, das sind sehr gute Zahlen. Rhens hat für den Bereich der Städtebauförderung, der für die Entwicklung des Weltkulturerbes unendlich wichtig ist, von 1991 bis

2003 3.301.000 Euro Landesmittel, 319.000 Euro Bundesmittel und aus dem Investitionsstock noch einmal 419.000 Euro erhalten. 4.039.000 Euro sind allein nach Rhens geflossen. Ich weiß, die Mittel sind gut angelegt worden. Rhens ist eines der Aushängeschilder unseres Mittelrheintals.

(Dr. Weiland, CDU: Nach Kamp-Bornhofen!)

Diese Projekte laufen alle und werden im nächsten Haushalt sicherlich noch deutlicher ausgewiesen werden. Ich könnte das für Oberwesel, Bacharach und viele andere Gemeinden sagen. Ich fordere Sie auf: Kommen Sie mit ins Boot! Rudern Sie mit, umso schneller geht es voran!

Ich bedanke mich an dieser Stelle ausdrücklich bei der Landesregierung. Ich habe nicht den Eindruck, dass die Damen und Herren, die entsendet werden, Schönredner sind – wie Sie es nennen –, die schaden. Wir haben in einem beispiellosen Kraftakt diese Anerkennung hinbekommen. Der Regierungsbeauftragte ist – das freut mich sehr – in nicht öffentlichen Gesprächen mit Verantwortungsträgern derzeit dabei, die kommunalen Interessen noch einmal abzufragen. Ich danke den Staatssekretären. Ich finde es gut, dass Sie auch bei schwierigen Terminen mit dabei sind. Das Besucherzentrum auf der Loreley ist eine Herausforderung, die wir annehmen und lösen müssen.

(Creutzmann, FDP: Und dann loben!)

Es ist in seiner Konzeption zu loben und in seiner Trägerschaft zu lösen.

Ich will aus den genannten Gründen auf unseren eigenen Antrag und die anderen Anträge nicht näher eingehen, weil wir Sie auffordern, gemeinsam miteinander zu sprechen. Der Antrag der GRÜNEN ist relativ spät gekommen. Er ist sehr umfangreich. Deswegen kann ich ihn jetzt nicht bewerten. Ich würde allerdings die Betrachtungsweise für das Weltkulturerbe folgendermaßen anlegen. Das Glas ist nicht halb leer, wie Sie es sagen, sondern es ist halb voll. – Wir sind auf einem guten Weg. Ich kann Sie, die Vertreter der CDU-Landtagsfraktion, nur auffordern mitzugehen. Ansonsten müssen wir mit Ihren Kommunalpolitikern reden. Die Bürgermeister wollen alle mitgehen. Mit diesen finden wir gute Gespräche und gute Partner.

(Glocke der Präsidentin)

Lassen Sie es uns im Ausschuss gemeinsam angehen und das Weltkulturerbe aus dem Kommunalwahlkampf heraushalten. Dazu eignet es sich nicht. Es gibt genug andere Themen am Mittelrhein.

Betrachten Sie sich einmal – damit will ich schließen – die Wachau. Die Vertreterinnen und Vertreter der Wachau wissen genau wie wir, dass man, bevor man dies angegangen ist, 30 Jahre verbummelt hat. Auch wir hatten alle nur den eigenen Kirchturm vor Augen.

Vizepräsidentin Frau Grütmacher:

Herr Lewentz, Sie müssen zum Schluss kommen.

ist das typische Schönreden, von dem ich eingangs gesprochen habe.

(Beifall der CDU)

Abg. Lewentz, SPD:

In der Wachau wird nicht über ein oder zwei Jahre in der Umsetzung des Weltkulturerbes gesprochen, sondern mindestens über eineinhalb Jahrzehnte. Ich glaube, das ist eine Zeitachse, die wir anvisieren müssen.

Danke.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grütmacher:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Weiland das Wort.

Vizepräsidentin Frau Grütmacher:

Zur Entgegnung erteile ich Herrn Abgeordneten Lewentz das Wort.

Abg. Lewentz, SPD:

Lieber Herr Dr. Weiland, zur Parteipolitik. Ich möchte einen Artikel aus der „Rhein-Zeitung“ vom 23. Oktober 2003 zitieren. Sie wurden gefragt: „Blutet der Norden aus? Geht die Landespolitik am Norden vorbei? Kann der Landespolitiker Weiland Beispiele nennen? Weiland zögert keine Sekunde...“ – Sofort kommt das Weltkulturerbe. Solche Themen können nach Weilands Einschätzung nur in enger Verzahnung mit der Landespolitik im Sinne der CDU besetzt und bearbeitet werden. Wenn das keine Parteipolitik ist.

Abg. Dr. Weiland, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Lewentz, Sie haben mich mehrfach angesprochen. Die Art und Weise, wie Sie sich zu dem Thema eingelassen haben, macht das Problem deutlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Kollege Lewentz hat gesprochen, als habe die SPD-Landtagsfraktion eigenhändig den Mittelrheingraben ausgehoben und das Rheinische Schiefergebirge aufgeschichtet.

(Zuruf von der SPD: Das ist doch dummes Zeug! –
Mertes, SPD: Der Verdacht liegt aber nahe! Das müssen Sie zugeben!)

– Alles hat die Landesregierung bewegt, und alles hat die Landesregierung gemacht.

Herr Lewentz, wenn man auf diese Art und Weise den Diskurs verweigert und verweigert, auf Sachpunkte einzugehen, kann es natürlich keine Gemeinsamkeit in der Verfolgung eines gemeinsamen Ziels geben. Wenn jede Nennung einer Zahl oder eines Sachverhalts, der einem nicht so passt, direkt als parteipolitische Polemik diffamiert wird, ist keine Grundlage für eine gemeinsame Beratung darüber vorhanden, wie man ein gemeinsames Ziel erreichen will.

Wer von der Landesregierung sagt etwas darüber, dass im ersten Halbjahr dieses Jahres zum Beispiel die Übernachtungszahlen im Tal deutlich zurückgegangen, aber in Rheinland-Pfalz landesweit gestiegen sind, insbesondere auf den Höhenzügen des Rheinischen Schiefergebirges? Wenn man das sagt, ist das doch keine parteipolitische Polemik. Erst wenn man die Probleme beim Namen genannt hat, kann man doch gemeinsam darangehen zu überlegen, wie man diese löst.

Herr Lewentz, auf die Art und Weise, wie Sie das gemacht haben, werden wir die Probleme nicht lösen. Das

Zum Thema „Übernachtungszahlen“, um zwei konkrete Beispiele aufzunehmen und noch einmal das Angebot zur Zusammenarbeit zu machen: Wenn wir einen Qualitätstourismus im Mittelrheintal wollen, werden wir den nicht an Gästezahlen festmachen können. Wir werden weniger Gäste haben, wenn wir Qualitätstourismus wollen. Ich bin Bürgermeister einer Gemeinde mit bis zu 80.000 Übernachtungen mit 800 Fremdenbetten, also mit Blick auf die Einwohnerzahl die größte Übernachtungsgemeinde im Mittelrheintal. Wir haben ein Plus von 14 %. Soll ich jetzt sagen, dass ich das war? Das wäre doch wohl Quatsch. Wir haben es aber, weil wir qualitativ hochwertige Häuser haben. Die Stadt Braubach – die Bürgermeisterin hat es dem Staatssekretär dieser Tage mitgeteilt – hat ein Plus von 70 %. – Soll ich jetzt sagen, Rhens macht einen Fehler, weil es ein Minus hat? So kann man nicht miteinander umgehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Ich habe in jeder Hinsicht deutlich gemacht, dass ich die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen der CDU schätze. Frau Collin-Langen macht ihr Projekt Rheinvogelände auch mit dem Land. Es ist doch ganz klar, dass das Land allein nichts machen kann. Ich habe Ihnen den Namen „Bungert“ genannt. Ich könnte ihn zitieren. Lassen wir es.

Diese Woche hat in dem Gespräch in der ersten Runde, die Herr Staatssekretär Härtel aufgenommen hat, Bürgermeister Groß aus Braubach ausdrücklich gesagt, er wäre bereit, diese gute Zusammenarbeit fortzuführen. Bürgermeister Clasen von der Verbandsgemeinde Loreley hat im Wahlkampf keine Attacke gegen das Weltkulturerbe geritten. Lassen Sie uns doch vereinbaren, dass wir mit dem heutigen Tag Parteipolitik außen vor lassen und versuchen, es im Ausschuss gemeinsam hinzubekommen. Das bieten wir an, und Sie haben es eben angeboten. Dann müsste es eigentlich gelingen. Wenn wir uns darauf vereinbaren können, dass weder eine CDU-Regierung noch eine SPD-Regierung die

Probleme, die wir alle in den Topf werfen können, binnen Jahresfrist lösen, wäre das ein guter Gesprächsansatz.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Thomas.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren, im Gegensatz zu den beiden Vorrednern komme ich nicht aus der Region des Weltkulturerbes. Ich fahre fast täglich durch, gesetzt der Fall, die Züge fahren wieder. Im Moment ist das ein bisschen schwierig.

Herr Weiland, in einem will ich Ihnen Recht geben, nämlich dass es für diese Debatte im Parlament Zeit ist. Ich glaube, dann hören für heute unsere Gemeinsamkeiten schon fast auf. Es ist fast überfällig. Ich habe noch einmal versucht zurückzuerforschen. Wir haben das letzte Mal in einer größeren Diskussion im Jahr 2001 – das war quasi parallel zur Antragstellung – darüber gesprochen. Anlass war ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen, der im Prinzip die grundsätzlichen Feststellungen des Antrags aufgegriffen hat und wir als Parlament den Antrag der Landesregierung gemeinsam unterstützt haben. Danach gab es vereinzelte Initiativen und Nachfragen, und zwar so vereinzelt, wie die Leuchttürme im Mittelrheintal sind.

Ich will das, was Herr Lewentz beschrieben hat, was den Lärmschutz und die E+E-Projekte angeht, nicht in Abrede stellen. Herr Mertes findet manchmal bildhafte Ausdrücke. Es sind Perlen, aber die Schnur fehlt noch.

Wir haben eine Ansammlung von Einzelprojekten und sicherlich auch Engagierte. Damit meine ich diejenigen, die das mit ihrem Engagement vorangebracht, die Idee aufgegriffen, für sich moduliert und eingebracht haben. Es gibt im Mittelrheintal Loreley-Gesänge, aber noch keinen Chorgesang. Das ist das, was fehlt. Ich glaube, das kann über eine sach- und themenbezogene Diskussion und auch eine Verlautbarung des Parlaments entstehen.

Herr Weiland, deswegen haben wir auch einen etwas umfangreicheren Antrag geschrieben, übrigens mit dem Computer und nicht mit der Schreibmaschine. So weit sind wir. Wir haben versucht, für uns wichtige Punkte darin festzuhalten, weil es das bisher in diesem Parlament nicht gab. Deswegen habe ich auch gegenüber der Presse – heute war es in der „Rhein-Zeitung“ zu lesen – gesagt, der CDU-Antrag ist etwas flach. Mehr als Überschriften liefern Sie nicht. Ein integriertes Leitbild ist gut. Ich wüsste jedoch gern, was die wichtigsten Punkte sind.

(Dr. Weiland, CDU: Das steht drin!)

– Es stehen keine Punkte für ein Leitbild drin. Als Sie gesagt haben, vier Gründe für die Entwicklung des Mittelrheintals, war ich schon versucht zu sagen: Rhein-

brücke, Rheinbrücke, Rheinbrücke, Rheinbrücke. – Viel mehr habe ich von der CDU öffentlich dazu in den letzten Monaten auch nicht gehört.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

In Ihrer Überschrift steht „Regionalmanagement“. Machen Sie doch einmal einen Vorschlag, wie man es tut! Es ist doch nicht nur die Frage, was man tut, sondern wie und mit welchem Instrument man es tut. Das wäre eine Frage, die aus unserer Sicht zu diskutieren ist, und zwar auch bei der Beratung im Ausschuss, die ich sehr begrüßen würde. Es wäre gut, wenn wir diese nicht nur in unserem kleinen internen Zirkel führen würden, sondern den einen oder anderen Fachmann oder die eine oder andere Fachfrau hinzuziehen könnten.

Natürlich gibt es gelungene Formen des Regionalmanagements. Man muss einmal prüfen, ob das Modell, das im Moment von der Landesregierung angedacht wird, nämlich ein Zweckverband, das günstigste und geeignetste Instrument ist. Dann darf es aber schon gar nicht so sein, dass nur die Kommunen drin sind. Wir müssen prüfen, ob ein Regionalmanagement mit einer GmbH oder einer verwaltungsinternen Agentur besser gemacht werden kann. Wir haben diese Möglichkeiten aufgelistet und sind nicht festgelegt. Wir wollen auch eine Instrumentendebatte führen. Diese wollen wir auch benennen, und zwar nicht nur in Überschriften.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Problem ist, dass wir nicht nur Einzelprojekte im Welterbe brauchen. Für die Gesamtentwicklung und den Prozess finde ich es ziemlich bedrohlich, dass es seit der Urkundenübergabe oder auch schon vorher eine Menge Negativschlagzeilen über das Mittelrheintal gab. Wenn sich das durch die Medienlandschaft zieht, entsteht kein guter Gesamteindruck.

Das waren zum Beispiel die Meldungen über den Rückgang der Übernachtungen. Das ist keine Meldung, die eine zusätzliche Attraktion schafft. Man sagt nicht, es kommt keiner mehr, sondern kommt jetzt endlich. Es ging weiter mit den Entdeckungen der SPD-Fraktion auf dem Loreley-Felsen. Das ist ein Projekt, das vielleicht gut angedacht war und man seitens der Landesregierung angestoßen hat, aber ohne eine entsprechende fachliche Begleitung, Unterstützung und Einbindung in ein Gesamtprojekt nicht wachsen kann. Auch das war keine positive Schlagzeile.

Ich möchte das noch einmal aufgreifen, was Herr Lewentz gesagt hat. Der Bilderstreit der Bürgermeister ist genauso ungeeignet, ein positives Image herzustellen und Werbung für das Mittelrheintal zu machen, wie der Streit um die Fotos, ob sie aus den 60er- oder 70er-Jahren sind. Dies wurde in der „Bild“-Zeitung in den rheinland-pfälzischen Medien aufgegriffen. Ich sage nicht, dass die Behauptungen in der „Bild“-Zeitung alle richtig waren und es eine öffentliche Broschüre war. Es reiht sich aber in die Reihe der Negativschlagzeilen ein. Ich glaube, es hilft, wenn wir in einer geeigneten Debatte, die sich an den wichtigsten Themen entlangzieht und die wir eher fachlich als polemisch führen, als Parlament

im Ganzen dieser Entwicklung noch einmal ein Stück Zug und Attraktion geben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns gibt es in den nächsten Jahren wichtige Projekte, die wir angehen wollen.

Herr Weiland, wir haben sie in dem Antrag benannt. Wenn wir über die Kulturlandschaft reden, müssen wir auch über Steillagen, das Problem der Brachflächen, den Niederwald und den Erhalt und die Pflege von Flussauenlandschaften reden. All das gehört zum Naturraum und zu dem, was wir in der ganzen Diskussion um den Naturschutz unter dem Begriff des Lebensraumschutzes festhalten wollen.

Wir sehen es als erforderlich an, dass es in den nächsten Jahren insbesondere im touristischen Bereich und in der Verkehrsinfrastruktur zu Veränderungen und zu Weiterentwicklungen kommt. Dazu gehört ein gemeinsames Marketing. Voraussetzung dafür ist, dass man ein gemeinsames Regionalmanagement und die Grundlagen für ein gemeinsames Marketing hat, damit man die Perlenschnur auch einführen kann. Dazu gehört, die Qualität des Beherbergungswesens zu verbessern, auch wenn es schon Einzelbeispiele gibt, die es durchaus zu besuchen lohnt, und zwar nicht nur, wenn man von fern kommt, sondern auch aus dem eigenen Land einmal im Mittelrheintal Halt macht.

Als Zielrichtung dieser Entwicklung wollen wir, dass wir das Mittelrheintal nicht als Freilichtmuseum oder Freizeitpark für die schnellen Durchreisenden, aber auch nicht für die haben, die länger bleiben. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass das Mittelrheintal auch für die Bewohner und Bewohnerinnen attraktiv bleibt. Sie wissen, dass die Zahl der Bewohner und Bewohnerinnen nicht aufgrund der demographischen Entwicklung, sondern der Attraktivität und dessen, was das Mittelrheintal für die Bewohner bietet, nachlässt und die Ortschaften schrumpfen. Es ist keine gute Voraussetzung für eine positive Entwicklung, wenn sich das noch mit der demographischen Entwicklung toppt. Wir müssen es sowohl für die Bewohner und Bewohnerinnen als auch für die Besucher und Besucherinnen attraktiver machen. Das geht nur, wenn das Ganze lebendig und authentisch als Erlebniswelt erhalten wird und nicht einen musealen Charakter oder eine museale Struktur bekommt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch ein Satz zu den Rheinbrücken. Dazu hatten wir mehrere Diskussionen im Parlament.

Herr Weiland, ich glaube, man kann das immer wieder als Thema nach vorn stellen. Man muss aber sehen, dass das nicht das vordringlichste Projekt ist, wenn es um die Entwicklung des Mittelrheintals geht. Wir wollen nicht darauf setzen.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Hier unterscheiden wir uns. Wir sehen auch das Problem, dass sich mit solchen Brückenbauten die verkehrliche Situation im Tal verändert, und zwar nicht zum

Positiven, sondern zum Negativen hin. Das ist zu vielen anderen Entwicklungszielen, die Sie selbst benennen, Herr Weiland, kontraproduktiv. Insofern glauben wir, dass wir in der Gesamtentwicklung sehr viel besser vorankommen, wenn wir sofort Maßnahmen ergreifen, um den Fährverkehr zu stabilisieren, attraktiver zu machen und zu erhalten, als den Brückenträumen von Herrn Weiland weiter zu folgen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum Schluss. Mir ist sehr daran gelegen, darüber im Ausschuss detaillierter zu beraten. Wir werden Zeit haben. Mir ist sehr daran gelegen, dass im Ausschuss auch die Instrumentenfrage besprochen wird und wir uns fragen: Wie sieht konkret ein Regionalmanagement aus? – Wir haben im Land hervorragende Fachleute. Ich denke an die Hochschule Trier und die Fachhochschule Mainz und viele andere, die bereit sind und öffentlich bekundet haben, in solchen Fragen beratend dabei zu sein, auch was den Aufbau einer entsprechenden Förderkulisse angeht,

(Glocke der Präsidentin)

die den Anreiz zur Kooperation erhält, und zwar nicht nur Geld für Einzelprojekte, sondern für Projekte, die in Kooperation verwirklicht werden und an dem Gesamtziel orientiert sind. Das sollten wir in Anspruch nehmen. Hier sind wir dabei, aber nicht bei Fensterreden im Parlament.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich hoffe, dass wir heute in der „Rhein-Zeitung“ die Schlagzeile „Landtag streitet über das Rheintal“ zum letzten Mal gelesen haben.

(Beifall bei FDP und SPD)

Wir tun uns einen Bärendienst damit, wenn wir das, was mit der Aufnahme dieser wunderschönen Landschaft in das Weltkulturerbe erreicht worden ist, parteipolitisch zerreden.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Lieber Kollege Bracht, ich verstehe Ihre Äußerung nicht. Das ist ein völlig falsches Verständnis.

Sie können mir glauben, dass das auch nicht meine Absicht ist, dies so rüberzubringen. Das man zu unterschiedlichen Auffassungen kommt, ist in Ordnung. Das darf aber nicht so weit führen, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck der totalen Zerstrittenheit entsteht. Damit tun wir allesamt – wir beziehen uns alle mit ein – diesem

Weltkulturerbe und der großen Chance, die sie in sich birgt, keinen Gefallen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Herr Bracht, ich möchte noch einmal auf Ihren Zwischenruf eingehen. Ich will auch gleich klarstellen, weil ich namentlich heute in der „Rheinzeitung“ genannt worden bin, dass dieser Eindruck, der dort erweckt worden ist, als wolle die SPD-Fraktion die CDU-Fraktion möglicherweise ausschließen, völlig falsch ist. Das sage ich hier an dieser Stelle. Es ist nicht richtig, was dort gesagt worden ist. Natürlich legen wir auch großen Wert auf die Mitarbeit der CDU. Das soll kritisch konstruktiv auf das Weltkulturerbe – es gibt auch so etwas wie eine politische Kultur – erfolgen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich meine Äußerung in zwei Teile gliedern. Zum Ersten möchte ich – das mache ich ganz bewusst –, weil das Weltkulturerbe Mittelrheintal das auch verdient, einige grundsätzliche Worte zu Ihnen selbst sagen und zum Zweiten auf die konkrete Situation eingehen. Ich mache das sehr gern und ganz bewusst. Ich wohne zwar auch nicht dort, ich bin Pfälzer, aber natürlich ist auch mir dieses Mittelrheintal ans Herz gewachsen. Wir haben gerade bei einer Reise in die Wachau feststellen können, dass es hochinteressante Parallelen gibt. Gerade auch vor diesem Hintergrund lohnt es sich, sich noch einmal intensiv mit diesem Weltkulturerbe zu befassen. Wir können in der Tat stolz sein, dass dieser Flußabschnitt zwischen Bingen, Rüdesheim und Koblenz nun auch international als einzigartig zu schützende Kulturlandschaft anerkannt worden ist. Das hat einen hohen Wert. Darauf können wir als Rheinland-Pfälzer stolz sein. Das ist nicht das einzige Weltkulturerbe. Wenn wir mit diesem Tal in eine Reihe gestellt werden mit den Weltkulturerben in anderen Ländern, dann ist das schon ein Grund für Rheinland-Pfalz, darauf stolz zu sein.

Es ist in der Tat so, dass diese Landschaft über zwei Jahrtausende mit seinem milden Klima, mit seiner herausragenden Bedeutung als Handels- und Verkehrsweg und seiner günstigen Lage im Herzen Europas vom Rhein geprägt worden ist. Es spiegelt in der Tat auch die Geschichte der Deutschen wider. Es war Dreh- und Angelpunkt für den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch zwischen Nord- und Südeuropa. Ich brauche auch nicht besonders auf die einzigartigen Bauten aus der Vergangenheit hinzuweisen, die im Bereich des Mittelrheintals zu finden sind.

Eine Reise durch das Rheintal wird in der Tat zu einem Ausflug in die deutsche Geschichte. Das macht das Rheintal nicht nur für uns Deutsche, sondern auch für Besucher so interessant. Das Interesse am Mittelrheintal wird auch zunehmen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, mit dieser Ernennung zum Weltkulturerbe ist ein wichtiger Schritt getan worden, alle verantwortlichen Einwohner und Besucher für den Erhalt und den Schutz des Kulturerbes zu sensibilisieren. Wir sollten alles dafür tun, sie nicht durch unser eigenes

Verhalten davon abzuschrecken. Dabei beziehe ich alle mit ein.

Es ist die Aufgabe der kommenden Generationen aus aller Welt, dieses Kulturerbe zu erhalten, aber auch weiterzuentwickeln. Kulturlandschaft mit dem Titel „Weltkulturerbe“ bedeutet nicht – das hat Herr Ministerpräsident Beck bei der festlichen Übergabe deutlich gesagt; das hat mir sehr gut gefallen –, starr an bestehenden Gegebenheiten festzuhalten. Es bedeutet nicht nur, zu bewahren oder gar unter einer Glasglocke zu konservieren, sondern kulturelles Erbe zugänglich zu machen, erlebbar zu machen, und es heißt auch, dass wir dies im Interesse der Menschen dort angemessen weiterentwickeln.

Meine Damen und Herren, dazu brauchen wir – darüber sind wir uns auch einig – ein Leitbild für diese Weiterentwicklung dieses einmaligen Kulturschatzes Mittelrheintal, welches die Interessen der Menschen vor Ort in Beziehung setzt mit der Aufgabe des Erhalts und der Weitergabe kulturellen Erbes. Dies muss wachsen. Dies muss gerade von verantwortlicher Seite gestützt und gefördert werden. Wir haben gemeinsam die Aufgabe, dafür einzutreten.

Meine Damen und Herren, wir haben eine Chance, auch touristisch – das ist nicht die Priorität bei der Ernennung zum Weltkulturerbe – diese Kulturlandschaft in den Wert zu setzen, und zwar höher, als es bisher geschehen ist. Darüber sind wir uns einig. Dabei werden auch keine Zahlen verschwiegen. Herr Weiland, ich werde auf konkrete Zahlen selbstverständlich noch eingehen. Was wahr ist, ist wahr. Man muss es auch – das wurde gesagt – differenziert sehen. Wir müssen sehen, wie wir gemeinsam im Hinblick auch auf den Tourismus zu einer Weiterentwicklung kommen. Ich denke, dass eine weitere touristische Erschließung auch ein sehr wichtiger wirtschaftlicher Impulsgeber sein wird, um gerade in diesem Bereich zu einem Ausbau zu kommen, der den Menschen in diesem Mittelrheintal zugute kommt.

Der Tourismus in Rheinland-Pfalz befindet sich in den letzten Jahren insgesamt in einem stetigen Aufwärtstrend. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres konnten 3,7 Millionen Gäste verzeichnet werden. Das bedeutet eine Steigerung von bis zu 1,4 % mehr als in dem Vorjahreszeitraum. Wir haben insgesamt eine wirklich sehr gute Entwicklung.

(Beifall bei der FDP)

Im regionalen Vergleich zeigt sich jedoch, dass das Mittelrheintal nicht von der gestiegenen Nachfrage profitiert – im Gegenteil verzeichnet die Region einen Rückgang von über 3,3 % der Besucherzahlen im Vergleich zum Vorjahr. Aber ich unterstreiche das, was der Herr Kollege von der SPD gesagt hat. Wir müssen genau hinschauen. Wir haben Bereiche, in denen wir einen relativ starken Rückgang haben. Wir müssen nach den Ursachen forschen. Wir haben auch Bereiche, die expandieren. Wir kennen auch die Ursachen. Es geht nämlich um die Qualität des Angebots. Da müssen wir insgesamt – da wird auch die Landesregierung ansetzen – diesen Wandel zu mehr Qualität auch im touristischen Bereich und im touristischen Angebot gehen. Das

hat sich auch bei der Reise in die Wachau – eine sehr informative und gute Reise für den Landtag – gezeigt. Es gibt dort ähnliche Probleme. Die Qualität des touristischen Angebots ist noch nicht so, wie man es sich dort vorstellt. Da kann man auch von der Wachau und ihrer Entwicklung lernen. Wir brauchen ein touristisches Konzept. Wir begrüßen in der Tat auch alle Maßnahmen, die im Augenblick – viele sind schon genannt worden – bis zum heutigen Zeitpunkt umgesetzt worden sind. Burgenwanderweg, Radwanderweg bis 2005 sind schon genannt worden. Das gibt auch in diesem boomenden Bereich den Touristen die Möglichkeit, dieses Tal zu erleben.

(Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, ich will zum Schluss noch einmal darauf hinweisen, dass wir eine große Aufgabe und Chance haben. Wir sollten als politisch Verantwortliche diese Chance mit einer Auseinandersetzung in der Sache gleichermaßen ergreifen.

Nicht ohne Streit, – das revidiere ich – nicht ohne Auseinandersetzung in der Sache: Man wird nicht auf Anhieb zu einem einheitlichen Konzept und einer Beurteilung kommen können.

Eine konstruktive Arbeit ist im Interesse des Mittelrheintals. Ich weise noch einmal darauf hin, dass es sich lohnt, gerade mit den politisch Verantwortlichen im Bereich der Wachau den Kontakt zu halten, bei dem unglaublich viele Parallelen zum Mittelrheintal festzustellen sind.

Wenn wir das machen – insofern ist es richtig, dass wir beide Anträge in die Ausschussberatung geben –, dann sollten wir alles unternehmen, – –

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Herr Kuhn, Sie müssen zum Schluss kommen.

Abg. Kuhn, FDP:

– Noch wenige Wörter, dann bin ich fertig.

– – politische und regionale Interessen hinten anzustellen, um der gemeinsamen Sache zu dienen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, begrüße ich auf der Zuschauertribüne Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Mainzer Landtagsseminars sowie Mitglieder des SPD-Ortsvereins Engers und Irlich. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die Landesregierung hat Herr Staatssekretär Härtel das Wort.

Härtel, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Worüber reden wir? Wir reden über ein Welterbe, eine herausragende deutsche Kultur- und Naturlandschaft, die weltweit bekannt ist.

Dieser Landschaft wurden in Musik, Malerei und Literatur von unseren Besten unvergessliche Denkmäler gesetzt. Ich nenne nur einige Namen: Clemens von Brentano, Heinrich Heine, Victor Hugo, Wolfgang von Goethe, William Turner und Carl Zuckmayer. Sie und viele andere haben dieses Stück Rheintal im Bewusstsein der Völker und Menschen verankert und somit dazu beigetragen, dass das Tal zum kulturellen Erbe der Menschheit erklärt wurde.

Es wurde schon darauf hingewiesen, am 20. September feierten wir in Oberwesel – die Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz und Hessen, weitere Mitglieder der Landesregierung, viele Vertreter des Landtags von Rheinland-Pfalz und Hessen – diese Anerkennung in einem schönen Festakt, der von der ganzen Bevölkerung mit Begeisterung an- und aufgenommen wurde.

Die Vertreterin des UNESCO-Welterbezentrums war – wie sie in Gesprächen am Rande der Veranstaltung bekannte – beeindruckt von dem Engagement der Bevölkerung, von der ganz offensichtlich ungeteilten Freude über die Anerkennung und den Willen, dieses bedeutsame Erbe verantwortungsvoll zu sichern, zu pflegen und weiterzuentwickeln.

Ich finde es gut, dass sich der Landtag von Rheinland-Pfalz mit der Frage befasst, welche Verpflichtungen und Aufgaben mit dieser Anerkennung verbunden sind. Schaut man sich die vorliegenden Anträge genauer an, kann man rasch feststellen, dass die gemeinsamen Anliegen die Unterschiede bei weitem überwiegen.

Ich hätte mir deshalb gewünscht, dass es zu einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen gekommen wäre. Dies hätte nämlich dokumentiert, dass die Einigkeit aller Parteien, die beim Anerkennungsverfahren des Welterbes Mittelrheintal unsere Stärke war, noch vorhanden ist. Dass dies auf Landesebene offensichtlich gegenwärtig nicht der Fall ist, finde ich außerordentlich bedauerlich.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Die schrille, dissonante Begleitmusik zu dem CDU-Antrag wirft die Frage auf, ob nicht um des vorgeblich parteipolitischen Punktgewinns das Projekt durch destruktive und pauschale Kritik beschädigt wird.

(Beifall bei SPD und FDP)

Natürlich wissen wir alle, dass sich Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte nicht von heute auf morgen beseitigen lassen, aber die Behauptung des Stillstands wird dem Engagement der Menschen in den Kommunen, in den Vereinen und den vielen privaten Initiativen im Rheintal nicht gerecht, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall der SPD und der FDP)

Die Kritik, die Sie seit Monaten immer wieder äußern, steht im krassen Widerspruch zu dem, was ich bei meinen vielen Besuchen im Mittelrheintal erfahre und auch von Ihren eigenen Parteifreunden gesagt bekomme.

(Dr. Weiland, CDU: Die sind objektiv!)

Die loben das vielfältige Engagement der Landesregierung. Ich kann Ihnen die Namen nennen, sie wurden auch schon genannt.

Ich frage mich manchmal: Kann es denn sein, dass die Wahrnehmung so unterschiedlich ist, je nachdem, ob man im Rheintal direkt Verantwortung trägt oder man Klimmzüge macht, um bestimmte Funktionen innerhalb der CDU-Fraktion zu erreichen?

(Beifall der SPD und der FDP –
Lelle, CDU: So ein Quatsch! –

Dr. Weiland, CDU: Wir tragen Verantwortung
im Rheintal, Sie nicht!)

Meine Damen und Herren, ich will die Probleme nicht kleinreden oder beschönigen, aber zu sagen, es passe nichts, ist objektiv falsch und beleidigend für die vielen Menschen, die sich Tag für Tag bemühen, das Tal voranzubringen.

(Bracht, CDU: Das hat doch keiner
gesagt, Quatsch!)

Allein schon die vielen Projekte, die in das erfolgreiche „LEADER-Plus“-Programm eingeflossen sind und weiter einfließen, belegen dies eindrucksvoll.

Es wurde von Ihnen wiederholt angesprochen, es fehle ein Leitmotiv, eine Vision.

(Dr. Weiland, CDU: Hat der Kollege
Mertes gesagt!)

Ich zitiere: Eine Region besinnt sich auf ihre Stärken. – Das ist unser Leitmotiv, nach dem wir seit dem Anerkennungsverfahren handeln; denn die Region lässt sich nur fortentwickeln, wenn die dafür notwendigen Impulse aus ihr selbst heraus kommen.

Als Land können und wollen wir dem Mittelrheintal unsere Vorstellungen nicht überstülpen. Wir sehen aber unsere Aufgabe darin, die Kräfte der Region zu bündeln, zusammenzuführen und dadurch zu stärken.

(Beifall der SPD und der FDP –
Lelle, CDU: Wann fangen Sie damit an?)

Meine Damen und Herren, weil Sie davon gesprochen haben, Herr Abgeordneter Weiland, es fehlten in vielen Bereichen, in wichtigen Teilbereichen der Entwicklung Leitbilder und Zielaussagen, kann ich nur darauf verweisen, dass seit 1998 – ich nehme an, Ihnen liegt diese Unterlage auch vor – der Managementplan Mittelrheintal bekannt ist, der auch wesentlicher Bestandteil des Antragsverfahrens für die Anerkennung war.

In diesem Managementplan sind außerordentlich ausführlich Zielaussagen zur Siedlungs-, Gewerbe-, Weinbauentwicklung und zum Naturschutz festgehalten.

Sie werden, wenn Sie sich diesen Managementplan noch einmal anschauen, der im Übrigen Handlungsgrundlage für alle verantwortlichen Kommunalpolitikerinnen und -politiker in der Region ist, feststellen, dass wir kurz-, mittel- und langfristige Zielvereinbarungen getroffen haben, wir uns außerordentlich stark um die Stärkung der regionalen Identität und den Abbau von Kooperationsblockaden bemühen, Zielbereiche für den Weinbau, den Ausbau des touristischen Profils definiert werden und der Erhalt und die Entwicklung der raumprägenden Kulturlandschaft eine beachtliche Rolle spielen.

Es geht nicht nur um den Erhalt von Burgen, Ortsbildern und Denkmälern, sondern auch um das, was Herr Abgeordneter Lewentz ausführlich dargestellt hat, unter anderem die Lärmsanierung und Entwicklung eines integrierten Verkehrskonzepts. Es geht um die Sicherung der Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung und um die Optimierung der Organisationsstruktur.

Meine Damen und Herren, das Land hat mit der erfolgreichen Durchführung des UNESCO-Anerkennungsverfahrens einen Beitrag für die Entwicklung des Mittelrheintals geleistet, den keine andere Einrichtung hätte übernehmen können.

(Beifall der SPD und vereinzelt
bei der FDP)

Dass der Antrag bereits im ersten Anlauf im Juni letzten Jahres in Budapest Erfolg hatte und die schon ernsthaft diskutierte Verschiebung der Anerkennung nicht kam, lag daran, dass die UNESCO-Gremien die vorgelegten Unterlagen, ausdrücklich den Managementplan mit einbeziehend, im Sinn der UNESCO-Richtlinien akzeptierten.

Wir haben seitdem die Koordination auf Landesseite deutlich verbessert, indem wir eine Stabsstelle Mittelrhein geschaffen haben. Sie entstand durch die Zusammenführung des UNESCO-Welterbesekretariats mit der Projektgruppe „Projektmanagement Mittelrheintal“ im Innenministerium.

Die Koordination der Aufgaben wird im Übrigen dadurch erleichtert, dass wir einen Initiativkreis Mittelrhein gebildet haben, der aus den zuständigen Staatssekretären besteht.

Meine Damen und Herren, im Übrigen habe ich nichts gegen die Forderung nach einem effektiven Regionalmanagement einzuwenden, ganz im Gegenteil. Ich denke, wir wollen gemeinsam dieses Regionalmanagement mit den Entscheidungsträgern, mit den Verantwortlichen in der Region aufbauen und zum erfolgreichen Arbeiten bringen.

Zur Verbesserung der überörtlichen Kommunikation sowie der Zusammenarbeit der Kommunen mit den Landesstellen und zur überörtlichen Kommunikation gehören natürlich nicht nur die kommunalen Entscheidungsträger, sondern dazu gehören die Verantwortli-

chen in den wichtigen Institutionen und Verbänden, wie beispielsweise die Handwerkskammer oder die Industrie- und Handelskammer.

Zur Verbesserung dieser Zusammenarbeit werden wir nach auslaufender Förderung für das Forum Mittelrheintal Ende 2004 eine neue effektive Form der Zusammenarbeit schaffen. Wir wollen das nicht allein tun. Wir werden das gemeinsam mit den Verantwortlichen, mit den Kräften im Mittelrhein machen. Wir werden zusammen mit dem Forum Mittelrhein und dem Gemeinde- und Städtebund im Frühjahr 2004 ein Symposium durchführen, das sich genau mit der Frage befasst, welche Organisationsform die beste ist, um die Zukunft für das Welterbegebiet Mittelrheintal erfolgreich zu gestalten.

(Bracht, CDU: Wann? Im Frühjahr?)

Tatsache ist aber auch, dass dieses regionale Management von der Region selbst gewollt und umgesetzt werden muss. Wir als Land werden den Weg dorthin begleiten und befördern.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die bisherige Schwerpunktsetzung bei der finanziellen Förderung des Mittelrheintals werden wir beibehalten. Ich denke, in schwierigen Zeiten wie diesen ist es ein deutliches Signal, für das ich als Regierungsbeauftragter außerordentlich dankbar bin.

Es wurden schon einige Projekte beschrieben, die auf den Weg gebracht wurden, die weiterbefördert werden und die ihrer Vollendung entgegengehen – das geschieht im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau –: Rheinburgenwanderweg, Rheinsteig, Lückenschlüsse bei den Rheinradwegen. – Es wurde eine Reihe von Bodenordnungsverfahren genannt. Damit sind wichtige Projekte auf den Weg gebracht.

Das Ministerium für Umwelt und Forsten hat ein Rahmenkonzept für die nachhaltige Entwicklung der ufernahen Bereiche im Mittelrheintal vorgelegt und am Beispiel Kamp-Bornhofen deutlich gemacht, dass sich diese Uferzonen sehr wohl welterbeverträglich ausgestalten und verbessern lassen.

Das so genannte E+E-Projekt zur nachhaltigen Entwicklung wärmeorientierter Hanglagen im Mittelrheintal, das dem Verbuschen der Rheinhänge entgegenwirkt, zeigt bereits sichtbare Erfolge. Wir werden als Landesregierung dieses Projekt, das auch für den Steillagenweinbau von erheblicher Bedeutung ist, weiter vorantreiben.

An der Entwicklung von Bewirtschaftungskonzepten für die für das Mittelrheintal typischen Niederwälder wird gearbeitet. Frau Thomas, Sie haben das Thema angesprochen. 22 Beherbergungsbetriebe wurden im Rahmen eines Sonderprogramms des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau innerhalb eines Jahres mit fast einer halben Million Euro gefördert. Diese Förderung ist außerordentlich effektiv, weil bei Zuschüssen von rund 18 % Millionen zusätzliche Investitionen von privater Seite induziert werden.

Die Lärmsanierung an den Schienenstrecken ist erfolgreich vorangebracht worden. Die Hangsicherung durch die Bahn wird künftig landschaftsschonend erfolgen.

Die Schwerpunktförderung hoch bedeutender Denkmäler durch mein Ministerium läuft weiter. Die landeseigenen hochrangigen Kulturdenkmäler – die Burg Pfalzgrafenstein, die Festung Ehrenbreitstein und das Schloss Stolzenfels – werden mit zweistelligen Millionen-Euro-Beträgen aus dem Haushalt des Finanzministeriums gefördert.

Angesichts der zurückgehenden Besucherzahlen nicht nur, aber auch im Mittelrheintal ist es hilfreich, dass mit Mitteln, die die Staatskanzlei zur Verfügung stellt, ein Internetauftritt für das Welterbegebiet erstellt wird, der einen weltweiten Zugriff auf Informationen über dieses Welterbegebiet ermöglicht.

Der Kurzzeittourist aus dem Allgäu wird dort ebenso Wissenswertes wie der japanische Tourist finden, der seinen Europurlaub plant.

Daneben will die Landesregierung alle Anstrengungen unterstützen, durch eine systematische Marketinginitiative die Fremdenverkehrsentwicklung am Mittelrhein wieder positiv zu gestalten. Aber auch dieses Thema der Marketingoffensive zeigt deutlich, der Staat, das Land können Hilfestellung geben. Wir machen das auch. Aber die Initiativen müssen von der Region getragen werden. Sie werden auch getragen, wie die vielen LEADER-Plus-Projekte belegen.

Zu den Projekten, die von Vertretern der Region immer wieder angesprochen werden, gehört natürlich auch die Frage einer verbesserten Rheinquerung, wie es in der Debatte immer wieder angesprochen wurde. Ich sage Ihnen ganz offen, Brücken verbinden. Brücken verbinden nicht nur zwei Rheinseiten, sondern auch die Menschen. Wenn sie umweltverträglich und welterbeverträglich gebaut werden, umso besser ist es.

Meine Damen und Herren, die Anerkennung als Welterbe bedeutet für das Mittelrheintal, ja für ganz Rheinland-Pfalz eine einmalige Chance. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn wir diese Chance gemeinsam nutzen würden. Parteipolitische Überlegungen oder gar Spiele bringen das Mittelrheintal keinen Millimeter voran.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD –
Bracht, CDU: Jetzt fängt er auch
schon wieder damit an!)

Ich wäre froh, wenn es gelänge, sich in den Ausschussberatungen auf einen gemeinsamen Antrag zu verständigen. Das Mittelrheintal ist als Welterbe anerkannt worden, weil es eine einzigartige Kulturlandschaft ist und weil wir alle an einem Strang gezogen haben. Das möchte ich noch einmal betonen. Kulturstaatsministerin Christina Weiss sagte beim Festakt in Oberwesel – ich zitiere –: „Wer die höheren Weihen durch die Internationale Konvention zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt erhalten hat, weiß, welche Verpflichtungen daraus erwachsen.“

Meine Damen und Herren, darauf sollten wir uns alle wieder besinnen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Da der Staatssekretär sechs Minuten länger als die vereinbarte Redezeit von zehn Minuten geredet hat, stehen allen Fraktionen noch sechs Minuten zur Verfügung.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Weiland das Wort.

Abg. Dr. Weiland, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte die Redezeit nicht ganz ausschöpfen. Das ist auch nicht nötig.

Herr Staatssekretär, ich möchte an Sie nur die Frage richten, ob die Wirklichkeitswahrnehmung in dem Bericht der „Rhein-Zeitung“ über das Treffen der SPD-Landtagsfraktion in Ihrem Beisein zwischen dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Mertes und Ihnen wirklich so unterschiedlich sein kann, wie Sie das dargestellt haben.

Sie haben mich dafür kritisiert, dass ich das Fehlen einer Leitidee angesprochen habe. Sie sollten sich vielleicht mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD zusammensetzen. Dann erzählt er Ihnen, dass es nach der Anerkennung als Weltkulturerbe an einer Leitidee zur Motivation fehlt. Nun kann es sein, dass Sie das aus dem Mund des Fraktionsvorsitzenden Mertes anders bewerten als aus meinem Mund. Das liegt möglicherweise auch nahe. Nur ändert sich dadurch der Sachverhalt nicht.

Bevor man in die Ausschussberatungen geht, sollte man deshalb zumindest einmal den Versuch unternehmen und damit beginnen, sich über die Sachverhalte zu verständigen, also über das, was Herr Mertes gesagt hat, was Herr Lewentz gesagt hat – daran war auch nicht alles falsch – und was ich gesagt habe. Nur nehme ich dann für mich auch in Anspruch, dass nicht alles falsch ist, was ich gesagt habe.

Was im Antrag des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht, ist auch nicht alles falsch.

(Lewentz, SPD: Gehen wir in den Ausschuss!)

Wenn wir uns darauf verständigen können, macht eine Ausschussberatung Sinn. Wenn wir uns gegenseitig in Abrede stellen, was von allen formuliert und anerkannt ist, dann brauchen wir nicht in die Ausschussberatung hineinzugehen. Ich will das nicht weiter zitieren, weil ich davon ausgehe, dass Sie die Worte des Vorsitzenden der größten Regierungsfraktion ohnehin internalisiert haben, Herr Staatssekretär.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Diskussion um das Weltkulturerbe am Mittelrhein zu Ende. Es ist die Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur – federführend –, an den Innenausschuss und an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr beantragt. – Ich sehe keine gegenteilige Meinung. Dann ist das so beschlossen. Ich wiederhole es noch einmal. Das betrifft alle drei Anträge, den Antrag der Fraktion der CDU und die beiden Alternativanträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von den Fraktionen der SPD und FDP. Alle drei Anträge werden an diese Ausschüsse überwiesen.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zur Ausführung fleisch- und geflügel-fleischhygienerechtlicher Vorschriften
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/2568 –
Erste Beratung**

Gemäß der Absprache im Ältestenrat soll dieser Punkt ohne Aussprache behandelt werden. Er soll überwiesen werden. Ich schlage vor, an den Ausschuss für Umwelt und Forsten – federführend – und an den Rechtsausschuss. – Ich sehe keine gegenteilige Meinung. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**...tes Landesgesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/2569 –
Erste Beratung**

Die Begründung für die Landesregierung übernimmt Innenminister Zuber. Die Fraktionen haben sich auf eine Redezeit von fünf Minuten geeinigt.

Zuber, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Entwurf für ein Fünftes Landesgesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften möchte die Landesregierung Ihnen eine weitere Optimierung unseres Kommunalverfassungsrechts vorschlagen. Grundlegende Änderungen, wie wir sie in den letzten zwölf Jahren schon reichlich hatten, sind in diesem Entwurf nicht enthalten.

In erster Linie ist es das Ziel dieser Novellierung, das Recht im Interesse der kommunalen Praxis weiter zu optimieren und dabei auch die sich immer schneller verändernden gesellschaftlichen Bedingungen und Bedürfnisse im Blick zu haben.

Lassen Sie mich in der gebotenen Kürze vier thematische Schwerpunkte ansprechen.

1. Mit dem Gesetz sollen rahmenrechtliche Regelungen über Beiräte für gesellschaftlich bedeutsame Bevölke-

rungsgruppen geschaffen werden. Dies betrifft insbesondere die vielfach schon bestehenden Seniorenbeiräte und Beiräte für behinderte Menschen. Ihre verdienstvolle Arbeit im kommunalen Bereich soll eine kommunalverfassungsrechtliche Verankerung finden. Hiermit wird der Entscheidungsspielraum der Kommunen allerdings nicht beschnitten. Diese können weiterhin nach ihren Bedürfnissen und ihrer jeweiligen Einschätzung frei entscheiden, ob und welche Beiräte neu eingerichtet werden sollen.

2. Dies betrifft die Ausländerbeiräte. Nach dem bisherigen Recht müssen die Kommunen, die wegen einer entsprechenden Zahl ausländischer Einwohnerinnen und Einwohner einen Ausländerbeirat zu bilden haben, eine Wiederholungswahl dann durchführen, wenn die Wahlbeteiligung der ausländischen Bevölkerung bei der Ausländerbeiratswahl unter 10 % gelegen hat. Diese Verpflichtung soll künftig entfallen. Insbesondere die Erfahrungen mit den letzten Ausländerbeiratswahlen im Jahr 1999 geben dafür Anlass. An dieser Stelle möchte ich klarstellen, dass die betreffende Kommune nicht daran gehindert ist, eine solche Wiederholungswahl durchzuführen, wenn sie das möchte.

3. Wir wollen die Möglichkeit erweitern, Wahlen von hauptamtlichen Bürgermeistern und Landräten mit anderen Wahlen – seien es Kommunalwahlen, Bundestags- oder Landtagswahlen – zu verbinden. Dafür gibt es jedoch aus verfassungsrechtlichen Gründen einen nur relativ engen zusätzlichen Spielraum. Dieser sollte allerdings auf jeden Fall genutzt werden, um die Wahlbeteiligung zu fördern, die Mitglieder der Wahlvorstände von zusätzlichen Terminen zu entlasten sowie ganz generell die Kosten und den Aufwand bei den Kommunen zu reduzieren.

4. Als letzten Punkt möchte ich die Möglichkeit der Personalunion ansprechen. Bisher kann der Bürgermeister einer Verbandsgemeinde gleichzeitig Ortsbürgermeister nur in der Gemeinde sein, in der die Verbandsgemeindeverwaltung ihren Sitz hat. In Übereinstimmung mit dem Gemeinde- und Städtebund wollen wir diese Möglichkeit auf alle Ortsgemeinden ausweiten, also die Beschränkung auf die Sitzgemeinde streichen. Natürlich setzt die Personalunion voraus, dass der Bürgermeister der Verbandsgemeinde in der betreffenden Ortsgemeinde den Bürgerstatus hat, also dort mit Hauptwohnsitz gemeldet ist.

Die gesetzliche Erleichterung mag da und dort die Probleme lindern, die bekanntlich aus der Arbeitsbelastung der ehrenamtlichen Ortsbürgermeister und Ortsbürgermeisterinnen resultieren. Die Landesregierung geht davon aus, dass diese und die weiteren in dem Gesetzentwurf vorgeschlagenen Änderungen im Interesse der kommunalen Selbstverwaltung im Landtag eine breite Mehrheit finden wird.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Meine Damen und Herren, ich möchte Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen. Ich begrüße die

Mitglieder der Meisterversammlung der Pfalzflugzeugwerke; herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hörter das Wort.

Abg. Hörter, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Wesentlichen enthält der Entwurf drei Punkte, auf die ich noch näher eingehen will. Das eine ist die Frage der Beschränkung einer Personalunion nach § 71 der Gemeindeordnung auf die Sitzgemeinde. Wir teilen Ihre Auffassung, dass dies nicht mehr zeitgemäß ist.

Auch die Ausdehnung des vorgegebenen Zeitraums von sechs Monaten für die Wahl der hauptamtlichen Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte unter Auflagen – nämlich Genehmigung durch die ADD – auf nunmehr acht Monate scheint uns sehr sinnvoll zu sein. Es scheint vor allen Dingen deshalb sinnvoll zu sein, weil eine Kombination mit einer anderen Wahl möglich ist. Wir verstehen das letztlich als einen Versuch, die beklagenswert geringe Wahlbeteiligung bei den Urwahlen, wie wir sie in der Vergangenheit erfahren haben, durch eine mögliche Kombination wenigstens in den Fällen zu verbessern.

Bei dem dritten Punkt, den ich bei der ersten Beratung ansprechen möchte, geht es um die sonstigen Beiräte. Das betrifft § 56 a, also die Einrichtung des Beirats für ältere Menschen, Beirat für behinderte Menschen und unter Umständen anderes mehr. Erlauben Sie mit einer Vorbemerkung zu diesem Punkt. In diesen Tagen feiert in Koblenz der Ausländerbeirat seinen 20. Geburtstag. Er existiert seit 20 Jahren. Wir haben einen Seniorenbeirat, einen Behindertenbeauftragten, einen Jugendrat, eine Patientenfürsprecherin, also eine Vielzahl dieser Beteiligungsmöglichkeiten. All das existiert und ist in Koblenz wie in vielen anderen Städten längst eingerichtet.

Aber erlauben Sie mir dann doch auch eine Bemerkung in diesem Zusammenhang. Wenn jetzt Vertreter der anderen im Koblenzer Rat vertretenen Parteien hier wären, würden sie dies bestätigen können. Nie hat in der Vergangenheit irgendeiner das einheitliche Rahmenrecht dafür vermisst. Wir haben das auch ohne dieses einheitliche Rahmenrecht auf den Weg gebracht. Dies läuft in den anderen Städten, Gemeinden und Kreisen überall dort genauso, wo verantwortlich ehrenamtlich Tätige dies längst umgesetzt haben, wo es sinnvoll ist und wo es vor Ort gewünscht ist, wo es vor Ort den Menschen hilft.

Nun haben wir natürlich auch gelesen, dass die zusätzlichen Beiräte fakultativ sind.

(Staatsminister Zuber: Richtig!)

Aber dieser Vermerk ist dann trotzdem wiederum eine Regelung, für die wir keinen Bedarf sehen; denn es läuft längst vor Ort. Sie können natürlich jetzt die Meinung

vertreten, das schade auch nichts. Auch da sind wir uns einig. Aber der Grund, etwas allein einzuführen, weil es nicht schadet, ist mir ein Stück zu dünn.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin der Überzeugung, wir brauchen diese Regelung nicht. Sie gibt eine Antwort auf eine Frage, die niemand in der kommunalen Familie gestellt hat. Wir wollten doch eigentlich in diesem hohen Hause einen Abbau von Standards und Regelungen und nicht einen Aufbau. Mir scheint, dass an dieser Stelle wieder Jo-Jo-Effekte auftreten. Der eine oder andere von uns kennt das sehr gut, ich auch. Deshalb befürchte ich, es bringt eigentlich wirklich nichts, wenn wir an dieser Stelle wieder Regelungen für Dinge finden, die wir längst am Laufen haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Schweitzer das Wort.

Abg. Schweitzer, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! SPD und FPD haben zu Beginn der Legislaturperiode vereinbart, dass die Gemeindeordnung modernisiert werden soll, die Mitspracherechte der Bürgerinnen und Bürger gestärkt werden sollen, Verwaltungsbeflässe effizienter gestaltet werden sollen und entbehrliche Vorschriften abzuschaffen sind.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Diesem Ziel wird der Gesetzentwurf der Landesregierung gerecht. Wir begrüßen ausdrücklich die Aufnahme – im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege Hörter – von Beiräten aus gesellschaftlich wichtigen Gruppen in die Gemeindeordnung. Es wird der jetzigen, aber insbesondere der zukünftigen Entwicklung entsprochen, wenn dabei ausdrücklich die Senioren- und die Behindertenbeiräte genannt werden.

(Zuruf des Abg. Schnabel, CDU)

Ich weiß – insofern treffen wir uns dort –, dass insbesondere Bürgermeister Bedenken gegen die Einrichtung von Beiräten haben. Aus diesem Grund haben wir auch auf eine fakultative Regelung Wert gelegt, um nicht neue Standards zu schaffen. Wir schaffen sie damit nicht. Wir wollen aber mit der ausdrücklichen Nennung der Senioren- und Behindertenbeiräte deutlich machen, dass es keine Belastung für die kommunale Arbeit bedeutet, sondern wir sie als Chance begreifen, Sachverstand, Motivation und Kreativität von Betroffenen in die Arbeit vor und am Ort einzubinden.

(Beifall der SPD)

Wir stützen uns dabei ausdrücklich auf die guten Erfahrungen im Bereich der Jugendarbeit. Herr Kollege Hörter, deswegen vermag ich nicht zu begreifen, warum Sie ausgerechnet vor den Senioren eine solche Angst haben.

(Hörter, CDU: Wir haben sie doch eingerichtet!)

Allenthalben wird über sinkende Wahlbeteiligung und mangelndes Interesse an Politik geklagt. Ein entscheidendes Mittel, dem entgegenzuwirken ist, über Wahltage hinaus die Menschen an politischen Entscheidungen durch Mitsprache und Mitwirkung teilhaben zu lassen. Wo geht dies besser als am Ort selbst? Wenn Ältere und Behinderte die Erfahrung machen, dass sie nicht nur angehört werden, sondern mitbestimmen können, können sie natürlich auch ihre Gemeinde nach ihren Grundsätzen mitgestalten.

Ich denke, es gibt noch einen weiteren Grund für die Aufnahme dieser Beiräte in die Gemeindeordnung. Ich meine damit die demographische Entwicklung. Wenn die Zahl älterer Menschen in den nächsten Jahrzehnten deutlich ansteigt und das Lebensalter weiter zunimmt, werden unsere Städte und Dörfer nicht mehr so aussehen können, wie sie heute aussehen. Das heißt, wenn die Kommunalpolitik Veränderungen einleiten muss – sie wird es tun müssen –, wäre es sträflich, die Kompetenz der älteren und behinderten Menschen nicht zu nutzen. Sie sollten Bestandteil kommunaler Entscheidungsprozesse von Beginn an sein. Deswegen schaffen wir dadurch kein neues Rahmenrecht, sondern wir wollen nur die Bedingungen dafür verbessern.

Meine Damen und Herren, wenn wir im Wahlverfahren zu den Ausländerbeiräten eine Änderung vornehmen, hat dies nichts damit zu tun – um das klar zu sagen –, dass wir deren Notwendigkeit und deren Leistung gering schätzen, sondern dies hat ausschließlich praktische Gründe, die aus Erfahrungen resultieren. Um es auch hier deutlich zu sagen, Ausländerbeiräte leisten auf dem Gebiet der Integration hervorragende Arbeit. Da, wo sie existieren, tragen sie erheblich dazu bei, Menschen aus unterschiedlichen Kulturen zusammenzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Leider haben wir aber die Erfahrung machen müssen, dass die Wahlbeteiligung in manchen Kommunen die 10 %-Hürde nicht erreicht. Es macht aber keinen Sinn, dann diese Wahl einmal, fünfmal oder zehnmal zu wiederholen.

(Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Deshalb wollen wir auf die Verpflichtung zur Wiederholungswahl verzichten und es den Kommunen anheim stellen, Ausländer bei den sie besonders berührenden Fragen angemessen zu beteiligen.

(Pörksen, SPD: Ein guter Weg)

Die dritte gravierende Veränderung betrifft ebenfalls die Wahlbeteiligung, und zwar die bei Bürgermeistern und Landräten, die – um es höflich auszudrücken – nicht

selten unbefriedigend ist. Indem wir die Möglichkeit erweitern, diese Wahlen mit anderen zusammenzulegen, erwarten wir eine höhere Wahlbeteiligung und damit auch eine höhere Legitimation durch die Bürgerinnen und Bürger.

Wenn wir ferner in dem Gesetzentwurf den Kommunen die Möglichkeit einräumen, dass ein Bürgermeister einer Verbandsgemeinde künftig auch ehrenamtlicher Bürgermeister einer Ortsgemeinde in seinem Verbandsgemeinde sein kann, auch wenn sie nicht Sitz der Verbandsgemeinde ist, werden wir einen Rechtszustand ändern, der bisher unbefriedigend war.

Meine Damen und Herren, der Gesetzentwurf enthält weitere Details, die den Kommunen einen höheren Gestaltungsspielraum einräumen, bürokratische Hürden abbauen und eine kostengünstigere Aufgabenerfüllung erlauben. Deshalb bitte ich, dass wir ihn möglichst schnell im Innenausschuss beraten.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Marz das Wort.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf enthält eine Reihe von Vorschlägen, die auch aus meiner Sicht sinnvoll sind. Ich will mich deshalb in der zur Verfügung stehenden Zeit und an dieser Stelle heute bei der ersten Beratung auf zwei Punkte, die ich kritisch sehe, beschränken. Eigentlich ist es nur ein Punkt, der untergliedert ist. Es dreht sich, wie Sie vielleicht erwarten konnten, um die Beiräte auf kommunaler Ebene.

Hier haben Sie vor, bei den Ausländerbeiräten die Wiederholungswahl im Fall einer nicht erreichten Mindestwahlbeteiligung abzuschaffen. Das ist vordergründig eine mögliche Konsequenz, die man daraus ziehen kann, wenn die Wahl zu einem Gremium keine ausreichend große Legitimation gefunden hat. Ich denke aber, es gibt auch andere Wege, über die man auch im Lauf eines solchen Gesetzgebungsverfahrens einmal nachdenken sollte. Wenn die Wahl zu einem solchen Gremium eine sehr geringe Beteiligung findet, kann das auch daran liegen, dass dieses Gremium selbst zu wenig oder die falschen Kompetenzen hat. Deshalb ist generell bei solchen Gremien – das könnte auch andere betreffen – darüber nachzudenken, inwiefern man, wenn man die Aufgabe, die sie wahrzunehmen haben, ernst nimmt, ihnen andere oder mehr Kompetenzen gibt, um es attraktiver zu machen, sich bei diesen Gremien einerseits zu beteiligen und sie andererseits auch zu wählen und über ihre Zusammensetzung mitzubestimmen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang halte ich es auch für vorstellbar, dass wir darüber nachdenken, die Ausländerbeiräte zu Migrationsbeiräten fortzuentwickeln.

(Zuruf des Abg. Schwarz, SPD)

– Ich will das nicht nur funktional auf die Wahlbeteiligung bezogen sehen.

Alle führen das Wort „Integration“ in diesem Zusammenhang im Munde. Ich könnte mir vorstellen, dass man auch Vorstellungen, aus denen heraus Ausländerbeiräte einmal geboren wurden, mittlerweile vielleicht überprüfen kann und überlegen kann, welche Aufgaben sie haben sollen und ob wir sie nicht zu Migrationsbeiräten weiterentwickeln wollen, die andere Aufgaben übernehmen, die gerade im Bereich der Integration stärker beteiligt werden können und möglicherweise auf diesem Weg auch attraktiver werden könnten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der zweite Punkt betrifft die so genannten sonstigen Beiräte, also alle anderen jenseits der Ausländerbeiräte. Den Vorschlag, den Sie in diesem Zusammenhang machen, hineinzuschreiben, man könne solche Beiräte einrichten, ist gänzlich überflüssig.

Ich sehe einen Weg: Entweder man lässt es, wie es ist, bzw. man nennt es überhaupt nicht, und die kommunalen Gebietskörperschaften haben die Möglichkeit, solche Beiräte einzurichten, Beauftragte in bestimmten Bereichen zu bestellen, etwa bei Behinderten oder älteren Menschen – dies ist schon erwähnt worden –, was sie auch heute tun, ohne dass sie vom Gesetzgeber dazu ausdrücklich aufgefordert werden, oder man erklärt bestimmte Bereiche für so wichtig, dass man dies für Kommunen mit einer bestimmten Größe verpflichtend vorschreibt.

Wir haben es im Bereich der Behindertenbeiräte im Zusammenhang mit dem Landesgleichstellungsgesetz für behinderte Menschen gefordert und beantragt.

Etwas dazwischen – „kann“ oder „soll“ – ist nicht hilfreich. Ich tendiere für bestimmte Bereiche. Ich bin kein Fan von Beiräten für alles und jedes. Dies will ich an dieser Stelle einmal sagen. Aber für bestimmte Bereiche wäre es angezeigt, dies verpflichtend aufzunehmen.

Es ist gesagt worden, allein die demographische Entwicklung wird das Gewicht, das ältere Menschen bei uns haben werden, faktisch vergrößern, und auch ihre spezifischen Mitsprachemöglichkeiten und Rechte sollten in diesem Sinn fortentwickelt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben bemerkt – ich hoffe, dass Sie das gemerkt haben –, ich setze mich mit diesem Gesetzentwurf auf einer sehr sachlichen Ebene auseinander. Ich gehöre zu denen, die Gesetzesberatungen ernst und wahrnehmen, wenn es eine erste Lesung gibt, und davon ausgehen, dass es zwischen einer ersten und einer zweiten Lesung und

einer Abstimmung es am Ende möglicherweise noch Bewegungen geben könnte.

(Schwarz, SPD: Das musste gesagt werden!)

In diesem Sinn: Ich bin auf die weiteren Beratungen gespannt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hohn das Wort.

Abg. Hohn, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Landesgesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften werden unter anderem die in der Koalitionsvereinbarung für die 14. Legislaturperiode getroffenen Änderungen im Bereich des Beiratswesens umgesetzt.

Erlauben Sie mir, dass ich mich aufgrund der Kürze der Redezeit neben den Änderungen im Bereich der Bearbeitung und Festsetzung der Beihilfe auch hierauf beschränken werde.

Meine Damen und Herren, unser Gemeinwesen lebt von der Mitwirkung und Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen. – So der Wortlaut der Koalitionsvereinbarung. Dem ist nichts hinzuzufügen. Deshalb begrüßen wir es, dass mit dem Gesetzentwurf die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen weiter gestärkt werden, wobei für uns in diesem Zusammenhang die Freiwilligkeit der Beiratsgründung wichtig ist.

Aus unserem liberalen Selbstverständnis heraus kann Selbstbestimmung in der örtlichen Gemeinschaft nur dann funktionieren, wenn den Kommunen nicht einseitig Aufgaben aufgezwängt werden, sondern diese allein entscheiden, ob und welche Beiräte zur Bereicherung der Kommunalpolitik und Intensivierung des Verhältnisses zu den Bürgerinnen und Bürgern gebildet werden sollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Aspekt der Freiwilligkeit gilt aus gutem Grund nicht für die Ausländerbeiräte; denn gerade die von der Landesregierung in Auftrag gegebene Studie der Universität Mainz unterstreicht ausdrücklich deren Bedeutung. Deshalb bleibt das Angebot an die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, sich über die Ausländerbeiräte an den kommunalpolitischen Entscheidungen zu beteiligen, selbstverständlich bestehen.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn ein solcher Beirat von den Betroffenen allerdings nicht gewünscht wird, müssen wir dies akzeptieren. Folgerichtig soll also die jewei-

lige Kommune bei Nichterreichen der Mindestwahlbeteiligung selbst entscheiden, ob sie eine Wahlwiederholung durchführt oder aus dem Verfehlen des Quorums den Schluss zieht, die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger wünschen eben keinen Ausländerbeirat.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch etwas zu den Änderungen im Bereich der Beihilfebearbeitung sagen. Einer Entscheidung aus dem letzten Jahr zufolge können nach gegenwärtiger Gesetzeslage die Dienstherren der mittelbaren Landesverwaltung die Bearbeitung und Festsetzung der Beihilfe nicht an externe Anbieter auslagern. Gleichwohl ist das so genannte Outsourcing der Beihilfe trotz des Richterspruchs aus Koblenz verbreitete Praxis bei den rheinland-pfälzischen Kommunen. Deshalb begrüßen wir es ausdrücklich, dass nun für die Übertragung der Beihilfebearbeitung eine klare Rechtsgrundlage im Landesbeamtengesetz Rheinland-Pfalz geschaffen wird.

Meine Damen und Herren, es war wichtig, in diesem Punkt endlich Rechtsklarheit zu schaffen. Andere Bundesländer haben bereits seit Monaten den Blick nach Rheinland-Pfalz gerichtet und die hiesige Entscheidung zur Auslagerung der Beihilfebearbeitung genauestens verfolgt und abgewartet. Sicherlich wird auch das eine oder andere Land unsere Regelung aufgreifen, sodass Rheinland-Pfalz wieder einmal Vorreiter für andere Bundesländer sein dürfte.

Meine Damen und Herren, mit der rechtlich abgesicherten zusätzlichen Möglichkeit, neben der Übertragung der Beihilfeberechnung und Festsetzung auf eine kommunale Versorgungskasse unter anderem auch private Dritte mit der Bearbeitung zu beauftragen, wird Wettbewerb geschaffen. Wettbewerb unter mehreren Anbietern – dies zeigen auch Beispiele aus anderen Bereichen – wird dazu beitragen, dass die Bearbeitung und Festsetzung der Beihilfe für den öffentlichen Dienstherrn kostengünstiger wird. Das ist ein Aspekt, der gerade angesichts der dramatischen Finanzsituation zahlreicher Kommunen nicht vergessen werden darf.

Meine Damen und Herren, die Bestrebungen nach mehr Wettbewerb und Privatisierung dürfen allerdings nicht durch die Schaffung von Monopolstellungen in anderen Bereichen konterkariert werden. Insofern erwarten wir von der Landesregierung, dass im Rahmen der Prüfung, inwieweit die Kindergeldbearbeitung auch außerhalb der kommunalen Versorgungskassen angesiedelt werden kann, im gesamten Bereich der Personalverwaltung, sprich bei der Lohn- und Entgeltberechnung, der Kindergeldbearbeitung und der Beihilfeberechnung, Wettbewerb geschaffen wird.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Damit sind wir am Schluss der Debatte zum Landesgesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften

angelangt. Es wird die Überweisung an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss vorgeschlagen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist dies so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und des Landeswahlgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung**
– Drucksache 14/2570 –
Erste Beratung

Die Fraktionen sind übereingekommen, diesen Gesetzentwurf ohne Aussprache an die Ausschüsse zu überweisen, und zwar an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss. Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist dies so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Plenarsitzung. Ich lade Sie sehr herzlich zur morgigen 59. Plenarsitzung um 9:30 Uhr ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 18:18 Uhr.

Anlage 1

Namentliche Abstimmung

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/2617 – zum Gesetzentwurf der Landesregierung „...tes Landesgesetz zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften – Drucksache 14/2505 –

1. Altherr, Dr. Walter (CDU)	Enthaltung
2. Anheuser, Peter (CDU)	Enthaltung
3. Baldauf, Christian (CDU)	Enthaltung
4. Bauckhage, Hans-Artur (FDP)	nein
5. Baumann, Christine (SPD)	nein
6. Beck, Kurt (SPD)	nein
7. Billen, Michael (CDU)	Enthaltung
8. Bischel, Franz Josef (CDU)	Enthaltung
9. Böhr, Christoph (CDU)	Enthaltung
10. Bracht, Hans-Josef (CDU)	Enthaltung
11. Braun, Dr. Bernhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
12. Brede-Hoffmann, Ulla (SPD)	nein
13. Brinkmann, Ernst-Günter (SPD)	nein
14. Burgard, Dieter (SPD)	nein
15. Creutzmann, Jürgen (FDP)	nein
16. Dröscher, Peter Wilhelm, (SPD)	nein
17. Ebli, Friederike (SPD)	nein
18. Elsner, Petra (SPD)	nein
19. Enders, Dr. Peter (CDU)	Enthaltung
20. Ernst, Guido (CDU)	Enthaltung
21. Fink, Monika (SPD)	nein
22. Franzmann, Rudolf (SPD)	nein
23. Frisch, Lutz (CDU)	Enthaltung
24. Fuhr, Alexander (SPD)	nein
25. Gebhart, Dr. Thomas (CDU)	Enthaltung
26. Geis, Manfred (SPD)	nein
27. Geisen, Dr. Edmund (FDP)	nein
28. Gölder, Dr. Georg (CDU)	Enthaltung
29. Grimm, Christoph (SPD)	nein
30. Grosse, Marianne (SPD)	nein
31. Grützmacher, Friedel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
32. Hammer, Helga (CDU)	Enthaltung
33. Hammer, Klaus (SPD)	nein
34. Hartloff, Jochen (SPD)	nein
35. Heinrich, Heribert (SPD)	nein
36. Hörter, Michael (CDU)	Enthaltung
37. Hohn, Reinhold (FDP)	nein
38. Huth-Haage, Simone (CDU)	Enthaltung
39. Itzek, Gerd (SPD)	nein
40. Jullien, Herbert (CDU)	Enthaltung
41. Keller, Josef (CDU)	Enthaltung
42. Kiltz, Elke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
43. Kipp, Anne (SPD)	nein
44. Klamm, Hannelore (SPD)	nein
45. Klöckner, Dieter (SPD)	nein
46. Kohnle-Gros, Marlies (CDU)	Enthaltung
47. Kuhn, Werner (FDP)	nein

48. Lammert, Matthias (CDU)	Enthaltung
49. Lelle, Erhard (CDU)	Enthaltung
50. Leppla, Ruth (SPD)	nein
51. Lewentz, Roger (SPD)	nein
52. Licht, Alexander (CDU)	Enthaltung
53. Mangold-Wegener, Sigrid (SPD)	nein
54. Marz, Reiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
55. Mertes, Joachim (SPD)	nein
56. Mertin, Herbert (FDP)	nein
57. Meurer, Elfriede (CDU)	Enthaltung
58. Mohr, Margit (SPD)	nein
59. Morsblech, Nicole (FDP)	nein
60. Nink, Manfred (SPD)	nein
61. Noss, Hans Jürgen (SPD)	nein
62. Pepper, Renate (SPD)	nein
63. Pörksen, Carsten (SPD)	nein
64. Presl, Fritz (SPD)	nein
65. Puchtler, Franz (SPD)	nein
66. Raab, Heike (SPD)	nein
67. Ramsauer, Günther (SPD)	nein
68. Reich, Beate (SPD)	nein
69. Remy, Sigurd (SPD)	nein
70. Rösch, Günter (SPD)	nein
71. Rosenbauer, Dr. Josef (CDU)	Enthaltung
72. Rüdell, Erwin (CDU)	Enthaltung
73. Schäfer, Dorothea (CDU)	Enthaltung
74. Schiffmann, Dr. Dieter (SPD)	nein
75. Schleicher-Röthmund, Barbara (SPD)	nein
76. Schmidt, Dr. Gerhard (SPD)	nein
77. Schmidt, Ulla (CDU)	Enthaltung
78. Schmitt, Astrid (SPD)	nein
79. Schmitt, Dieter (CDU)	Enthaltung
80. Schmitz, Dr. Peter (FDP)	nein
81. Schnabel, Heinz-Hermann (CDU)	Enthaltung
82. Schneider, Christine (CDU)	Enthaltung
83. Schneider-Forst, Angela (CDU)	Enthaltung
84. Schneiders, Herbert (CDU)	Enthaltung
85. Schreiner, Gerd (CDU)	Enthaltung
86. Schwarz, Franz (SPD)	nein
87. Schweitzer, Harald (SPD)	nein
88. Seiler, Ulrich (SPD)	nein
89. Siegrist, Hildrun (SPD)	nein
90. Spurzem, Anne (SPD)	nein
91. Stretz, Norbert (SPD)	nein
92. Thelen, Hedi (CDU)	Enthaltung
93. Thomas, Ise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
94. Weiland, Dr. Adolf (CDU)	Enthaltung
95. Weinandy, Mathilde (CDU)	Enthaltung
96. Weiner, Thomas (CDU)	Enthaltung
97. Wiechmann, Nils (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
98. Wirz, Walter (CDU)	Enthaltung
99. Zuber, Walter, (SPD)	nein

Abstimmungsergebnis:

Ja	6
Nein	56
Enthaltung	37

Anlage 2

Namentliche Abstimmung

Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 14/2620 – zum Gesetzentwurf der Landesregierung „...tes Landesgesetz zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften – Drucksache 14/2505 –

1. Altherr, Dr. Walter (CDU)	ja
2. Anheuser, Peter (CDU)	ja
3. Baldauf, Christian (CDU)	ja
4. Bauckhage, Hans-Artur (FDP)	nein
5. Baumann, Christine (SPD)	nein
6. Beck, Kurt (SPD)	nein
7. Billen, Michael (CDU)	ja
8. Bischel, Franz Josef (CDU)	ja
9. Böhr, Christoph (CDU)	ja
10. Bracht, Hans-Josef (CDU)	ja
11. Braun, Dr. Bernhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung
12. Brede-Hoffmann, Ulla (SPD)	nein
13. Brinkmann, Ernst-Günter (SPD)	nein
14. Burgard, Dieter (SPD)	nein
15. Creutzmann, Jürgen (FDP)	nein
16. Dröscher, Peter Wilhelm, (SPD)	nein
17. Ebli, Friederike (SPD)	nein
18. Elsner, Petra (SPD)	nein
19. Enders, Dr. Peter, (CDU)	ja
20. Ernst, Guido (CDU)	ja
21. Fink, Monika (SPD)	nein
22. Franzmann, Rudolf (SPD)	nein
23. Frisch, Lutz (CDU)	ja
24. Fuhr, Alexander (SPD)	nein
25. Gebhart, Dr. Thomas (CDU)	ja
26. Geis, Manfred (SPD)	nein
27. Geisen, Dr. Edmund (FDP)	nein
28. Gölter, Dr. Georg (CDU)	ja
29. Grimm, Christoph (SPD)	nein
30. Grosse, Marianne (SPD)	nein
31. Grütmacher, Friedel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung
32. Hammer, Helga (CDU)	ja
33. Hammer, Klaus (SPD)	nein
34. Hartloff, Jochen (SPD)	nein
35. Heinrich, Heribert (SPD)	nein
36. Hörter, Michael (CDU)	ja
37. Hohn, Reinhold (FDP)	nein
38. Huth-Haage, Simone (CDU)	ja
39. Itzek, Gerd (SPD)	nein
40. Jullien, Herbert (CDU)	ja
41. Keller, Josef (CDU)	ja
42. Kiltz, Elke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung
43. Kipp, Anne (SPD)	nein
44. Klamm, Hannelore	nein
45. Klöckner, Dieter (SPD)	nein
46. Kohnle-Gros, Marlies (CDU)	ja

47. Kuhn, Werner (FDP)	nein
48. Lammert, Matthias (CDU)	ja
49. Lelle, Erhard (CDU)	ja
50. Leppla, Ruth (SPD)	nein
51. Lewentz, Roger (SPD)	nein
52. Licht, Alexander (CDU)	ja
53. Mangold-Wegener, Sigrid (SPD)	nein
54. Marz, Reiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung
55. Mertes, Joachim (SPD)	nein
56. Mertin, Herbert (FDP)	nein
57. Meurer, Elfriede (CDU)	ja
58. Mohr, Margit (SPD)	nein
59. Morsblech, Nicole (FDP)	nein
60. Nink, Manfred (SPD)	nein
61. Noss, Hans Jürgen (SPD)	nein
62. Pepper, Renate (SPD)	nein
63. Pörksen, Carsten (SPD)	nein
64. Presl, Fritz (SPD)	nein
65. Puchtler, Franz (SPD)	nein
66. Raab, Heike (SPD)	nein
67. Ramsauer, Günther (SPD)	nein
68. Reich, Beate (SPD)	nein
69. Remy, Sigurd (SPD)	nein
70. Rösch, Günter (SPD)	nein
71. Rosenbauer, Dr. Josef (CDU)	ja
72. Rüdell, Erwin (CDU)	ja
73. Schäfer, Dorothea (CDU)	ja
74. Schiffmann, Dr. Dieter (SPD)	nein
75. Schleicher-Rothmund, Barbara (SPD)	nein
76. Schmidt, Dr. Gerhard (SPD)	nein
77. Schmidt, Ulla (CDU)	ja
78. Schmitt, Astrid (SPD)	nein
79. Schmitt, Dieter (CDU)	ja
80. Schmitz, Dr. Peter (FDP)	nein
81. Schnabel, Heinz-Hermann (CDU)	ja
82. Schneider, Christine (CDU)	ja
83. Schneider-Forst, Angela (CDU)	ja
84. Schneiders, Herbert (CDU)	ja
85. Schreiner, Gerd (CDU)	ja
86. Schwarz, Franz (SPD)	nein
87. Schweitzer, Harald (SPD)	nein
88. Seiler, Ulrich (SPD)	nein
89. Siegrist, Hiltrun (SPD)	nein
90. Spurzem, Anne (SPD)	nein
91. Stretz, Norbert (SPD)	nein
92. Thelen, Hedi (CDU)	ja
93. Thomas, Ise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung
94. Weiland, Dr. Adolf (CDU)	ja
95. Weinandy, Mathilde (CDU)	ja
96. Weiner, Thomas (CDU)	ja
97. Wiechmann, Nils (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung
98. Wirz, Walter (CDU)	ja
99. Zuber, Walter, (SPD)	nein

Abstimmungsergebnis:

Ja	37
Nein	56
Enthaltung	6